

um die dort lagernden Munitionsvorräte zu konfiszieren. Das Eintreffen des amerikanischen Geschwaders in Tampico wird für Mittwoch mittag erwartet. Admiral Badger stellte Quera eine 48stündige Frist bis zum Kampfbeginn.

Die Beschlagnahme der Munition.

Washington, 21. April. In Regierungskreisen wird die Meldung bestätigt, daß die Absicht besteht, große Mengen für Quera bestimmte Munition zu beschlagnahmen, die sich auf neutralen Schiffen auf dem Transport nach Veracruz befinden.

Die Parteiführer im Kongress sind benachrichtigt worden, daß der Plan besteht, die Munition nach Ausladung im Zollhause zu Veracruz zu beschlagnahmen. Es verlautet, daß Präsident Wilson die Beschlagnahme auch dann anordnen werde, wenn sich die Annahme der Resolution im Senat verzögern sollte.

Admiral Fletcher ist angewiesen worden, daß Zollhaus in Veracruz zu besetzen. Es ist ihm jedoch keine Frist für die Besetzung des Zollhauses in Veracruz bestimmt worden, sondern es soll seinem Ermessen überlassen bleiben, wann die beste Gelegenheit gegeben sei, zu verhindern, daß Quera 200 Geschütze und mehrere Millionen Schuß Munition erhalte, die sich an Bord fremder Dampfer befinden.

Erklärungen Queras.

Mexiko, 21. April. Präsident Quera hat gestern abend folgende Erklärung erlassen: Quera bietet den Ausländern einschließlich Nordamerikanern, welche in Mexiko bleiben wollen, Sicherheit, und will die Gelegenheit benutzen, der Welt zu zeigen, daß seine Regierung und Mexiko gestiftet und zivilisiert sind. Er wünscht ferner, dem nordamerikanischen Volk klarzumachen, daß nach dem Bericht des Beschlagnahmers in Tampico das nordamerikanische Boot, welches dort landete, und dessen Mannschaft von einem mexikanischen Offizier festgenommen wurde, keine Flagge führte; er, Quera, fürchte, daß Präsident Wilson über diesen Punkt falsch informiert sei, und den nordamerikanischen Kongress falsch darin informiert habe, daß das Boot eine Flagge geführt hätte. Tatsächlich habe die nordamerikanische Flagge nichts mit dem Streitfall zu tun, und Quera wünsche, daß das nordamerikanische Volk dies vollständig begreife.

Aus Vorsicht ist eine besondere Wache von zwölf Polizeibeamten am Montagabend in die amerikanische Gesandtschaft gelegt worden.

Alldeutscher Frontwechsel.

Die Wege der Alldeutschen und Wehrvereiner sind wunderbar und es kommt ihnen auch in ihrer Beweisführung auf eine Handvoll Widersprüche nicht an, wenn sie nur Aussicht haben, ihr Ziel: die Verhärterung der Rüstungen und die Verheerung der Völker untereinander, zu erreichen. Neuerdings legen sie eine starke Abneigung gegen Oesterreich-Ungarn an den Tag und geben sich alle Mühe, diesen Bundesgenossen in Deutschland in Mißkredit zu bringen. Nicht nur die slavischen Bestandteile des habsburgischen Völkergemisches sollen unzuverlässig sein; auch die Deutschen in Oesterreich haben sich, wie man uns versichert, noch keineswegs mit den Verhältnissen wie sie durch das Jahr 1908 geschaffen wurden, abgefunden, und die Danapfe vollends, die vom Konthrus in Gefechen der Dinge ihren eigenen Begriff hat, kann auf Vertrauen keinen Anspruch erheben.

Die „Post“ widmet dem Gegenstand jetzt schon den dritten ausführlichen Artikel, und wir können von unserem Standpunkte aus zugeben, daß hier manches ganz Zutreffende gesagt wird. Vor allem findet die österreichische Verichterstattung der reichsdeutschen bürgerlichen Presse eine im großen und ganzen zutreffende Charakterisierung, und wir haben ein volles Verständnis dafür, wenn der Mitarbeiter der „Post“ klage darüber führt, daß man jahrelang habe zusehen müssen, wie die deutsche öffentliche Meinung von Wien aus systematisch gegen Serbien eingenommen worden sei:

„Was hat uns Serbien getan, was kann es uns tun, was will es, wenn wir es nicht aus lauter Mutwillen und der österreichischen Antipathien wegen uns zum Feinde machen? Dürfen wir in Belgien keine Geschäfte machen, weil Oesterreich keine macht? Sonderbare Logik! ... An Serbien war alles belächelndwert, alles verächtlich ... bis dieses Volk aufstand und uns zeigte, wer es sei. Erst da sah der vernünftige deutsche Zeitungsleser — der unvernünftige noch heute nicht —, daß die österreichische Presse Serbien behandelt hatte und behandelt, wie vor einem halben Jahrhundert Piemont und Preußen.“

Und wie man uns über Serbien belügt, so über Albanien: „Was hören wir Jubelstimmungen aus Albanien? Gefährliches Zeug in einem leichten Revolverstummel sorgsam eingewickelt, bis auch da eines Tages die Ueberwachungen kommen.“

Alles recht schön und gut, aber doch gerade die „Post“ diese Betrachtungen bringt, ist äußerst belustigend. Wer hat denn während der Balkankriege die Interessen der österreichisch-ungarischen Kriegspartei nachdrücklicher wahrgenommen als die „Post“ und ihre alldeutschen Freunde, die es einfach als eine Selbstverständlichkeit hinstellten, daß das Deutsche Reich dem Bundesgenossen an der Donau in schimmernder Weite an die Seite treten müßte? Diese ekle Clique zog mit den Organen des österreichischen Theatralorgans an demselben Strang, um den Serben ihre kriegerischen Erregungsschüssen freitrag zu machen. Als die Wiener Regierung den Sanktionschad neutralisieren wollte, stellten die „Post“leute die volle Unterstützung durch das Deutsche Reich als die selbstverständlichste und natürlichste Sache von der Welt hin und verlangten von der Regierung Taten, die mit einer sofortigen Rüstungsvorlage ihren Anfang nehmen sollten. Und als Oesterreich die Errichtung eines selbständigen albanischen Fürstentums begehrte, da hieß es wiederum in der „Post“:

„Die verbündete Monarchie kann überzeugt sein, daß das deutsche Volk sie nicht im Stiche lassen wird, wenn es sich darum handelt, ihr eine offenkundige, ihre Ehre als Großmacht verletzende Demütigung zu ersparen.“

Der Beweis dafür, daß die Gefolgschaft der Liebert und Reim von Deutschland eine geradezu bedingungslose und blinde Förderung der österreichischen Balkanpolitik forderte und die auf dem entgegengesetzten Standpunkt stehende Sozialdemokratie als Bundesgenossin der veranzogen und verlauchten Serben verhöhnte, liegen sich noch zahlreiche anführen. Man könnte sich nun freuen, daß die Zwischenzeit der „Post“ und ihren Gesinnungsgenossen bessere Erkenntnis gebracht hat, wenn nur nicht die Kampagne gegen Oesterreich genau so gut wie vordem die Kampagne für Oesterreich den Zweck hätte, für neue Rüstungen scharf zu machen. Ist Oesterreich-Ungarn der unzuverlässige Bundesgenosse, dann müssen wir uns um so mehr auf die eigene Kraft stellen: es entbehren ja nach den Berechnungen des Generals Reim jährlich noch 45 000 Mann des Glüdes, den bunten Rod tragen zu dürfen.

Preussische Fabrikinspektion 1913.

II.

Trotz der Krise, trotz der großen Arbeitslosigkeit in den meisten Gewerben hat das Ueberzeitarbeiten in der Großeisenindustrie noch zugenommen. Und immer noch klagen die Beamten darüber, daß die Ueberzeitleisten ungenau geführt würden, manche Unternehmer es bewußt unterließen, geleistete Ueberzeitarbeit einzutragen. Obwohl also in den Aufzeichnungen noch viele Ueberstunden unberücksichtigt blieben, ist deren Gesamtzahl doch im letzten Jahre um 1/2 Millionen Stunden gestiegen. Von dem Skandal des Ueberzeitarbeitens gibt die folgende Zusammenstellung eine Vorstellung. Es betrug für die in Betracht kommenden Werke:

	1911	1912	1913
Die Zahl der Arbeiter	208 210	219 711	229 085
Davon leisteten durchschnittl. monatlich Ueberarbeit	97 938	106 269	107 042
Die Summe der geleisteten Ueberstunden	21 229 371	24 008 707	25 147 678

Seit Einführung der Kontrolle hat das Ueberzeitarbeiten noch bedeutend zugenommen. Zu berücksichtigen ist, daß die normale tägliche Arbeitszeit in der Großeisenindustrie fast durchweg 12 Stunden, nur in einigen Fällen weniger, dafür in anderen sogar noch mehr beträgt. Gerade jetzt, wo die Verkommungsfanatiker das große Wort führen, könnte der Umfang der Sonntagsarbeit zu kritischen Slossen anregen. Von den geleisteten Ueberstunden entfielen nämlich auf Sonntage: 1911 — 9,4 Millionen, 1912 — 11,5 Millionen und 1913 — 12,4 Millionen Stunden. Die Sonntagsarbeit hat demnach noch stärker zugenommen als das Ueberzeitarbeiten im allgemeinen. Sich darüber pfäfflich-moralisch zu entrüsten, überlassen wir anderen. Für den unverantwortlichen Raubbau, für das Vernichten von Gesundheit und Volkskraft ist das ganz offizielle Christentum mitverantwortlich. Wie scrupellos, in wela unerhörter Weise die Arbeitskraft ruiniert wird, dafür noch ein paar Angaben. In einzelnen Fällen haben Arbeiter im Jahre über 1200, im Monat durchschnittlich mehr als 100 Ueberstunden geleistet. Der Beamte von Düsseldorf ermittelte, daß „in 23 340 Fällen eine mehr als 60stündige monatliche Ueberzeitarbeit geleistet worden ist, und darunter 1984 Fälle sich befinden, wo die in einem Monat geleistete Ueberarbeit 90 Stunden überstiegen hat.“ Ähnliche Ergebnisse werden aus anderen Bezirken gemeldet. Daß bei dem Ueberzeitarbeiten Arbeitskräfte in erschreckendem Maße vermisst werden, erhellt aus einer Bemerkung des Verichterstatters über den Regierungsbezirk Arnberg. Er schreibt: „Der Versuch, die Ueberzeitarbeit von besonders stark angestregten Arbeitern durch das ganze Jahr hindurch zu verfolgen, mußte häufig aufgegeben werden, weil diese Arbeiter plötzlich nicht mehr in den Ueberzeitarbeitslisten erschienen, wenn sie entweder ausgezogen oder in eine andere Betriebsabteilung versetzt worden oder infolge von Krankheit oder Unfall ausgeschieden waren.“ Die ruinierten Arbeiter wirft man achtlos zum alten Eisen. Daher das große Bedürfnis nach immer neuen jungen Arbeitskräften. Vielfach ist das Ueberzeitarbeiten auch für die Unternehmungen ganz unrationell und leicht zu vermeiden. Aus Döbeln berichtet der Beamte: „Früher wurden monatlich 100 bis 200 Arbeiter zur Ueberarbeit herangezogen, die 1700 bis 3281 Ueberarbeitsstunden leisteten. Ein neuer Betriebsleiter hat es verstanden, diese Zahlen herabzusetzen“, im Laufe von 7 Monaten auf 48 Arbeiter und 518 Ueberstunden. Lange Arbeitszeiten gibt es übrigens auch in anderen Gewerben. Der Potsdamer Beamte berichtet über Arbeitsschichten von 17 bis 19 Stunden in Bäckereien, 14, 15 und mehr Stunden betrug die tägliche Arbeitszeit in Wolfereien in den Regierungsbezirken Gumbinnen und Allenstein. Noch längere Arbeitszeiten herrichten in Ziegeleien usw.

In verschiedenen Industrien hat das sinnlose Ausbeuten der Arbeitskraft die Zahl der Unfälle weiter gesteigert. Im Regierungsbezirk Düsseldorf ist sie um über 1000 gestiegen. Auf den Anlagen im Bezirk Arnberg ereigneten sich pro 1000 Arbeiter 74,5 Unfälle, im Jahre vorher erst 71,93. Ein Eisenwerfer in Dortmund lieferte auf je 1000 Beschäftigte sogar 274 Krüppel. Im Bezirk Potsdam erhöhte sich die Verhältniszahl der Unfälle von 52 auf 54. Um 6 Proz. nahm im Bezirk Danzig die Zahl der Unfälle zu, die der tödlich verlaufenen jedoch um 64 Proz. Trotzdem meint der Beamte: „Die schweren Unfälle waren der Zahl nach geringer.“ Und der Beamte von Königsberg glaubt, die Zunahme der Unfälle rühre daher, daß die feinsten Verletzungen gemeldet würden. Dabei macht er diese Angaben: die Zahl der Unfälle stieg um 97 auf 1587, die der schweren Unfälle von 43 auf 47 und die der tödlich verlaufenen von 9 auf 16. — Demnach ist verhältnismäßig die Zahl der schweren und schwersten Unfälle am allermeisten gestiegen.

Wer der Sache nicht gänzlich teilnahmslos gegenübersteht, wessen soziales Gewissen nicht gänzlich abgestumpft ist, der muß angesichts der von den Aufsichtsbearbeitern gelieferten Materialien in die Forderung nach einem besseren Arbeiterschutz unbedingt einstimmen. Hier noch weiter zögern, heißt einem verbrecherischen Vernichten von Arbeitskraft Vorschub leisten, heißt sich mitverantwortlich machen für das tolle Raubbauwesen.

In der Frage der sogenannten Ordnungstrafen herrschen sehr große Verschiedenheiten. Im allgemeinen zeigt sich aber die Neigung, auf Strafen zu verzichten. Man kommt mehr und mehr zu der Ansicht, Strafen seien zwecklos, wenn nicht gar schädlich. Eine große Reihe von Unternehmern hat auf die Bestrafung von Strafen in der Arbeitsordnung schon längst verzichtet. Zum Teil aus dem einfachen Grunde, weil bei Arbeitsverhältnissen ohne Kündigungsfrist das Festsetzen von Strafen für Zulässigkeiten oder Feiern ganz wertlos ist. Nur in der Textilindustrie und in der Eisenindustrie hält man grundsätzlich an Strafen fest. Ohne sie glaubt das Unternehmertum nicht auskommen zu können. Das Strafmaß ist sehr verschiedenen. Hier hängt man mit 5, dort mit 25 Pf. für einige Minuten Verpötung an. In einigen Betrieben machen die Strafen auf den Kopf der Gesamtarbeiterschaft pro Jahr nur einige Pfennige aus, in anderen wieder bis zu 6 M. Reisens fliehen die Strafgelehrer Unterstützungskassen zu.

In ihren Mitteilungen über das Arbeiterwohnen rühmen die meisten Beamten die Schaffung von sogenannten Werkwohnungen. Zwar hört man einige kritische Bemerkungen über die mit der Werkwohnung verbundene größere Abhängigkeit der Arbeiter, aber man glaubt doch, daß die hygienischen und wirtschaftlichen Vorzüge dergleichen Bedenken zurücktreten lassen müßten. Die Preise der Wohnungen schwanken ganz außerordentlich, zwischen

5 M. in ländlichen Gegenden, bis zu 30 M. für dieselbe Raumzahl und -größe in und bei Großstädten. Wie grauflig Arbeiter wohnen, das erhellt aus einer Aufstellung des Posener Beamten. Hier ist sie: Von 52 501 erfahrenen Berolonen, die in Wohnungen mit ein bis zwei Wohnräumen lebten, schlafen in ihrem Schlafraume:

allein	8 101	oder 5,9 Proz.
zu zweien	7 784	14,8
„ dreien	8 433	16,1
„ viereu	9 700	18,5
„ fünfen	8 450	16,1
„ sechsen und mehr	13 053	28,6

Das ist ein fürwahr reizendes Kulturbild aus dem Osten. Der Beamte von Breslau berichtet, daß infolge der tieftraurigen Wohnungsverhältnisse in einem Textilarbeiterdorf die Säuglingssterblichkeit im Berichtsjahre 27 Proz. betragen habe. „Die schlechtestgelohnten Arbeiter müssen verhältnismäßig am meisten zahlen.“ Vielfach dienen an sich schon unzulängliche Wohnungen auch noch gewerblichen oder hausindustriellen Zwecken.

So sehr sich einzelne Beamte bemühen, lichte Punkte zu zeigen, der Totaleindruck ihrer Berichte ist ein niederdrückender, beschämender. In empörend ausschweifender Weise mißt das Unternehmertum die Arbeitskraft aus, ruiniert Gesundheit der Arbeiter, zerstört wirtschaftliche Werte, macht Sträpvel in großer Zahl, und die Träger des gesellschaftlichen Reichtums haufen zumeist in elenden, dumpfen, licht- und luftlosen Löhern, die man Wohnungen nennt, und in denen ebenfalls Kinder und Erwachsene in großer Zahl gesundheitlich vernichtet werden.

Die Berichte der Gewerbeinspektoren unterstützen in noch drücklicher Weise die Forderung: Mehr Arbeiter-schutz!

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Es war eine vernünftige Idee des Präsidenten des Abgeordneten-hauses, auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien die erste Lesung der Sekundarbahuvorlage zu legen. Hat er es doch auf diese Weise selbst solchen Abgeordneten, die es im allgemeinen mit ihrer Aufgabe ernst nehmen, ermöglicht, noch einige Tage länger sich ihren häuslichen Geschäften zu widmen, denn wer den Debatten über Kleinbahnen fern bleibt, verliert natürlich nichts. Andererseits freilich ist so mancher gewohnheitsmäßige Schwänzer aus seiner Ferienruhe aufgeschreckt worden, weil er, um sich bei seinen Wählern in empfehlende Erinnerung zu bringen, diese oder jene Lüge an deren Bau auf Jahre hinaus nicht zu denken ist, dem Minister „worn an Herz zu legen“ für seine Pflicht hält. Es gibt mehr als einen Abgeordneten, dessen ganze Tätigkeit sich in der Empfehlung neuer Bahnlösungen für seinen Wahlkreis erschöpft und der sich deshalb nur bei Gelegenheit der Beratung dieser Vorlage im Dreiklassenparlament blicken läßt.

Die diesmalige Vorlage, die eine Anleihe von 506 Millionen Mark erfordert, sieht acht neue Hauptlinien und zehn Nebenbahnen vor. Damit ist das Bedürfnis aber noch lange nicht befriedigt. Der Zeitpunkt, an dem man mit den Eisenbahnsforderungen zurückgehen kann, läßt sich wie der Minister betonte, vorläufig noch gar nicht bestimmen. Die Vorlage begehrt auf allen Seiten großer Sympathien, wenn sie auch aus leicht begreiflichen Gründen vielen Rednern nicht weit genug ging. Größere Debatten tief nur das Projekt der Behmarn-Anlehe hervor, weil hierbei die Interessentengegenstände scharf aufeinander prallten.

Die Debatte, für die etwa 100 Redner gemeldet sind, wird am Mittwoch fortgesetzt. Die Mehrheit beabsichtigt, die Debatte auf zehn Minuten zu beschränken, eine Absicht, die von sozialdemokratischer Seite aus prinzipiellen Gründen sofort widersprochen wurde.

Zur Dual-Angelegenheit.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt in Nr. 197 vom 20. April Stellung zu den Mitteilungen des Abg. Otto Wels über die Stellung der Budgetkommission zu der Dual-Angelegenheit und bemerkt dazu:

„Es ist richtig, daß der genannte Abgeordnete vom Kolonial-amte die Vorlegung des gesamten Briefwechsels zwischen dem Gouvernement und dem Kolonialamt vom Jahre 1909 an in der Urchrift verlangte. Dieses Verlangen war so un-erhört, daß man im Auschuß des Reichstages eine Ablehnung durch den Staatssekretär des Reichs-Kolonialamtes unbedingt erwartete. Die Ablehnung erfolgte nicht. Es konnte nicht Sache der Mitglieder des Ausschusses sein, eine an das Kolonialamt gerichtete Aufforderung ihrerseits zurückzugeben. Gätten sie das getan, dann würde man dem Kolonialamt ohne Zweifel den Vorwurf gemacht haben, daß es sich der Weisung der Abgeordneten gefügt hätte. Deswegen waren auch die konservativen Abgeordneten gar nicht in der Lage, im Auschuß selbst zu der Forderung Stellung zu nehmen. Sie hätten das selbstverständlich getan, wenn die Vertreter des Kolonialamtes die Forderung zurückgewiesen hätten und wenn diese Zurückweisung von den Sozialdemokraten bekämpft worden wäre. Da das aber nicht geschah, war ein Eingreifen der konservativen Abgeordneten nicht möglich und nicht zweckmäßig. Daß nachher in der Presse die scharfe Verwahrung gegen die geforderte Erweiterung der Parlamentsrechte eingelegt wurde, war andererseits durchaus selbstverständlich.“

Es ist nicht unsere Absicht zu untersuchen, in wie vielen anderen Fällen die Konservativen als freiwillige, gebotene oder ungebotene Regierungskommissare, ohne so zarte Rücksichtnahme auf die Regierung wie diesmal gewirkt haben, sondern es kommt uns nur auf die Rechtslage an. Für diese ist die Motivierung wichtig, die der Abg. Wels seinem Verlangen gab. Er betonte, informiert zu sein, daß man im Gouvernement Kamerun durchaus nicht immer gleicher Meinung über die Zweckmäßigkeit der Enteignung, wie sie jetzt durchgeführt werde, gewesen sei. Der Amtsvorgänger des jetzigen Gouverneurs Obermeyer, Herr Dr. Klein, habe seinerzeit eine erhebliche Einschränkung des Planes gefordert und auch beim Kolonialamt die Herabsetzung der etatmäßig beim Reichstag bereits angeforderten Mittel beantragt. Davon habe das Kolonialamt dem Reichstag so wenig wie der Budgetkommission Mitteilung gemacht, sondern sie in dem Glauben belassen, man sei im Gouvernement nach wie vor von der Zweckmäßigkeit der Vorlage überzeugt. Da das Schamant davon informiert sei, wisse er nicht, Er beantrage deshalb die Vorlegung des Schriftwechsels in der Urchrift.

Aus diesen Ausführungen geht klar hervor, daß es sich bei dem Antrage um die Wahrung budgetrechtlicher Grundzüge handelt. Er basiert auf der Begründung, daß die Regierung dem Reichstage die Kenntnis gewisser Dinge vorenthalten hat, die auf seine Entscheidung bei Bewilligung oder Ablehnung der geforderten Mittel bestimmenden Einfluß haben müßten. Wenn der Reichstag bezu. die Budgetkommission unter solchen Umständen die

Gewerkschaftliches. Christliche Anständigkeit.

Die offenkundige, mindestens objektive Parteilichkeit, die jeder Mensch in der Politischerklärung der freien Gewerkschaften findet, behandelt die Christenpresse als eine Selbstverständlichkeit, auf die man gewissermaßen rechnen habe.

„Politik in den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Von den engen Beziehungen zwischen den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der fortschrittlichen Volkspartei gibt ein Bericht der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 103, 1914) über eine Landesversammlung der Hirsch-Dunderschen Organisationen in Sachen Kunde, wo es unter anderem heißt: „Der Generalsekretär der fortschrittlichen Volkspartei in Sachen, Erich (Leipzig), hielt nach der Eröffnung des Jahresberichts einen Vortrag über die Sozialpolitik im sächsischen Landtag und zeigte dabei die Berechtigung der Forderungen der fortschrittlichen Volkspartei.“

Die Politischerklärung würde ja schließlich keiner Organisation etwas schaden, sie brächte höchstens einige Bläserreien. Mehr aber nicht. Und die Christen vertrieben sich trügerischerweise für sich Vorteil von dem Parteikampf gegen die freien Gewerkschaften und die Hirsch-Dunderschen Vereine, wazu sie seit Jahren führen und treiben. Vergleichende Praktiken machen sich für ihre Urheber sehr schlecht bezahlt.

Berlin und Umgegend. Aus der Damenkonfektion.

Nachdem der im Jahre 1911 in der Berliner Damenkonfektion geführte Streik abgebrochen war, vereinbarten die Fabrikanten mit einem während des Streiks entstandenen Verein arbeitswilliger Zwischenmeister einen Vertrag, der dann mit den einzelnen Zwischenmeistern abgeschlossen wurde.

Später hat sich der während des Streiks entstandene Verband der Zwischenmeister dem Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe Deutschlands angeschlossen. Die Mitglieder dieser Verbände sind dann gemeinsam mit der Damenmantelschneiderei- und dem Verein Berliner Schneidermeister für Damenkonfektion an den Verband der Damen- und Mädchenmantelfabrikanten herantreten mit dem Verlangen, einen neuen Vertrag abzuschließen.

Die Meister in der Berliner Damenkonfektion verpflichten sich, auf die Löhne, die sie ihren Arbeitern und Arbeiterinnen zahlen, einen Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen. Dieser Zuschlag, der durch Herabdrücken der bisher gezahlten Löhne nicht eingeholt werden darf, ist im Lohnbuche, wie bei der Rechnungsaufstellung der Fabrikanten getrennt aufzuführen und ersichtlich zum Lohn als Zuschlag zu zahlen.

Bürger sowie gegen Wochenlohn beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen sind von diesen Bestimmungen ausgeschlossen.

Zur Kontrolle über die Einhaltung dieser Bestimmungen wird ein Schiedsgericht eingesetzt, das aus drei von den Meistern beschäftigten Arbeitern resp. Arbeiterinnen zu wählenden Vertretern resp. Vertreterinnen, drei vom Arbeitgeberverband zu wählenden Meistern und einem Mitgliede des Ausschusses des Fabrikantenverbandes als Obmann zusammengesetzt werden soll.

Der Vertrag sollte am 1. April d. J. in Kraft treten. Die beteiligten Zwischenmeisterorganisationen haben ihn angenommen, aber der Fabrikantenverband hat ihn abgelehnt. In der Generalversammlung des Fabrikantenverbandes wurde geltend gemacht, daß der Vertrag von 1911 und 1912 durch die Entwicklung längst überholt sei und die Fabrikanten mit ihren Meistern auch ohne Vertrag in herzlichem Einvernehmen leben.

Es ist nun die Frage, ob die Zwischenmeister sich mit der Absage, die ihnen der Fabrikantenverband erteilt hat, zufriedengeben oder ob sie Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Forderungen ergreifen werden. Da auch die Arbeiter und Arbeiterinnen an dem Verlauf dieser Angelegenheit ein lebhaftes Interesse haben, so hatte der Verband der Schneider und Schneiderinnen am Montag fünf Versammlungen für die in der Damenkonfektion Beschäftigten einberufen.

wurde darauf hingewiesen, daß in nächster Zeit eine umfangreiche Hausagitation betrieben werden soll, wobei die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach allen Richtungen festgesetzt werden sollen, um sichere Grundlagen für ein etwaiges Vorgehen zu geeigneter Zeit zu gewinnen.

Zum Kampf in den Automobil-Droschkenbetrieben.

Von der Einkaufsvereinigung der Kraftdroschkenbesitzer Groß-Berlins erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Mit Bezug auf Ihre Mitteilung in Nr. 108 Ihres geschätzten Blattes über die geplante Aussperrung der Droschken-Chauffeurs erlauben wir uns, Ihnen folgendes für eventuelle Veröffentlichung bekannt zu geben:

Der Beschluß der Versammlung von Droschkenbesitzern vom 20. d. M. ist nicht ein Beschluß des Verbandes der Kraftdroschkenbesitzer Groß-Berlins, da nach den Statuten dieses Verbandes derartige Versammlungen und Abstimmungen gar nicht zulässig sind. Der Verband besteht gegenwärtig aus sechs Korporationen; drei von diesen setzten den jetzt schwebenden Streit in Szene, während die anderen drei bereits gegen die unter dem Namen des Verbandes erlassenen Maßnahmen protestiert haben.

Mit verschiedenen unwahren Behauptungen ist die Bewegung seitens der Großbesitzer in unserem Verufe eingeleitet worden. So ist z. B. unwahr, daß die Versicherungen teurer geworden sind; das Gegenteil ist wahr: Gegen die ersten Jahre des Automobilgesetzes sind die Prämien der Haftpflichtversicherungen in der Höhe bedeutend zurückgegangen.

Unseres Erachtens verliert die Leitung der drei Vereine, welche diese Bewegung leichtfertig angezettelt haben, nur mit der Drohung der Aussperrung die Chauffeurs aus ihrer jetzigen Stellungnahme herauszulocken; sie erwarten, daß diese als Antwort den Generalstreik verkünden werden, um dann die große Zahl von Betrieben, die heute in Frieden mit ihren Fahrern arbeiten, geschädigt zu wissen und das Publikum bei dem dann eintretenden Mangel an Automobilen gegen die Chauffeurs aufgebracht zu sehen.

Die Stellung einer großen Zahl von Kraftdroschkenbesitzern ist aus beigelegter Resolution zu ersehen:

„Die heute am 17. April er. tagende Mitgliederversammlung der Einkaufsvereinigung der Kraftdroschkenbesitzer Groß-Berlins nahm den Bericht ihrer Delegierten über die Verhandlungen des Verbandes der Kraftdroschkenbesitzer-Vereine Groß-Berlins entgegen und erkennt in dem Vorgehen des Verbandesvorstandes und der Meister der Verbandsmitglieder auf der Versammlung vom 3. d. M. das Verhalten der Mehrheit, indem dieselbe die Redner, welche nicht eng im Sinne der Versammlungsleitung aber doch im Sinne der Meisterei sprachen, einfach niederschrie.“

Die Einkaufsvereinigung hatte schon im Beginn der Tätigkeit des Verbandes darauf bestanden, daß für die Fragen wie die schwebenden ein besonderer Abstimmungsmodus geschaffen wurde und hatte bei der Statutenberatung auf die entsprechende Abfassung der einschlägigen Paragraphen besonderes Gewicht gelegt.

Daß es nicht gelingen wird, so abweichende Meinungen, wie sie in dieser Frage bestehen, innerhalb des Verbandes zur Klärung zu bringen, bewies auf das schlagendste auf der Versammlung vom 3. d. M. das Verhalten der Mehrheit, indem dieselbe die Redner, welche nicht eng im Sinne der Versammlungsleitung aber doch im Sinne der Meisterei sprachen, einfach niederschrie.

Zu den jetzt verhandelten Lohnfragen erklärt die Versammlung der Einkaufsvereinigung, daß die jetzt angestrebte Lohnregelung nur Sache einzelner Betriebe sein kann, ebenso wie die Einrichtung dieser Sonderlöhne von den einzelnen Betrieben in Rücksicht auf die Eigenart der jeweiligen Betriebsverhältnisse ein-

Kleines Feuilleton.

Sex- und Kasseite. In einer der letzten Nummern der „Rhein-Weißel Zeitung“ stand: „Intimes für Eheleute“, ein Buch von irgendeiner Frau in irgendeinem Orte, empfohlen von ihr selbst. Natürlich ein Inzerat. Größe 75 Seiten zweispaltig. Der Preis ebenfalls 75 Pfennige, eventuell — bei „stiller Plausibilität“ — sogar 80 Pfennige. Der Inhalt unter anderem: Wie zahlreiche Frauen ihr Eheleben selbst schildern. — Ein vernichtetes Familienleben. — Brutalität. — Leiden in der und durch die Ehe, von vielen Eheleuten selbst rückhaltlos geschildert. — Ein charakteristisches Geständnis einer feingebildeten Frau. — Die Erhaltung der Gesundheit, des Eheglücks und der treuesten Liebe in der Ehe. Jeder ernste Mann und jede feinfühlende Frau, die sich das Eheglück und gegenseitig die zarteste Zuneigung und innigste Liebe erhalten wollen, müssen dieses Buch, das nur das wirkliche Leben schildert, lesen.

Das stand im Inzeratenteil, also auf der Rückseite. Im Textteil aber, also auf den Vorderseiten, bemüht sich die Rheinisch-Weißelische Zeitung kampfbasiert, ihre Berechtigung auf den Titel „ernst zu nehmendes und gebildetes Blatt“ darzutun!

Doch das Köstlichste kommt noch. In dem Inzerat hieß es unter anderem: „Das Gebären von Kindern dürfen wir auch nur dann, wenn die vom Staate heute so sehr erschweren Existenzmöglichkeiten derartige sind, daß es uns möglich ist, hinzukommende Kinder zu ernähren, richtig zu erziehen und allen was lernen zu können, damit sie selbst wieder durchs Leben kommen.“ Und weiterhin: „Für die Vermeidung zahlloser Frauenleben und Kinderleben, welche der dem Volke aufgedrungenen Unwissenheit zum Opfer fallen, mache ich diejenigen verantwortlich, welche die so notwendige Aufklärung über das Ehe- und Familienleben zu unterdrücken suchen und, ungerührt vom Elend der Zeit, durch gesetzliche Zwangsmaßnahmen unterdrücken wollen.“ So auf eben dergleichen Rückseite. Auf den Vorderseiten aber wird mit berechneten Worten das schöne Leben der modernen Arbeiter gerühmt und sich dafür eingetrufen, daß die Polizei auch das intime Eheleben überwacht — von wegen der Geburtenbeförderung, die sonst wiederhin bleibt. Das alles aber nur für 75 mal 80 oder auch 80 Pfennige!

Es geht doch nichts über die schöne Geylogenheit bürgerlicher Blätter, die rechte Hand (in der Inzeratentaste) nicht wissen zu lassen, was die linke Hand (im Redaktionsstübchen) tut.

Wissie und Moris. Die „Mörderin“ Cailaue ist schon vergriffen und das Interesse der Gesellschaft und der besseren Blätter konzentriert sich jetzt auf Wissie. Wer ist Wissie? Eine „Jungfer“, vor deren „Salon“ sich täglich die Creme aus Berlin B. und W. B. brängt. Man will Wissie unter die Haube bringen, aber sie lehnt den Brautigam mit rumpfendem Köpfchen ab. Und es soll sich gar nicht, wenn man dem „Lokal-Anzeiger“ glauben darf, um eine Vernunftliche handeln. Wissie soll dem Zug ihres Herzens folgen. „Ihr Brautigam“, erzählt die Korrespondent, „ist eine Erscheinung in den besten Jahren. Tip-top vom Scheitel bis zur Sohle.“ Moris hat kein Name. „Die Bemühungen der christlichen Kasser“, erzählt

hinwieder der „Lokal-Anzeiger“, „eine Personallunion zwischen Wissie und Moris herbeizuführen, dauern fort.“ Er soll ein Mann sein wie geschaffen für die verwöhnte schwarze Prinzessin. Aber sie will nicht, ihre Durchsicht. Und die Vornehmnen sehen stundenlang vor ihrem Boudoir und warten auf die Verlobung. Sie haben Zeit dazu. Verwaltung und Aufsichtsrat des Zoo interessieren sich auf das lebhafteste für eine Heirat, die nach Lage der Sache als standesgemäß anzusehen ist.

Wissie und Moris sind nur Affen, aber die vielen, die sich für die Heirat der beiden furchtbar interessieren, sind Menschen. Aber die Heirat kommt nicht zustande und die Zoonverwaltung ist in größter Verlegenheit. Aber warum wendet sie sich nicht an Frau Margarete Bornstein (Eheanbahnung, Berlin-Grünwald, Trabener Straße). Die wird die Sache schon schieben. Spah.

Die Tierwelt in Britisch-Ostafrika. In der „Urania“ plauderte am Montag Herr Richard Tjader er New York über die Jagd- und Photographie-Abenteuer, die er mit Roosevelt in Britisch-Ostafrika erlebte. Afrika ist das Paradies der reisenden Jäger und Photographen. Dem Jäger bedeutet dieser Weltteil sonst nirgends aufzutreibendes Großwild, dem Photographen eine unerhörte Lichtfülle. Herr Tjader ist deswegen nicht der erste, aber zweifellos einer der kühnsten jagenden Lichtbildner. Er operiert ohne Teleskop, läßt die Tiere bis auf drei Meter an sich herankommen, knipst ab und hat auch in demselben Augenblick beinahe die totbringende Waffe gerichtet und abgefeuert. Wenn man ihm glauben soll, ist es eigentlich leichter, einen Löwen als einen Hasen zu schießen. Der Hasen läuft die ja fort! Aber der Löwe kommt auf dich zu! Und auf fünf Meter Entfernung wirst du doch das großmächtige Tier mit der dreiten Stirn nicht sehen! Das weibliche Geschlecht hält Herr Tjader sich allerdings weiter vom Leibe. Es erscheint dem Spartaner als das gefährlichere. Von zwei Löwen, die auf ihn eindringen, erschießt er zunächst das Weibchen, dann (nachdem er erst geknipst) das Männchen schon dicht vor sich. Raschläufer zu schießen, scheint ihm die beste Gelegenheit, wenn sie schon den Kopf gelenkt haben, um das Horn zum gewaltigen todringenden Pöbel auszuholen. In größerer Entfernung plaudert Herr Tjader mit einem Anstrich gelassener Schlichtheit, trifft man leicht das harte Horn, das dann den dahinterliegenden weichen Schädel schlägt. Tiere zu schießen, ob es um Elefanten, Löwen, Klupe oder Raschläufer sein mögen, scheint diesem Kinnrod eine Kleinigkeit. „Biel mehr Vergnügen macht es“, erzählt er uns, „und viel schwieriger ist es, Tiere zu photographieren als sie zu schießen.“ Was er so in seiner ausdruckstosen Weise ohne jede Deformation die un-launlichsten Dinge heranzuplundern, dann wird allerdings heilich im Grunde unseres Herzens die Frage nach: „Ist das nicht doch etwa Jägerlatein?“ Aber dann erhebt als Betätigung seiner Darstellung an der weißen Wand eine Photographie, die läßt nicht, und die sagt: Hier spricht kein Mischhausen, sondern ein ganzer K a n n! Und dann kommt eine andere, die uns durch ihre Schönheit überwältigt und fügt hinzu: Und dieser Mann ist ein Künstler!

Das Londoner Museum für Medizin. Aus London wird berichtet: Noch im Laufe des Mai wird die britische Hauptstadt um ein eigen-

artiges und interessantes Museum bereichert sein: das von Henry S. Wellcome begründete heilgeschichtliche Museum wird dem Publikum seine Pforten öffnen. Es ist hervorgegangen aus der heilgeschichtlichen Ausstellung, die im vergangenen Jahre in London stattfand und in der Weltweit so lebhaftes Interesse und Aufsehen erregte, daß beschlossen wurde, die Ausstellung auszubauen und zu einem ständigen Museum zu erweitern. Die zusammengebrachten, außerordentlich interessanten Sammlungen umfassen fast alle Gebiete der Heilkunde und füllen Räume von insgesamt 40 000 Quadratfuß Flächeninhalt. Man sieht hier Reliquien berühmter Heilforscher der Vergangenheit, daneben genaue Nachbildungen alter Laboratorien, Werkstätten und Apotheken, Modelle mittelalterlicher und späterer Krankenhäuser, Krankenzimmer aus der Renaissance, kurz, in seiner Gesamtheit vermittelt das Museum einen anschaulichen Ueberblick über das Werden und die Entwicklung der Heilkunde von den frühesten Anfängen der Zivilisation bis zur Gegenwart. Das Museum soll nicht unbedingt der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden, sondern in erster Linie nur Ärzten, Forschern und Studenten der Medizin Zutritt gewähren.

Notizen.

Die „Freie Bühne“ hat darauf verzichtet, Frey von Urnuss verbodenes Drama „Louis Ferdinand“ aufzuführen, da das Deutsche Theater das Werk dieses Herbst heraufbringen will. — Eine Deutsche Gesellschaft für künstlerische Volkserziehung ist ins Leben getreten. Die sich die Aufgabe stellt, das moderne Volkbildungswesen in künstlerischer Beziehung zu ergänzen und häusliche, wie kommunale Kunstpflege zu fördern. Glücklicherweise hat „das Volk“ auf diese frühe Gründung nicht erst gewartet und seine künstlerische Bildung längst selber in die Hand genommen.

Was man unter Freiheit verstehen kann. Der Vatner Volkzeitung hat das Streikpotenzen verboten, weil es einen Eingriff in die persönliche Freiheit des Unternehmers darstelle. Das erinnert mich daran — schreibt uns ein Leser —, wie ein reicher russischer Fabrikant einmal in eine Diskussion über die Zustände seiner Heimat eintritt und behauptete, Rußland sei das freieste Land. „Ich will Ihnen zum Beweise eine Geschichte erzählen. Eines Tages kam ich dahinter, daß mein ältester Sohn mit unserer deutschen Gouvernante ein Liebesverhältnis hatte. Ich ging sofort zum Gouverneur und 24 Stunden später war das Rußland jenseits der Grenze. Wo haben Sie solche Freiheiten?“

Die geschicklich angelegene Gebetsheilung. Erst kürzlich hatte sich die Öffentlichkeit mit dem traurigen Schicksal zweier bekannter deutscher Väterntüchtlerinnen zu beschäftigen, die als Opfer von Geburdeteren in den Tod gegangen sind. Trotz der Opposition der Ärzte stehen die Staatsbehörden und die gesetzgebenden Körperschaften von New York jetzt im Begriff, die Christian Science, die Geburdeteren, durch ein Gesetz als Heilmethode für vollwertig und zulässig zu erklären. Der amerikanische Unabhängigkeitskämpfer beharrt dabei, dem Bürger unberührt und unberührt das Recht zu lassen, sich nach seiner Art und seinem Geschmack heilen oder töten zu lassen.

geführt und durchgehalten wurde. Den steigenden Lohn als Treiberlohn eingeführt zu haben, mißbilligt die Vereinigung auf das entschiedenste; aber zulässig und berechtigt hält dieselbe eine stellenweise je nach der Betriebsart gewährte Sondervergünstigung in den Löhnen.

In der Dauer dieses Konfliktes ist es noch nie zu einer Verhandlung des Verbandes mit dem Transportarbeiterverband auf Beseitigung der Differenzen gekommen. Die bisherigen Verhandlungen des Vereins Berliner Kraftdroschkenbesitzer mit dem genannten Verband können doch nicht so urteillos mit dem Verband der Kraftdroschkenbesitzer identifiziert werden.

In der Erkenntnis also, daß seitens des Verbandes nichts geschehen ist, um auf friedlichem Wege eine Regelung der Löhne herbeizuführen, und in der Überzeugung, daß die Betriebe, welchen die höheren Löhne unbequem geworden sind, auch, wie eine ganze Anzahl von Betrieben es erreicht hat, in der Lage sind, dieselben wieder abzuschaffen, lehnt es die Einkaufsvereinigung der Kraftdroschkenbesitzer Groß-Berlins ab, dem Beschlusse der Versammlung von Verbandsmitgliedern am 3. d. M. beizutreten.

Ebenso widerspricht die Vereinigung der jetzt dominierenden Abfahrlin, den Verband der Kraftdroschkenbesitzervereine zu einer einheitlichen Unternehmer-Trustorganisation mit entsprechender Kasse umzuwandeln zu wollen.

Aus dieser Aufschrift einer Unternehmerorganisation ist ersichtlich, daß es sich bei dem den Chauffeuren aufgeworbenen Kampfe um das von einem großen Teil der Automobilbesitzer nicht gebilligte Vorgehen einer Scharfmacherclique handelt. Die Aufschrift beweist auch ferner, was es mit dem Geschrei der ausperrungslusternen Unternehmer auf sich hat, daß die hohen Betriebskosten eine Herabsetzung der Löhne notwendig machen. Mit der Absicht, dem Publikum Sand in die Augen zu streuen und es gegen die Chauffeure einzunehmen, dürfte bei weitestgehender Bekämpfung des Standpunktes der Einkaufsvereinigung nichts erreicht werden. Denn besser konnte die Profitlosigkeit der Scharfmacher kaum gekennzeichnet werden.

Der Verband der Kraftdroschkenbesitzervereine Groß-Berlins sendet uns unter Bezugnahme auf unseren getriggen Bericht über die Versammlung des Verbandes eine Aufschrift, in der es heißt:

„Es ist in dem letzten Satz Ihrer Ausführung angegeben, daß das Vorstandsmitglied Herr Hans Schwandt vom Verein der Kraftdroschkenbesitzer Groß-Berlins die Erklärung abgegeben haben soll, daß der Verband der Kraftdroschkenbesitzervereine Groß-Berlins die Unterstützung des Volksprekardiums hinter sich habe. Wir gehen mit Rücksicht darauf die Erklärung ab, daß unser Vorstandsmitglied Herr Franz Schwandt in seinen Ausführungen eine derartige Redewendung niemals getan hat.“

Deutsches Reich.

Die Handlungsgehilfen und die Sonntagsruhe.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat in einem weiteren Rundschreiben an die anderen Gehilfenverbände folgende Vorschläge gemacht:

Zunächst wäre eine Verständigung der beteiligten Organisationen notwendig, in welcher Weise das Verantreten an die Prinzipalitäten erfolgen soll. Es könnte in der Weise gehandhabt werden, daß in den einzelnen Orten die dortigen Vertrauensmänner zusammenzutreten und nach Lage der örtlichen Verhältnisse das weitere Vorgehen im Einverständnis mit den Zentralverwaltungen der beteiligten Verbände festsetzen. Alsdann könnte es Aufgabe der örtlichen Verbandsetzungen sein, nach ihren in den einzelnen Geschäften vorhandenen Mitgliederbeständen bei den Prinzipalitäten vorstellig zu werden. Den Geschäftsinhabern würde eine Herabsetzung des Dienstvertrages mit ihren Angestellten dergehalt nahezu liegen sein, daß sie ab 1. Juli — also unter voller Wahrung der Kündigungsfrist — auf die Sonntagsarbeit gemäß der Programmforderungen der Handlungsgehilfenverbände verzichten.

Von der Stellungnahme der Prinzipale hängt dann das Weitere ab. Den widersprechenden Geschäftsinhabern würde gegebenenfalls, soweit in den betreffenden Betrieben eine hinreichende Zahl von organisierten Angestellten beschäftigt ist, von den Angestellten die Kündigung auszusprechen sein. Sofern durch diese Aktion einzelne Gehilfen geschädigt werden sollten, hätte die Organisation für eine angemessene Entschädigung zu sorgen. Wir glauben, daß bei einem solchen Vorgehen die Unterstützung durch das lauernde Publikum in keiner Weise fehlen wird.

Ferner halten wir auch eine gegenseitige Vereinbarung für zweckmäßig, daß über den 1. Juli hinaus Stellen für Handlungsgehilfen mit Sonntagsarbeit nicht mehr vermittelt werden.“

Streiks im Dachdeckerberufe.

In Oesterode a. H. haben die Dachdecker die Arbeit eingestellt. Während die Gesellen eine Aufbesserung der Löhne um 6 Pf. in drei Jahren beanspruchten, wollten die Unternehmer nur 3 Pf. in zwei Jahren zugestehen. Ferner wollten sie unter keinen Umständen einen anderen Ablauf des Termins als zum 1. April 1916, also den Termin, den das übrige Baugewerbe ebenfalls hat. Von zwei in Betracht kommenden Unternehmern hat sich der eine Refus mit der Gesellenorganisation dahin gemißt, daß 3 Pf. sofort, weitere 2 Pf. Lohnerhöhung pro Stube 1916 erfolgen. Bei diesem wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In Königs-Lutter wurde ebenfalls die Arbeit eingestellt. Auch hier wollten die Unternehmer nur das Bestehende, was im übrigen Baugewerbe beim vorjährigen Abschluß festgesetzt worden ist. Nach einseitigem Streik wurde ein neuer Tarif abgeschlossen, gültig bis 1917. Neben einigen anderen Verbesserungen steigt der Stundenlohn sofort um 5 Pf., in den späteren Jahren um nochmals 5 Pf.

Ausperrungen wegen der Maisfeier

Handigt auch der Arbeitgeberverband der Saarindustrie in einer öffentlichen Publikation wie folgt an:

„Das unerlaubte Fortbleiben der Arbeiter von der Arbeit am 1. Mai zur Teilnahme an der sozialdemokratischen Maisfeier wird in der gewerbe- und landgerichtlichen Praxis übereinstimmend als Entlassungsgrund im Sinne des § 129 der Gewerbeordnung angesehen; es bedarf, nach sinngemäßer Auslegung des Gesetzes, daher auch nicht einer vorherigen Bekanntmachung an die Arbeiter des Inhalts, daß diejenigen, die am 1. Mai von der Arbeit fernbleiben, sich als entlassen zu betrachten hätten.“

Im Hinblick darauf, daß die Veranstaltung der sogenannten Maisfeier lediglich eine mit der Absicht der Agitation verbundene Ausübung sozialdemokratischer Wahlbündels darstellt, ist es im Interesse der Erhaltung des Wirtschaftsriedens mündenswert, derartigen Veranstaltungen nachdrücklich entgegenzutreten, zumal die Erfahrung gelehrt hat, daß die Maisfeier nur dort durchgeführt wird, wo sie auf keinen Widerstand stößt.

Es ist daher durchaus zu empfehlen, in Anwendung des § 129 der Gewerbeordnung diejenigen Arbeiter, die am 1. Mai feiern, zu entlassen und nicht vor einem bestimmten Termin wieder in Arbeit zu nehmen.“

Die Kaiser und Kaiserin sind bei einem Teil der Unternehmer in Koblenz ausständig geworden. Die Unternehmer weigern sich, einen Tarifvertrag abzuschließen, der bereits im vorigen Jahre mit einer Anzahl Unternehmer vereinbart worden ist. Jede Unterhandlung wurde von der Unternehmerseite abgelehnt, sie stützen sich auf den Unternehmerverband für das Baugewerbe in Rheinland-Westfalen, der bekanntlich wegen seines tarifbrüchigen Verhaltens aus dem Hauptverband der Unternehmer ausgeschlossen werden mußte. Zugang von Käufern und Anstreichern nach Koblenz ist ferngehalten.

Ausland.

Ordnungsbestien in Amerika.

Blutige Zusammenstöße zwischen Staatsmiliz und ausländigen Bergarbeitern haben in dem Kohlenrevier bei Ludlow im Staate Colorado stattgefunden. Ausländige Bergleute wurden aus den Kohlenzechen gehörigen Häusern evakuiert und hatten in Zelten Unterkunft gefunden. Zwischen den Streikenden und Staatsmilizigen kam es zu blutigen Konflikten. Letztere benutzten Maschinengewehre (1) und zündeten auch die Zellstadt an. Ein Arbeiter, ein Milizsoldat und ein Unbeteiligter wurden erschossen. Wahrscheinlich gab es auch zahlreiche Schwerverwundete. Der Streik währt schon Monate. Die Gruben sind im Besitze der Rockefeller und Coulds.

Fünfter Verbandstag der Asphaltreure.

Der Zentralverband der Asphaltreure und Pappdeckel hielt in der letzten Woche in München seinen fünften Verbandstag ab, der von 16 Delegierten und 2 Mitgliedern des Vorstandes besucht war.

Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes, der sich auf die Zeit vom 1. Januar 1912 bis 31. Dezember 1913 erstreckt, weist eine erfreuliche Entwicklung der Organisation auf. Die Mitgliederzahl ist trotz der Krise gestiegen. Der Verband zählte am Schlusse der letzten Geschäftsperiode 1106 vollzählende Mitglieder, Ende 1912 waren es 1249, und im 3. Quartal 1913 stieg diese Zahl auf etwas über 1500. Die ungenutzte Arbeitslosigkeit verursachte einen Rückgang, so daß am Jahreschlusse 1913 noch 1275 vollzählende Mitglieder gezählt wurden. Der Zuwachs beträgt also 109 Mitglieder. Der Verband hat in der Berichtszeit sein Tätigkeitsgebiet erweitert, es wurden in Augsburg, Duisburg, Frankfurt a. M., Stuttgart, Reichenbach i. N. und in Reg. Verwaltungsstellen errichtet.

Für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mitglieder hat der Verband sehr günstig gewirkt. In der Geschäftsperiode fanden 14 Streiks und Lohnbewegungen in 13 Orten mit 52 Betrieben und 1623 Beschäftigten statt. Durch diese Bewegungen wurde erzielt: für 1581 Personen eine Lohnerhöhung von 4042 M. pro Woche und eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung für 236 Arbeiter um 688 Stunden. Die Streiks und Lohnbewegungen kosteten den Verband insgesamt 6175,32 M.

Unter den Ausgaben steht die Erwerbslosenunterstützung im Vordergrund. In den beiden Jahren wurden an arbeitslose und kranke Mitglieder 6495 M. Unterstützung gezahlt. Hier zeigt sich die wirtschaftliche Depression des Jahres 1913 ganz besonders scharf: während 1912 nur 42 Arbeitslose zu unterstützen waren, sind es im Jahre 1913 132 gewesen. An Krankheitsunterstützung wurden 386 M., an Sterbeunterstützung 280 M. und für in Not geratene Mitglieder 240 M. ausgegeben. Die Bilanz der Hauptkasse schließt mit einem Reichtum an Einnahmen von 8663 M. ab. Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahreschlusse 20,77 Mark pro Kopf der Mitglieder.

Der Verbandstag hielt diesen Bericht des Vorstandes ohne wesentliche Debatte gut und erteilte einstimmig dem Vorstand und der Redaktion Entlastung.

Von den weiteren Verhandlungspunkten nahm die Erweiterung der Erwerbslosenunterstützung einen großen Teil der Zeit in Anspruch. Es lagen hierzu zahlreiche Anträge vor, die teils eine Erhöhung der Sätze und der Bezugsdauer, teils die Verkürzung der Karenzzeit verlangten. Der Vorstand bezeugte diese Anträge als zu weitgehend, und die Statutenberatungskommission schloß sich dieser Ansicht an. Die Herabsetzung der Karenzzeit wurde schließlich auch abgelehnt und nach dem Vorschlag des Vorstandes die Bestimmungen festgesetzt. Die Unterstützung beträgt nun je nach der Dauer der Mitgliedschaft 21 bis 40 Tage lang 1 bis 1,20 Mark pro Tag.

Bei Beratung der verschiedenen Anträge wurden die Anträge, welche einen eventuellen Anschluß an einen größeren Verband verlangten, nach kurzer Begründung durch die Antragsteller ohne Debatte einstimmig abgelehnt. Dann nahm der Verbandstag ein kurzes Referat über Lohnbewegungen entgegen. Es wurde dabei besonders betont, daß die diesbezüglichen Beschlüsse des letzten Verbandstages unter allen Umständen eingehalten werden müßten.

Am letzten Verhandlungstage folgte ein Referat über: „Der Arbeiterschutz im Asphaltgewerbe“. An der Hand einer statistischen Erhebung, die der Verbandsvorstand im Herbst 1913 in den Verwaltungsstellen veranlaßt hatte, konnten geradezu fantastische Zustände über die Beschaffenheit der Arbeitsstellen in sanitärer wie hygienischer Beziehung festgestellt werden. Hier Änderung zu schaffen, müsse für die Zukunft mit einer der Aufgaben der Organisation werden. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat über: „Das Koalitionsrecht und die Gewerkschaften“. Der Referent zeigte, was die Gewerkschaften von der Gesetzgebung zu erwarten hätten. Gegenüber dem, was der Arbeiterschaft bevorstehe, sei die Ruchthausvorlage das reine Kinderspiel gewesen. Es gelte alles einzuflechten, um das heiligste Grundrecht des Arbeiters zu schützen. Zu fordern sei Befreiung des § 153 der Reichsgewerbeordnung und vollständige Koalitionsfreiheit für alle Arbeiter und Angestellten, ob Land- oder Industriearbeiter, ob Privat- oder Staats- und Gemeinbediensteter. Der Verbandstag nahm das Referat beifällig auf.

Die bisherigen Verbandsfunktionäre wurden einstimmig wiedergewählt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet; der nächste findet im Jahre 1916 statt.

Die Entführung der Javanerin.

Gestern begann vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Heije jener bereits angekündigte Entführungsprozess, in dessen interessantem Mittelpunkt die 13jährige blonde Javanerin Agnes Gorodiski steht, die ihrer Mutter mit Gift geraubt sein soll. Der Prozess ist reich an psychologisch fesselnden Einzelheiten und kriminalistisch spannenden Vorfällen. Das psychologische Hauptstück bildet die Seelenanalyse der beiden mit auf der Anklagebank sitzenden jungen, sehr intelligent aussehenden Mädchen, welche durch alle wirtschaftlichen Gemütskämpfe hindurch beide das Mädchengymnasium bis zur Prima absolviert haben und sich jetzt zum Abiturientenexamen vorbereiten.

Angelagt sind der seit dem 16. Juni v. J. in Untersuchungshaft sitzende Kaufmann Friedrich Holzke, ein 63jähriger Mann, der schon recht oft mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen ist; dessen Ehefrau Margarete Holzke; deren Tochter Ella und Margarete Holzke.

Der Hauptangeklagte wird beschuldigt: die minderjährige Agnes Gorodiski durch Gift ihrer Mutter und Vormünderin, Frau Alexandra Rente geb. Rents entgegen zu haben; ferner wird ihm Unterschlagung von zwei Brillanten und einer Summe von 650 M. und 1000 M. Verzug und Verleitung des Rechtsanwalts Dr. Benjamin zur Last gelegt. Die drei weiblichen Angeklagten stehen unter der Anklage der Beihilfe an einzelnen dieser Delikte. Friedrich Holzke wird vom Rechtsanwalt Dr. Philipp, die Ehefrau und die beiden jungen Mädchen vom Rechtsanwalt Dr. Herbert Juchs verteidigt. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Steiner.

Den der Anklage zugrunde liegenden Tatbestand haben wir in großen Zügen schon mitgeteilt. Der als junger Mann vor 20 Jahren nach Java ausgewanderte Zahnarzt Dr. Ludwig Gorodiski lebte im

Jahre 1909, nachdem seine Ehe in Niederländisch-Indien geschieden worden war, mit seinen beiden Kindern, der Tochter Agnes und dem Sohn Hans, nach Deutschland zurück und eröffnete mit einem Sogus ein zahnärztliches Institut. Er wurde mit der Familie Holzke befreundet und gab seine Kinder zu ihnen in Pension. Agnes schloß bald innige Freundschaft mit den beiden Töchtern und auch Dr. Gorodiski gewann letztere sehr lieb und es bildete sich zwischen ihm und den Mädchen ein Verhältnis des väterlichen Freundes zu jugendlichen Mädchen heraus. Die beiden Töchter waren mit der Agnes vielfach bei Dr. G.; sie waren auch in dessen Wohnung, als er infolge der Auflösung einer von ihm kurz vorher geschlossenen Verbindung und schlechtdenotender finanzieller Verhältnisse in der Silberfischerei unter dem Mangel der Silberfischerei Selbstmord beging, indem er sich eine Kugel durch den Kopf jagte. Testamentarisch hatte er den Holzkeschen Töchtern verschiedene Kostbarkeiten vermacht. Er soll auch — was von den Angeklagten bestritten wird — für die nächste Zeit für seine Kinder gesorgt haben. Bald nach seinem Tode stellte sich heraus, daß der Rachlag überschuldet war. Zum Vormund war der Bruder des Dr. G., Zahnarzt Dr. Abraham Gorodiski, zum Testamentsvollstrecker Rechtsanwalt Dr. Benjamin bestellt worden. Es mußte der Konkurs eröffnet werden. Rechtsanwält Dr. Silberschmidt wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Die geschiedene Frau des Dr. Gorodiski in Java hatte sich inzwischen dort mit einem reichen Plantagenbesitzer Menke verheiratet. Da letzterer sich verpflichtete, für die Kinder zu sorgen, wurde Frau Menke zum Vormund ihrer Kinder bestellt. Im März 1913 meldete sich Frau Menke durch Brief aus Langano zum Besuch der Holzkesen an und traf am 25. März 1913 in Berlin ein. Sie logierte sich mit ihrem Gemann die ersten Tage ihres hiesigen Aufenthalts in einem Hotel ein, dann nahm sie Wohnung bei der Familie Holzke. Sie wurde vom Rechtsanwalt Benjamin darauf aufmerksam gemacht, daß die Familie Holzke keine geeignete Pension für ihre Kinder sei. Frau Menke sagte darauf den Entschluß, die Kinder in den Schulferien mit nach Harzburg zu nehmen, um sie dann ganz zu sich zu nehmen. Holzke, der das merkte, soll nun die Agnes ganz planmäßig der Mutter entziehen und im Verein mit Frau und Töchtern Erpressungsversuche gegen Frau Menke begangen haben. Diese Attaden begannen schon, als am 23. Juni 1913 Frau Menke wieder nach Berlin kam und sich zur Familie Holzke begab. Da traten die Eheleute sofort mit der Erörterung von Geldangelegenheiten hervor, die Töchter mischten sich ein und die eine beschimpfte sogar Frau Menke und nannte sie:

„Mie indische Schlange!“

Bei dieser Auseinandersetzung war der Schlußeffekt der, daß Agnes erklärte, nicht mitgehen zu wollen, während Hans mit der Mutter ging. Rechtsanwalt Benjamin forderte dann telephonisch die Agnes auf, in sein Bureau zu kommen. Dieser Aufforderung wurde aber nicht entsprochen. Darauf rief Frau Menke durch Vermittlung des Rechtsanwalts Benjamin die Hilfe des Vormundschaftsgerichts an. Es kam zu einem Familienrat bei den Holzkesen, und in der Nacht erhielt die hier in einem Hotel logierende Frau Menke eine angeblich von der Agnes selbst verfaßte Depesche folgenden Inhalts: „Wacht telephonisch unerreichtbar, sabre nachmittags 3,55 mit Dir, da mich erst überall verabschieden muß, vorher aber einige Dich, bitte, gütlich mit Frau Holzke. Agnes.“ Wer aber nicht kam, war Agnes und der an ihrer Statt erscheinende Angeklagte Holzke verhandelte mit Frau Menke und verlangte 3000 M. für allerlei angebliche Forderungen. Er forderte von ihr, sie solle einen Wechsel oder eine andere Verpflichtungsurkunde unterzeichnen, nur dann werde Agnes mit ihr kommen. Frau Menke war in der Folge nicht imstande, ihrer Tochter habhaft zu werden, denn diese wurde verborsten gehalten, bis sie schließlich durch den Detektiv Orreger in München in Bayern entdeckt wurde.

Der Angeklagte Holzke bekennt die Anschuldigungen der Anklage und behauptet, daß die Agnes, die ein sehr häßliches und eigenwilliges Mädchen sei und innige Freundschaft mit seinen Töchtern geschlossen habe, sich selbst absolut geweiht habe, mit der Mutter zu leben. Die Forderungen, die er an Frau Menke gestellt, seien ganz berechtigt gewesen und er habe keinerlei Erpressungen beabsichtigt. Der Vorstehende stellt fest, daß der Angeklagte gerade zu jener Zeit sich in milderer wirtschaftlicher Lage befinden, zum Offenbarungseid geladen war und 27mal den Besuch vom Gerichtsvollzieher erhalten hatte.

Bei der eingehenden Vernehmung des Angeklagten Holzke sucht dieser mit großer Redegewandtheit allerlei ethische Momente hervor, die ihn bewegen hätten, die Agnes, die durchaus nicht zu ihrer Mutter habe gehen wollen, seinerseits an diese nicht auszuliefern und es der Mutter zu überlassen, ob sie ihre Tochter zum Mitgehen bewegen könnte. Unter anderem behauptet er, die Agnes habe nach einer Andeutung der Mutter einen alten 63jährigen Mann in Java heiraten sollen. Alles, was er in der Affäre getan, seien Schritte, um der Mutter die Vormundschaft gerichtlich entziehen zu lassen; seine Stellungnahme zugunsten der Agnes usw. sei alles aus selbstloser Liebe und väterlicher Zuneigung zu dem Mädchen geschehen. Der Vorstehende hält ihm dagegen eine ganze Reihe von Momenten vor, die deutlich zeigen müßten, daß dieser Heiligenschein nicht berechtigt sei, da alle Schritte, die er unternommen, doch ein hart metallisches Motiv verraten.

Während der Vernehmung auf dem Potsdamer Bahnhof von Frau Menke 3000 M. zu erhalten, mißlungen war, begab sich Holzke mit seinen beiden Töchtern und der Agnes zum Rechtsanwalt Wasse und beauftragte diesen, den Antrag auf Entlassung der Frau Menke als Vormünderin zu stellen. Bei dem Rechtsanwalte erklärte Agnes, sie gehe nicht zu ihrer Mutter, außer wenn diese sich mit Holzke einigte. Holzke rechnete nun wohl mit Zwangsmassregeln seitens der Frau Menke, und so fuhr dem die Angeklagte Ella Holzke mit der Agnes zunächst nach Potsdam, wo sie in einem Hotel übernachteten. Von dort schrieb Agnes — es wird behauptet, nach Diktat — an ihre Mutter zwei Karten. In der einen heißt es unter anderem: „Wenn Du verlangst, ich soll fort, warum regelst Du die Sache mit Holzke nicht gütlich?“ In der anderen Karte heißt es unter anderem: „Liebe Mutter! Bezahle doch, was Holzke bekommen, sonst kostet es Dich noch Geld.“ Gleichzeitig schrieb der Angeklagte Holzke an Frau Menke einen Brief, in welchem er ihr sehr nahe legte, sich mit ihm zu einigen, und hinzufügte: „So viel sage ich Ihnen aber jetzt schon, daß, wenn Sie nicht zahlen, an dem Betrage von 3000 M. sicherlich nichts fehlen wird. Wenn Sie also umgehend geeignete Vorschläge machen, läßt sich noch alles in geordnete Bahnen lenken.“ Da die Luft rein zu sein schien, ließ die Mutter die Tochter mit der Agnes wieder nach Berlin zurückkehren. Durch das Vormundschaftsgericht war inzwischen der Antrag der Mutter zur Befreiung der Agnes an ihre Mutter erteilt worden. Als am Morgen des 1. Juli 1913 zwei Schulkollegen in der Holzkeschen Wohnung erschienen, erklärte ihnen Holzke, daß Agnes in der Schule sei und von dort zu Verwandten nach Potsdam fahre. Agnes befand sich aber noch im Hause, und zwar in einer eigentümlichen Situation. Agnes Gorodiski und die Margarete Holzke schliefen nämlich in zwei nebeneinander liegenden Betten, Ella Holzke auf einem Divan. Als die Schulkollegen in Sicht waren, legte sich Ella rasch in das Bett der Agnes, während die Agnes unter dem Kissen sich quer über die beiden Betten an das Fußende legte. Die beiden Beamten untertrieben mit Rücksicht auf die Tochter Holzkes eine Unteruchung der Betten, so daß Agnes nicht entdeckt wurde. Das geschah dann noch ein zweitesmal. Nach dem Fortgang der Beamten wurde Agnes zunächst in eine Nachbarwohnung und dann, als es dunkel wurde, in eine Pension am Bayerischen Platz gebracht. Inzwischen war Frau Menke in ihrer Aufregung nach Harzburg geehrt, um sich mit ihrem inzwischen dort eingetroffenen Gatten über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen zu besprechen. Nun erwirkte Holzke mittels eideschwürlicher Versicherung zwei Arrestbefehle gegen Frau Menke über insgesamt 3170 M. und eilte, mit diesen bewaffnet, nach Harzburg. Dort übergab er dem Gerichtsvollzieher Boges die beiden Arrestbefehle mit der Bitte, recht hart vorzugehen. Der Arrest wurde aber durch Hinterlegung der Summe abgewendet. Nun wandte sich Holzke in Harzburg an einen Detektiv und beauftragte diesen, gegen Besprechung einer Provision von 10 Proz., die Summe von 3000 M.

von Renke beizutreiben; im Notfall sollte er aber auf 1500 M. heruntergehen. — Am 14. Juli wurde dann Holzke in Harzburg verhaftet.

Der Angeklagte Meißel habe, daß die Geldforderungen, die er geltend machte, durchaus berechtigt seien; er habe mindestens 3000 Mark von Frau Renke zu fordern. Er habe im Hinblick auf die beiden Kinder des Dr. G. eine größere Wohnung genommen; alsdann habe er aber auch, weil Frau Renke aus London geschrieben habe, sie wolle bei ihrem Berliner Aufenthalt bei Holzkes wohnen und hoffe, es dort recht gemütlich und schön vorzufinden, für über 1200 M. neue Möbel angeschafft, deren Ersatz er verlange; endlich müsse Frau Renke auch das Dienstmädchen bezahlen, welches er ihrerwegen angenommen habe.

Der Angeklagte Holzke bestritt auch, die weiteren ihm zur Last gelegten Delikte. Wichtig sei es, daß er zwei Brillantringe, die der Dr. Ludwig Gorodiski der Angeklagten Margarete Holzke geschenkt habe, für sich verwertet habe. Ebenso sei es richtig, daß er in einem Briefe an Frau Renke einmal den Ausdruck gebraucht habe: Der Rat, den ihr ihr Rechtsanwalt erteilt habe, müsse einem „blödsinnigen Hirn“ entspringen sein. Es handle sich dabei aber um eine auf der Stelle erwiderte Beleidigung. Die 1000 M., um die es sich weiter handelt, habe seine Tochter Margarete von Dr. G. zur weiteren Ausbildung der Margarete und der Ella als Geschenk erhalten. Als Beweis, in welchem hysterischen Willen die beiden angeklagten jungen Mädchen leben, hob Rechtsanwalt Dr. Fuchs gelegentlich die Tatsache hervor, daß in der einen Pension, in welche die zu verbergende kleine Nabanerin gebracht worden war, zwischen ihnen und der Tochter der Pensioninhaberin ein heftiger Streit über die Bedeutung des Willens in der Illias sich entwickelt und solche Dimensionen angenommen habe, daß Knall und Fall das Pensionärsverhältnis aufgelöst wurde.

Die Angeklagte Ehefrau Holzke bestritt unter reichlichen Tränen jede Schuld. Sie will nichts getan haben, was man als Entführung einer Minderjährigen auslegen könnte. Sie habe sich nach Harzburg seinerzeit begeben, um die Haftentlassung ihres dort verhafteten Ehemannes zu erwirken. Wie der Vorsitzende zur Sprache brachte, war der Detektiv Graeger, an den sich die Familie Renke gewandt hatte, auch nach Harzburg gefahren. Dort näherte er sich Frau Holzke unter dem falschen Namen Korn und bot ihr 500 M. für die Angabe der Adresse der Agnes. Diese ging auch auf das Anerbieten ein und ließ sich von Graeger einen Rorschach von 100 M. zahlen. Sie soll dann wahrheitswidrig gesagt haben, daß sie vorläufig die Adresse noch nicht angeben könne. Agnes Gorodiski und Margarete Holzke hätten nun aber schon an die Angeklagte von Probstzella aus eine Postkarte geschrieben, woraus diese ersehen mußte, daß die Mädchen schon auf der Reise nach Michelau waren. Diese Karte fiel Graeger in die Hände, worauf er unverzüglich nach Probstzella reiste und schließlich die Agnes in Michelau ermittelte. Frau Holzke bestritt, sich eines Betruges gegen Graeger schuldig gemacht zu haben.

Mit aller Entschiedenheit bestritt die Angeklagte Ella Holzke jede Schuld. Sie habe geglaubt, daß sie durchaus berechtigt sei, die Agnes davor zu bewahren, daß sie in die Hände ihrer Mutter falle. Sie und ihre Schwester hätten dem Vater versprochen, die Agnes nicht zu verlassen und dafür zu sorgen, daß sie der Mutter nicht anheimfiele, wenigstens nicht bis zu ihrem sechzehnten Lebensjahre. Sie habe den Dr. G. durch eine Annonce kennen gelernt, in welcher Dr. G. eine Begleiterin für seine Tochter zunächst auf acht Tage suchte. Dr. G. habe sofort einen tiefen Eindruck auf sie gemacht, „er war ein eigenartiger Mensch“ und „hatte eigenartige Augen“. Agnes habe sie gleich sehr gern gehabt, so daß sie trotz des Altersunterschiedes schon nach drei Tagen das trauliche „Du“ miteinander wechselten. Auch Dr. G. habe sie sehr gern gehabt und sich mit ihr viel unterhalten; es habe sich daraus ein freundschaftliches, väterliches Verhältnis zwischen ihm und ihr entwickelt. Das Töchterchen Agnes sei dann nach Dresden in Pension gekommen und Dr. G. sei, wie er später erzählte, nach Karlo usw. gereist. Als er zurückkehrte, habe er an sie die Aufforderung ergehen lassen, ihm doch täglich ein paar Stunden Gesellschaft zu leisten. Sie entspreche dieser Bitte und brachte dann auch ihre Schwester Margarete mit. Diese habe sofort einen tiefen Eindruck auf Dr. G. gemacht, sein Wesen veränderte sich und das Bild der Schwester konnte er nicht mehr vergessen. Auch die Schwester habe ihn sehr gern gehabt und ihn immer mehr lieb gewonnen. Sie seien fast jeden Tag mit Agnes und ihrem Vater zusammen gewesen und schließlich habe Dr. G. die Agnes zu ihnen in Pension gegeben. Dr. G. sei infolge dessen auch vielfach zu ihnen gekommen, sei immer sehr nett gewesen und das gegenseitige Verhältnis sei reizend gewesen. Er sagte mehrmals: Sie erinnern ihn an seine eigene Jugend, und die Mädchen konnten mit ihm über viele wissenschaftliche und schöne Dinge sprechen, wie sie zu ihrem Vater es nicht konnten. Entschieden sei zu bestritten, daß dies Verhältnis über das erlaubte Maß hinausgegangen sei. Dr. G. habe ihr und der Schwester mehrfach kleine Geschenke gemacht, sie mit ins Theater genommen usw. Agnes habe sich in ihrer Günstigkeit außerordentlich wohl gefühlt, sie lebten mit ihr zusammen wie Schwestern, und in den drei Jahren ihres Aufenthalts bei ihnen habe sie oftmals gesagt: „Ella und Grete sind uns die liebsten auf der Welt.“ Agnes habe ihren Vater sehr lieb gehabt, die Stellung zu ihrer Mutter sei nicht gut gewesen. Sie selbst, die Angeklagte, habe einen sehr unangenehmen Eindruck von der Mutter empfangen, sie habe aber in keiner Weise die Tochter gegen die Mutter aufgebracht. Auch habe sie absolut nicht irgendwelche materiellen Gesichtspunkte bei dieser intimen Freundschaft mitspielen lassen. Als ihr die Agnes eines Tages gesagt, die Mutter wolle sie wegnehmen und den Holzkes 1000 M. geben, sei sie sehr empört gewesen und habe der Agnes geantwortet: „Wo denkst Du hin? Und ist doch nicht am Geld gelegen! Denkst Du, Geld macht uns glücklich? Agnes habe nicht zu ihrer Mutter gewollt, und dies habe sie begründet, denn nach ihrer Ansicht habe die Mutter, die eine Nabanerin sei, nur Toiletten im Kopf und die Tochter wäre bei ihr schlecht aufgehoben gewesen. „Wir waren empört darüber, daß die Sache auf den Geldpunkt gebracht werden sollte.“ — Fortfender: Ihre Vater scheint aber doch nicht sehr empört gewesen zu sein! — Die Angeklagte bestritt, zu irgendeiner strafbaren Handlung Beihilfe geleistet zu haben.

Der Vorsitzende bemerkte, daß es doch ein recht ungewöhnliches Freundschaftsverhältnis gewesen, in dem der viel ältere Dr. G. — er war damals 39 Jahre und die Mädchen waren 20 bzw. 17 Jahre alt — zu den beiden jungen Mädchen gestanden. Zur Aufklärung der Innigkeit dieses Freundschaftsverhältnisses überreichte Rechtsanwalt Dr. Fuchs eine Anzahl von Briefen des Dr. G. an die jungen Damen. — Vorsitzender: Eigenartig ist doch auch, daß der Dr. G. nachts 12 Uhr in der Silberrnacht unter dem Glockenklang der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche eine Angel sich durch den Kopf jagt und Sie dazu eingeladen hat. Wie war dieser Vorgang? — Angeklagte Ella Holzke: Dr. G. war in mitleidige Vermögensverhältnisse geraten und als seine Verlobung mit einer reichen Dame aufgelöst worden war, fachte er den Plan, aus dem Leben zu scheiden. Er war sehr nervös geworden und sprach mit uns wiederholt über sein Scheiden aus der Welt. Er hatte uns schon so weit gebracht, auch zu sterben. Denn er erklärte uns oft, daß das Leben doch fatal und nichtig und nicht lebenswert sei. Er wollte sehr viel und ventilierte den Plan, seine Kinder mit in den Tod zu nehmen. Wir haben ihn schließlich davon abgebracht. Zum Schluss bekehrte er uns, unsere Mutter und seine beiden Kinder begeben, mit ihm zu Abend zu essen. Während der Unterhaltung im Saal sprach er wieder vom Sterben, wir bedauerten ihn und er gab jedem von uns einen Kuss. Kurz vor 12 Uhr sah er nach der Uhr, wir gratulierten uns und er schied uns auf den Balkon, um den Reijahstrudel auf der Straße anzusehen. Es trat eine eigenartige Stille ein und als wir uns umdrehten, fanden wir meine Schwester Margarete bitterlich weinend vor, sie zeigte auf den erschaffen am Boden liegenden Dr. G. und sagte: Er ist tot! — Seine Tochter Agnes rief ihm weinend zu: „Papchen, warum hast Du mich nicht mitgenommen?“ In demselben Augenblick öffnete er vorübergehend noch einmal die Augen und sah seine Tochter eigentümlich an. — Der seinem Tode hatte Dr. G. an Freunde und Bekannte wertvolle Geschenke verteilt; ich hatte eine goldene

Reihe erhalten, meine Schwester, mit der ihn besonders innige Beziehungen verbanden, zwei Brillantringe und 1000 M. zur Vollendung unserer Ausbildung. — Rechtsanwalt Dr. Philipp: Es steht fest, daß der Dr. G. allen seinen Bekannten vorher von seinem bevorstehenden Tode Kenntnis gegeben hatte.

Die Angeklagte Margarete Holzke bestätigte im allgemeinen die Angaben ihrer Schwester und bestritt nicht, daß sie ein Interesse daran gehabt habe, daß die Agnes nicht ihrer Mutter zugeführt werde. Das hätten sie dem Dr. G. versprochen. Alles, was unternommen worden sei, sei geschehen, um das Kind vor den Nachforschungen der Behörde und der Detektive zu sichern. Dr. G. sei ihr liebster Freund und sie seine Freundin gewesen. — Auch hier wies der Vorsitzende darauf hin, daß es doch ein ungewöhnliches Verhältnis eines 39jährigen Mannes zu einem 17jährigen Mädchen gewesen sei. Die Angeklagte bestritt, daß Dr. G. ihr die Ringe mit dem Auftrage gegeben habe, sie seinen Kindern später auszuhandeln; er habe ihr diese Ringe geschenkt, ebenso die 1000 M., die sie zur Bestreitung der Kosten ihres weiteren Studiums verwenden sollte und verwendet habe.

Darauf wurde die Sitzung auf heute 9 Uhr vertagt.

Aus der Partei.

Die volksfreundlichen Stadtväter in Halle.

Die Angst vor der Sozialdemokratie treibt oft sonderbare Blüten. So hatten die Stadtverordneten in Halle dem Pächter des Stadttheaters in voriger Woche die Berechtigung zugesprochen, daß er für Vereine und Gesellschaften Privatvorstellungen ohne besondere Genehmigung des Magistrats veranstalten kann. Der Magistrat verwarf dem Beschluß die Zustimmung unter folgender Begründung:

Der Antrag schafft die Möglichkeit, daß sich Theatervereine gründen, welche durch große Zahl von Mitgliedern und vielleicht auch durch erhebliche Geldmittel in die Lage kommen, den Theaterdirektor zu häufigen Nachmittagsvorstellungen zu nötigen und schließlich aus ihnen eine Regel zu machen. ... Ganz nahe liegt diese Möglichkeit gegenüber sozialdemokratischen Vereinen und Verbänden, die ohnedies an Mitgliedszahl und Geldmitteln stark sind, und in deren Interesse ausschließlich der Antrag gestellt worden ist. ... Vereinigungen dieser Art würde es dann ein leichtes sein, die Zahl der Nachmittagsvorstellungen, die dafür zu leistenden Pauschalsummen und die ausführenden Stücke vorzuschreiben, den Theaterdirektor von sich abhängig zu machen und das Stadttheater in ihre Gewalt zu bekommen.

Diese Begründung hatte die gewünschte Wirkung: am Montag hoben die bürgerlichen Stadtväter nahezu einstimmig ihren Beschluß wieder auf.

Der bayerische Parteitag 1914 wird nach Beschluß des Landesvorstandes am 11., 12. und 13. Juli in Reustadt a. d. S. (Rheinpfalz) abgehalten. Die vorläufige Tagesordnung enthält u. a. folgende Punkte: Parlamentarischer Bericht: a) Allgemeines Politisch, b) Sozialpolitik. — Die bevorstehenden Gemeindevahlen. — Gesetzentwürfe im bayerischen Landtage: a) Armengesetz, b) Novelle zum Polizeitrafgesetzbuch, c) Novelle zum Gebührengesetz. — Agitation und Presse.

Der Zentralbildungsausschuß macht die dringlichen Bildungsausschüsse um die sofortige Einsendung des Fragebogens über die örtliche Bildungsarbeit.

Gleichzeitig werden die Bibliotheksverwaltungen, soweit sie noch nicht die Fragekarte wegen des örtlichen Bibliothekswesens beantwortet haben, ersucht, die Beantwortung umgehend vorzunehmen, weil mit der Bearbeitung der Umfrage begonnen werden soll.

Aus den Organisationen.

Im sozialdemokratischen Verein für den ersten sächsischen Reichstagswahlkreis Ritzau liegt im abgelaufenen Geschäftsjahre die Mitgliederzahl von 1910 auf 2304; darunter befinden sich 345 weibliche. Frauenabende finden jetzt in drei Orten statt. Die Zentralbibliothek vermehrte ihren Bestand von 1710 auf 1848 Bände. Der Kreisbildungsausschuß traf 88 Veranstaltungen, davon 35 auf wissenschaftlichem und 21 auf künstlerischem Gebiete. Die Jugendbewegung hat in sechs Orten Fuß gefaßt. Die Einnahmen betragen 5571,27 M.

Die am Sonntag stattgefundene Generalsammlung beschloß, einen Antrag an die Landesversammlung zu richten, wonach die Landesinstanzen mit der Redaktion und dem Verlag der „Kommunalen Praxis“ in Verbindung treten sollen, um eine bessere Ausgestaltung der Zeitschrift zu erreichen. Alljährlich sollen zwei Gemeindevortragskonferenzen stattfinden. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevorträge liegt bei 85 auf 102. Als Kreisleiter wurde Genosse Heinrich Schmittler wiedergewählt.

Aus Industrie und Handel.

Neue Pumpversuche von Hugo Stinnes.

Die Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hüttenwerkgesellschaft, deren treibende Kraft Hugo Stinnes ist, braucht Geld und abermals Geld. Die Banken, die die Gesellschaft bisher unterstützt haben, wollen mit ihren Vorkäufen einhalten tun und verlangen ihre Guthaben zurück. Die Pumpversuche beim Allgemeinen Anaphtakongress in Vöckum sind vor einem halben Jahre selbsterfolglos. Stinnes sollte 15 Millionen M. Knappschaffsgelder auf die Hütten Tremonia und Kaiser Friedrich erhalten. Doch im letzten Augenblick schritt die Aufsichtsbehörde ein. Ihre Beamten stellten fest, daß die Pfandobjekte, die Hütten Tremonia und Kaiser Friedrich nur mit 2½, beziehungsweise 5 Millionen M. belastet werden könnten, was die Hälfte der Summe war, die Stinnes verlangt hatte.

Witterweile ist der Geldbedarf noch größer geworden. Die Deutsch-Lugemburgische Berg- und Hüttenwerkgesellschaft verlangt von dem breiten kapitalistischen Publikum ein Darlehen von 25 Millionen Mark, geteilt in Schuldverschreibungen zu 2000, 1000 und 500 M. Als Pfandobjekt dienen die Rühlheimer Werke der Friedrichs-Alfred-Hütte, deren Buchwert mit 16,4 Millionen Mark angegeben wird, und die Hütte Kaiser Friedrich mit 17,2 Millionen Mark. Die Belastung eines Objektes von 31 Millionen Mark mit 25 Millionen Mark Schulden ist für normale Sicherheit des Geldes riskant, besonders, da bei Vergleich der Bilanz mit anderen ähnlichen Werken der Buchwert kolossal hoch erscheint. Ist doch auch die Hütte Kaiser Friedrich von den sachverständigen Vergleichen in ihrem Wert bedeutend niedriger eingeschätzt worden.

Dieser Anleiheversuch an der Wörte wird von den Banken vermittelt, die bisher Stinnes unterstützt haben. Es sind dies nach dem Aussehen der Deutschen Bank: die Bank für Handel und Industrie, Dresdner Bank, Diskonto-Gesellschaft und Nationalbank. Zweck der Anleihe ist, die Bankschulden zu tilgen, die bei den riesenhafte Uml- und Neubauten rapid angewachsen sind, aber, wie es scheint, sich höchst ungenügend rentieren. Blickt es also den Instituten, die Anleihe beim großen Publikum unterzubringen, so haben sie, die den Stand des Unternehmens genau beurteilen können, ihr Geld wieder heraus und alles Risiko fällt auf die Masse der Kleinkapitalisten zurück, von denen nicht einer sich ein genaues Bild über den Wert der Pfandobjekte machen kann.

Ausschluß von Zechen. In der nächsten Zechenbesitzerversammlung des Kohlen-Syndikats soll über einen Antrag Beschluß gefaßt werden, die kleinen Kohlenzechen Alle Haase, Admiral und Warden nicht in das Syndikat aufzunehmen. Die drei Zechen gehören zurzeit nicht dem Syndikat an. Man will sie aber bei der Erneuerung des Syndikats, dem sonst alle Zechen des Ruhrkohlenreviers beitreten werden, von vornherein ausschließen. Der Grund für diese Maßnahme ist nach der „Rhein.-Westf. Zig.“ darin zu

suchen, daß die finanzielle Lage der Zechen sehr schlecht ist. Es sei zu erwarten, daß bei anhaltender Unterbilanz die Zechen ihre Verteilungsgelder zwecks Stilllegung des Betriebes verkaufen werden. Um einer eventuellen Agitation gegen die Stilllegung den Boden zu entziehen, sei eine Nichtaufnahme der Zechen empfehlenswert.

Dividenden von Pulverfabriken. Alles, was zur Nahrungindustrie gehört, erfreut sich der Hochkonjunktur. So zahlen die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken A.-G. eine Dividende von 20 Proz., die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff A.-G. und die Siegener Dynamit A.-G. 15 Proz. Alle drei Gesellschaften stehen mit den deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Beziehung.

Soziales.

Eine „Ueberraschung“.

Von einer „angenehmen Ueberraschung“ für die Agrarier berichtet die Feldarbeiterzentrale. Den Arbeitern, besonders den Arbeitslosen, dürfte sie viel eher Mißbehagen verursachen. Die „angenehme Ueberraschung“ eröffnet manchem Arbeiter die Aussicht, noch länger ohne Beschäftigung zu bleiben oder auch von einem weniger ameren aus der Arbeitsstelle verdrängt zu werden. Noch nie war nämlich der Import fremder Arbeitskräfte so groß, so überreich groß wie in diesem Jahre. Die Feldarbeiterzentrale meldet ein „riesiges, noch nie dagewesenes Arbeiterangebot“. Um Massenansammlungen an den Grenzübergängen „zu verhindern“, mußte ein Teil der Leute „zur Heimkehr bewegt“ werden, obwohl sich die Landwirtschaft zu vorzeitiger Arbeitereinstellung entschloß. Weiter wird berichtet, daß auch der Strom der ohne feste Arbeitsverträge hereinflutenden Italiener von dem industriellen Bedarf nicht aufgenommen werden konnte, weil Hoch- und Tiefbau noch nicht voll in Tätigkeit, Gruben und Hüttenwerke und andere von den Italienern gefuchte Betriebe noch nicht aufnahmefähig waren. —

In Deutschland herrscht Arbeitslosigkeit in den allermeisten Berufen, trotzdem holt man in erweitertem Umfang rückständige Arbeitskräfte aus den Nachbarländern. Mit der künstlich vergrößerten Reservearmee kann man erfolgreicher dem Geschäft des Lohndruckes frönen, dem einheimischen Arbeiter die Theorie vom „Schutz der nationalen Arbeit“ nach kapitalistischen Grundsätzen sehr gründlich verständlich machen. Wer nicht artig ist, nicht willens dem Gebot der Unternehmer gehorcht, der fliegt auf Pfahler! Und das so verfahren die Unternehmern schreit auch noch nach Knebelgesetzen gegen die Arbeiterbewegung. Das letzte Restchen von Widerstandsmöglichkeit gegen kapitalistische Willkür soll vernichtet werden. Unter der Politik des Unternehmertums leiden auch viele Gemeinden in den Industriebezirken. Das Kapital überflutet sie mit oft sehr kinderreichen Familien, die an die Gemeinde große Anforderungen für Schulen usw. stellen. Aber die Leute sind wenig steuerkräftig, sie sollen ja Lohnbrüder sein. Viele von ihnen, die kein Unterkommen finden oder nach einiger Zeit den Arbeitsplatz verlassen, nehmen zudem auch noch Armenunterstützung in Anspruch. Das alles kümmert die Unternehmer nicht. Sie wollen billige Arbeitskräfte haben, alles andere ist ihnen gleichgültig.

Aus dem Innungsschiedsgericht.

Ein Dienstmädchen beanpruchte gestern im Klagewege 25 Mark Restlohn von dem Restaurateur Gannow. Die Klägerin soll trotz wiederholter Verwarnung unwirksam mit gläubiger Fische umgegangen sein und dadurch einen Leppich sowie den Fußboden beschädigt haben. Dafür wurde ihr beim Weggehen 25 M. einbehalten. Diese Summe war das Weihnachtsgeschenk. Die Klägerin gibt an, ihr sei der Restlohn passiert. Der Beklagte entschließt sich nach längerem Zögern auf Anraten des Gerichts den Betrag anzuerkennen. Der Vorsitzende machte ihm klar, daß ihm gegen die Gewerbebehörde weder das Recht auf Lohninbehaltung noch auf Rückforderung des Weihnachtsgeschenkes zusteht. Die ihm vom „Lokal-Anzeiger“ erteilte, anderslautende Auskunft war irrig.

Berichtszeitung.

Polizeiliche Gewaltanwendung.

In Reußlän kam es am 20. Juli 1913 vor und in der Polizeiwache in der Poststraße bei der Sistierung eines Händlers Felix Mauerhoff zu stürmischen Ausbrüchen, aus denen Mauerhoff Verletzungen heimtrug. Wegen die beteiligten Schützen reichte er Anzeige wegen Mißhandlung ein, zunächst mußte er aber selber auf die Anklagebank. Er sollte den Polizeibeamten bei rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes gewalttätigen Widerstand geleistet haben, indem er vor der Polizeiwache sich an einem Laternenpfahl festgehalten habe, so daß man ihn unter Gewaltanwendung habe losreißen müssen.

Das Schöffengericht Reußlän sprach ihn im Januar 1914 frei, weil bei dem Widerspruch der Zeugenangaben der Sachverhalt nicht hinreichend geklärt wurde. Da die Staatsanwaltschaft sich von der Verurteilung nicht mehr Erfolg verspricht, so hatte gestern das Landgericht Berlin II (Strafkammer 8 unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten) die ganze Angelegenheit in langdauernder Verhandlung nochmals zu prüfen. Unter den 22 Zeugen, die vernommen wurden, waren 8 Polizeibeamte, an ihrer Spitze der Reußländer Polizeipräsident Wehner.

Der Angeklagte Mauerhoff bestritt, Widerstand geleistet zu haben. Weil er durch eine geperrte Straße gefahren war, habe Schuymann Gladski, dem auf seine Frage nach dem Namen der Hinterräder auf das am Wagen angebrachte Firmenschild „Walter Mauerhoff“ nicht genügt, ihn zur Wache gebracht. Nachdem hier Mauerhoff von seinem Wagen abgestiegen war, habe Gladski ihm einen Stoß ins Gesicht gegeben. Von zwei anderen aus der Wache herbeieilenden Schuyleute sei er gepackt und wie ein Ball hingeworfen worden, und in der Wache habe eine Reihe Schuyleute förmlich „Spalter gebildet“ und auf ihn eingeschlagen. Er habe Verletzungen im Gesicht und an dem zum Schuy vorgehaltenen Arm erlitten und infolge der Schläge auf den Kopf werde er noch jetzt von Kopfschmerzen geplagt. Ueberdies seien ihm „auf der Wache 80 Mark verschlammten“.

Die Beweiserhebung brachte vor dem Strafkammer dieselben Widersprüche wie vor dem Schöffengericht. Die Polizeibeamten sagten übereinstimmend aus, daß Mauerhoff sich renitent benommen habe und nur durch Gewaltanwendung habe gebändigt werden können, und bestritten übereinstimmend, daß er durch Schläge mißhandelt worden sei. Demgegenüber bekundeten Zivilpersonen, Gladski habe Mauerhoff sofort im Gesicht gepackt und vorwärts gestoßen, so daß er stolperte und taumelte, und nachher seien aus der Wache Rufe und Schreie gedungen, die auf Mißhandlungen deuteten. Schuymann Gladski gab nur zu, daß er „selbstverständlich kräftig zugefaßt“ habe. Schuymann Hohmann hatte Mauerhoff „festgegriffen“ und mußte „alle Kraft anwenden“, ihn von dem Laternenpfahl loszureißen. Ueber die Vorgänge auf der Wache sagte dieser Zeuge: „Selbstverständlich kann man ihn nicht mit Gewalt abhandeln ansetzen, wenn er sich sträubt.“ Nachmeister Durchhardt sprach von „gewalttätiger Sistierung“. Daß dem Mauerhoff auf der Wache Geld weggenommen sei, habe dieser nachher bei der Entlassung behauptet, doch sei das unmöglich. Geschiebe aus der Wache hatten mehrere Zeuginnen gehört, auch stehende Schläge waren deutlich unterschieden worden, ferner Anstöße, wie: „Mein

Kopf, mein Kopf!" und "Schlagt mir doch meinen Kopf nicht so!" Einige Zeuginnen nannten die Schmerzenschreie "fürchterlich", "marterlichsternend", "herzerreißend". Auch zu anderen Zeiten ist aus derselben Polizeiwache schon öfter Geschrei zu Hausbewohnern gedrungen, das zum Teil auf Mißhandlungen habe schließen lassen. Daß Mauerhoff geschlagen worden sei, behauptete vor Gericht Frau Mauerhoff. Während sie vor dem Hause der Polizeiwache wartete, sei eine Frau herausgetreten mit den Worten: "Gehen Sie doch rein, die Beamten schlagen ja Ihren Mann so furchtbar!" Drinnen sei ihr das bestritten worden, aber sie habe ihn jetzt selber schreien und schreien hören, und nachher habe sie ja dann gesehen, daß er zertrümmert war. Auch anderen Personen hatte Mauerhoff gesagt, wie sein Arm ausfah, vor allem auch dem Polizeipräsidenten Becherer, bei dem er sich persönlich beschwerte. Der Polizeipräsident befandete vor Gericht, er habe eine Reihe von braunen und blauen Flecken gesehen, über die er keine Verwunderung ausgesprochen habe. Vielleicht seien sie nur durch scharfes Aufpassen entstanden, doch sei ja auch denkbar, daß man sie aus Schlägen mit der Faust zu erklären habe. Er müsse sagen, daß er "zuerst erschrocken" war, denn die Flecken hätten "keinen guten Eindruck" gemacht. Ihm seien Zweifel aufgestiegen, ob die Beamten sich wirklich vorchriftsgemäß benommen hätten. Er habe sofortige Untersuchung verprochen und unverzüglich angeordnet. Daß dem Beschwerdeführer auf der Wache Geld abhanden gekommen sei, halte er für unmöglich.

Dem Staatsanwalt wogen alle Aussagen der Zivilzeugen federleicht gegenüber den Aussagen der Beamten. Auf der Strafe hätten nur die Vorgänge, der "Widerstand" des dem Laternenpfahl umklammernden Mauerhoff, richtig beobachtet. Selbstverständlich hätten sie, wie auf der Strafe so auch auf der Wache, "fest und derb zu fassen" und "Gewalt anzuwenden" müssen. Dabei seien "blaue Flecken" entstanden, die man ebenso wenig wie die angeblichen Schmerzensschreie des aufgeregten Mannes auf Mißhandlung zurückführen dürfe. Man würde doch den Beamten nicht einen "Reineid" zutrauen können. 40 Mark Geldstrafe beantragte er gegen den Angeklagten. Der Verteidiger Rechtsanwalt Oscar Gohr führte aus, die Sistierung zur Wache sei unnötig gewesen, es liegt also keine rechtmäßige Amtsausübung vor, mithin könne von strafbarem Widerstand nicht die Rede sein und es sei Freisprechung geboten. Die Aussagen der beteiligten Beamten seien unzuverlässig, weil die Beamten naturgemäß den Wunsch hätten, ihr Verhalten als korrekt hinzustellen. Uebrigens lasse auch der Druck des gegen sie noch schwebenden Strafverfahrens auf ihnen. Zu den "blauen Flecken" bemerkte der Verteidiger, daß das Arzttattest auch von einer vier Zentimeter langen Hautabschürfung am Arm sowie von einer geröteten Stelle in der Nackengegend spricht, die man selbst aus einem stärksten "Griff" nicht hinreichend erklären könne. Der Staatsanwalt erwiderte, sehr wohl könne auch das auf einen "notwendigen Griff" oder auf Selbstverletzung zurückzuführen sein.

Das Gericht kam zu einer Freisprechung. Der Schuhmann Gladski habe korrekt gehandelt, indem er Mauerhoff sistierte. Mauerhoff habe aber vielleicht nur unbewußt nach dem Laternenpfahl gefaßt, um nicht zu fallen. Wovon Mauerhoff hätte fallen sollen, sagte die Urteilsbegründung nicht. Sie erwähnte auch mit keinem Wort den gegen die Beamten erhobenen Vorwurf der Mißhandlung, den der Staatsanwalt zurückgewiesen hatte.

Ueber die Frage einer Anklageerhebung gegen die Beamten wird in dem Strafverfahren gegen sie, das nunmehr seinen Fortgang nimmt, dieselbe Staatsanwaltschaft sich schlüssig zu machen haben.

Kunst unter Anklage.

Neuzeit befremdliche Anschauungen über den künstlerischen Wert der "Großen Berliner Kunstausstellung" offenbarte ein Sachverständiger, der in einer Verhandlung auftrat, die gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Hallervorden beschäftigte. Wegen Sittlichkeitsvergehen (öffentlicher Ausstellung einer unzüchtigen Abbildung) war der Tapetenhändler Reinhold Schirmer aus Wilmersdorf angeklagt. — Der Angeklagte betreibt in der Pariser Straße in Wilmersdorf ein größeres Tapetengeschäft. Um die Wirkung der verschiedenen Tapeten besser hervorzuheben zu lassen, hatte der Angeklagte sein Schaufenster in der Form eines eleganten Zimmers dekoriert und auch die Wände mit Bildern

aus seiner Wohnung behängt. In diesen Bildern befand sich auch eine Reproduktion des bekannten Kunstwerks von Jenner-Dehmer "Blau China" (Meißner Porzellan). Dieses Bild stellt ein am Morgenaffektisch sitzendes junges Mädchen mit entblößtem Oberkörper dar.

Mitte Dezember v. J. erschien in dem Geschäft des E. eine ältere Dame und verlangte von dem Inhaber ziemlich kategorisch, daß das Bild sofort aus dem Schaufenster entfernt werden sollte. Der Angeklagte erklärte zuerst höflich, daß er keine Veranlassung dazu habe, das Bild zu entfernen, da es ein Kunstwerk sei, außerdem gehörte zu seinen Kunden Staatsanwälte, die doch gewiß etwas daran gefunden hätten, wenn das Bild irgendwie Anstoß erregen könnte. Als die Dame bei ihrer Forderung bestand, wurde sie von dem Angeklagten höflich, aber entschieden hinauskomplimentiert. Einige Tage später wurde das Bild von einem Polizeibeamten beschlagnahmt. Der Angeklagte erfuhr nun, daß jene Dame die Frau Geh. Medizinalrat Schlegtenbal war, die der "Zentralstelle zur Bekämpfung unzüchtiger Druckwerke" angehört. — Wegen E. wurde daraufhin Anklage erhoben, die sich auf ein Gutachten des Herausgebers der Zeitschrift "Der Türmer", Dr. Karl Stord, stützt. In diesem Gutachten meint Dr. Stord: Jenner-Dehmer sei nur ein geschickter Roulinier, ein Kunsthandwerker oder Kunstindustrieller. Seine Arbeiten seien "besserer Ritzsch", ebenso unklügerisch wie zwei Drittel der Werke, die alljährlich im Kaiserpalast ausgestellt werden. Demgegenüber erklärte Professor Hans Herrmann, Mitglied der Königl. Akademie und Vorsitzender der Jury der Großen Kunstausstellung, als Sachverständiger: Jenner-Dehmer sei ein durchaus anerkannter Künstler, der in Berlin und München die große goldene Medaille erhalten habe und dessen Bilder gewöhnlich in dem sogenannten Ehrensaal gehangen hätten. — Der Staatsanwalt beantragte die Beurteilung des Angeklagten, während R.-M. Grünwald die Freisprechung für geboten hielt. — Das Gericht kam zu der Ansicht, daß es sich um ein ernstzunehmendes Kunstwerk handele, das nur auf denjenigen unzüchtig wirken kann, der unzüchtig hineingucken will und auch hineinguckt. Unter Aufhebung der Beschlagnahme des Bildes erkannte das Gericht auf Freisprechung des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse.

Aus aller Welt.

Ein Heldenstück.

Aus Friedberg wird dem "Hessischen Volksfreund" geschrieben: Ein lange Jahre bei der Firma Vender u. Schwarz dahier beschäftigt gewesener Arbeiter zog sich infolge Unfalles ein Rückenmarkleiden zu, das ihn dauernd invalide machte. Leider war versäumt worden, rechtzeitig Unfallrentenanträge geltend zu machen, so daß diese verjährt sind und der Mann nur Invalidenrente erhält. Mit dieser allein läßt sich eine Familie nicht ernähren und da der Arbeiter es verschmäht, dauernd die öffentliche Armenpflege in Anspruch zu nehmen, so suchte und fand er noch Beschäftigung bei der Stadt zu einem Stundenlohn von anfänglich 20, jetzt 25 Pf. Es ist selbstverständlich, daß man für dieses Geld nicht die Leistungen verlangen kann, die von einem vollbezahlten Arbeiter verlangt werden. Jedermann, der den ehemals so fleißigen und kräftigen Mann kannte, wird von Mitleid gepackt, wenn er jetzt diesen durch das Rückenmarkleiden so stark entstellten Körper sieht und beobachtet, wie der Mann sich trotzdem abmüht, noch nach Kräften seine Pflicht zu erfüllen. Man sollte meinen, daß es keinen Menschen auf Erden geben könnte, der nicht diesem kranken Körper ab und zu einige Minuten der Ruhe gönnen würde. Und doch gibt es einen. Bei dem Bürgermeister der Stadt ließ nämlich ein Schreiben ein des Inhalts, daß der Arbeiter G. an einem bestimmten Tage nach der Uhr festgestellte vier Minuten nichts gearbeitet habe, und da der Mann aus den Groschen der steuerzahlenden Bürger bezahlt werde, so möge der Bürgermeister das Notwendige veranlassen. Es fehlt nur noch, daß der Ratweiser geführt wird, daß die Steuerzahler durch das Nichtarbeiten bei 25 Pf. Stundenlohn um genau berechnete 26 Pfennig geschädigt sind, die dem Mann am

Sohn abgezogen werden müssen. Und wer ist der Geld, der solches vollbracht? Sein Name soll der Welt nicht verschwiegen werden. Es ist Otto Hirschel, Redakteur der "Neuen Tageszeitung", Führer des Bundes der Landwirte im Kreis Friedberg, Geschäftsführer der vereinigten Landwirte von Frankfurt a. M. und Umgegend und ehemaliger Direktor der elend verachteten Hauptgenossenschaft. Wahrhaftig, ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle!

Tragischer Tod eines Touristen.

Ein tragisches Geschick ereilte den 19jährigen Handlungsangestellten Felix Engländer, der mit einem Begleiter in ganz ungenügender Ausrüstung eine Tour auf den Untersberg im Salzammergut unternommen hatte und von einer Schneewächte über eine felsige Absteigung abgestürzt war. Als eine Rettungsexpedition dem Jähmörder sofort zu Hilfe eilte und er bereits aus seiner gefährlichen Lage beinahe aufgefischt war, riß plötzlich das Tragseil und mit einem gellenden Aufschrei stürzte der schwer Verletzte, sich überschlagend, in eine mehrere 100 Meter tiefe Felschlucht, aus der er bis jetzt noch nicht geborgen werden konnte.

Ein "besserer" Spürhund.

Wie die "Prager Bohemia" meldet, wurde die in der Prager Staatspolizei angestellte Frau Boldan, die Tochter eines Postrates und die Witwe eines höheren Staatsbeamten, aus dem Dienst entlassen. Frau Boldan, welche diffizile Arbeiten der Staatspolizei erledigt und dabei einen Einblick in streng gehütete Geheimnisse hatte, soll der Redaktion der "Korodni Listy" das Material geliefert haben für die Enthüllungen des Blattes über die Verbindung zwischen dem früheren nationalsozialen Abgeordneten und Bezirksrichter Sviba und der Staatspolizei.

Kleine Notizen.

Im Streit ertrunken. In Marlen (Westfalen) wurde bei einer aus geringfügiger Ursache entstandenen Schlägerei der Fuhrmann Schulte durch mehrere Messerstiche getötet. Der Fuhrmann Baumgärtner erhielt gleichfalls mehrere Messerstiche, wodurch er erheblich verletzt wurde. Es gelang den Tätern, in dem entstehenden Tumult unerkannt zu entfliehen.

Die offene Eisenbahnbrücke. Bei dem Bahnübergang in der Nähe des Bahnhofs in Wesel ist am Montagabend ein Fuhrwerk, das mit drei Pferden bespannt war, vom Zuge überfahren worden. Der Fuhrmann wurde sofort getötet, zwei Pferde völlig zermalmt. Der Bahnwärter, der schon 40 Jahre den Dienst verrichtete, hatte die Schranke nicht geschlossen, wodurch das Unglück geschah.

Durch Gase erstickt. Ein Fabrikarbeiter des Schaller Grabens- und Glättenwerks verunglückte in der Gießerei dadurch tödlich, daß er beim Anzünden eines Gasofens zu viel Gas einatmete. Er fiel mit dem Oberkörper in die Öffnung des Ofens hinein und erstickte.

Die Granate im Schlafzimmer. Durch einen gewaltigen Knall wurde am Dienstagmorgen in Auteuil ein auf der Hochzeitsreise sich befindendes englisches Ehepaar aus seinen süßen Träumen geweckt. Wie sich herausstellte, war ein Geschloß, wie es zum Abfeuern aus Flugzeugen benutzt wird, durch das Fenster gedrungen, wenige Zentimeter über den Schlafenden weggegangen und hatte den Kamin zertrümmert. Die durch ein Wunder hind die Eheleute dem Tode entgangen. Eine nähere Untersuchung nach der Herkunft der Granate und dem etwaigen Attentäter ist sofort in die Wege geleitet worden.

Verhaftung einer Hochstaplerin. In Vogen ist auf Veranlassung des Statthalters die Angestellte eines großen Geschäftshauses, die unter dem Namen einer Gräfin v. Clermont verschiedene Betrügerereien verübt, verhaftet worden. Die Hochstaplerin hatte nach berühmten Rüstern es verstanden, von verschiedenen Geschäftsleuten in Vogen Beträge von über 30 000 Kronen herauszuladen.

Mohrenstr. 37a
Kolonnaden.
Gr. Frankfurterstr. 115

Trauer-Magazin
Kleider, Hüte etc.
Außerste Preise

Farbige Konfektion
in größtem Maßstabe
zu billigsten Preisen

Westmann

Stoppdecken
größte Auswahl, billigst;
auch Aufarbeiten alter Stoppdecken.

Bernhard Strohmandel
Fabrik Berlin, Wallstr. 72.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Sozialdemokrat. Flugschriften:
20. Sozialdemokratie und
Militärvorlage.
21. Sozialdemokratie und
Arbeitslosenfürsorge.

Referat v. Joh. Timm-München
erstattet auf dem Parteitag
zu Jena 1913.

Der Preis beträgt pro Heft
10 Pfennig. 240/5

Los nur 50 Pf. Ziehung 29. April

Gnesener Pferde-Lotterie

3237 Gewinne im Gesamt-wert v. M.
darunter 34 Pferde, 3 Equipagen M.
3200 Silber-gewinne Mark

Haupt-gewinn Mark

Los 50 Pf. 11 Lose aus ver- 5 M
loste 50 Pf. schied. Tausd.
Porto und Liste 25 Pf. extra.

H. C. Kröger
BERLIN W8, Friedrichstr. 193 a.
Erhältlich auch in allen durch
Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Bad „Süd-Ost“
40 Manteuffelstr. 40 a. d. Oranienstr.
Alle Arten Bäder.
Täglich: Russisch-römische und
elektrische Bäder für Damen und
Herren. Nebenamt. famul. Kranken-
lassen für Berlin und Sorote.

Man weide Nachahmungen!

Bei Husten, Heiserkeit, rauhen Hals sind
Reichel's Hustentropfen
in ihrer Wirkung einzig!

Nur echt mit Marke
"Medico"

50 Pf. 1,-
In Drogerien u. Apotheke, wo nicht, durch
Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4.

KufeKe
ist Für Erwachsene in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die bestgeeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

Dichte Dächer, farbige Pappdächer
für Sommerhäuschen, Lauben etc.
erzielt man dicht und dauerhaft nur mit

Dachpix rot, grün, weiß (alle Farben).
Sämtliche Materialien für Bedachung
— Anstrich-Farben für alle Zwecke —

Dachpix-Gesellschaft, Plan-Ufer 38
Amt Moritzpl. 1936. Muster, Auskunft etc. gratis. Amt Moritzpl. 1936.

Frühzeitiges Ermüden

Ein bewährtes Rezept gegen schnelles Ermüden ist das Tragen von Continental-Absätzen. Sie ermöglichen einen leichten, elastischen Gang, der den Körper nicht ermüdet und nicht erschüttert. Verlangen Sie aber ausdrücklich von Ihrem Schuhmacher

Absätze Continental.
Hüten Sie sich vor Nachahmungen!

Garbáty
Cigaretten

Qualität

Regierungsmäßiger Redakteur: Alfred Dieffen, Neustadt. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vorgänge nicht auf Grund der Vorschriften prüfen kann, ist er ganz und gar auf das angewiesen, was ihm die Regierung mitzuteilen „gnädigst geruht“, sei es auch in einer Denkschrift, bei der man sich dann allerlei denken könnte. So stehen die Dinge aber doch nicht. Das Verlangen des Abg. Wels war durchaus nicht „unerhört“, sondern durchaus im Rahmen des Budgetrechts. Das empfanden sowohl die Regierung wie ihre sonstigen freiwilligen Kommissare, die Konserwativen, und darum schwiegen sie beide. Nachher allerdings konnte Herr Dr. Dertel es nicht unterdrücken, in seinem Blatte sein Bedauern darüber auszusprechen, daß die sozialdemokratischen Vertreter in der Budgetkommission sich auch über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung ganz genau informiert zeigten. Eine Äußerung, die doch auch nur dazu angetan ist, die Ausführungen des Abg. Wels zu unterstützen und seinen Antrag mit zu begründen.

Prekämpfe im kerikalen Lager.

Die jüngste Nummer des „Katholischen Deutschland“ (Nr. 16) befaßt sich unter der Ueberschrift: „Wie man katholische Blätter totschlägt“ mit dem Eingehen des Koblenzer Volksfreunds“, eines sich offen zur Zentrumspartei bekennenden Blattes, das aber gewagt hatte, hier und da eine eigene Meinung zu vertreten. Das Blatt hat sich angeblich gezwungen gesehen, „wegen schwerer Erkrankung seines Redakteurs das Erscheinen einzustellen“, doch nun klagt in der letzten Ausgabe der Redakteur „aber all die Unbilden und Widerwärtigkeiten, die er unter der strengen Fuchtel der Zentrumshegemonie als Parteiredakteur erdulden mußte“. In dem Abschiedsartikel heißt es weiter:

„Was uns am meisten bekümmert, das ist die Behandlung, die wir so oft von unseren Brüdern erfahren. Wir wollen nicht die ganze traurige Geschichte der Koblenzer katholischen Presse schreiben, obwohl sie sehr lehrreich wäre; man würde uns geschwind vorwerfen, wir beschwären das eigene Neid. Die meisten älteren Bürger wissen aus eigener Erfahrung, wie es den verschiedenen katholischen und zentrums-politischen Blättern ergangen ist. Alle haben der Parteiherrschaft weichen müssen. Nicht weil sie keinen Eingang im Publikum gefunden hätten, sind sie verschwunden; jedes hat seine Spezialität und für alle war Raum, wenn man wirklich Wahrheit, Freiheit und Recht liebte. Gewisse Leute, die den Handwerker stets vorwerfen, sie seien Konkurrenzgeizig und gönnten einander nichts, können nicht einen einzigen Konkurrenten neben sich vertragen. Unter dem Vorwande des Schutzes der Einheit in der Partei sollen sogar die Gedanken reglementiert und uniformiert werden. Darum müssen alle Konkurrenten auf geistigem Gebiete weichen.“

Im Anschluß hieran schreibt das „Katholische Deutsch-land“ auf Grund seiner eigenen Erlebnisse:

„Dieselbe Totschlägerpolitik läßt man am „Katholischen Deutschland“.“

Wie unser Blatt hier verfolgt wird, können wir gar nicht schildern. Vor allem durch fortwährende Klagen und Anzeigen. Unsere katholischen Insurgenten und Abenteurer sucht man durch Drohungen mit geschäftlichen Nachteilen und abwendig zu machen, und nicht immer ohne Erfolg. Mit welchen Mitteln der Kampf gegen unseren Herausgeber, einen katholischen Priester, geführt wird, wagen wir gar nicht zu sagen, um den katholischen Namen nicht mehr als nötig zu schädigen. Die Leiter der Zentrumsorgane werden einmal ein für allemal Gericht zu bestehen haben!

„Daß das „Katholische Deutschland“ nicht übertriebener und dachemische Terror sich nicht auf Koblenz und Obersachsen beschränkt, ist bekannt. Gerichtlich festgestellt wurde z. B., daß die herrschende Zentrumsklaque in Bonn gegen die Besitzer der dortigen „Deutschen Reichszeitung“ geradezu Erpressungs-maßnahmen verübt hat. Die Herren, in deren Händen sich die Polizeigewalt in Bonn befand, wollten die „Reichszeitung“ zu einem Spottpreis in den Besitz einer von ihnen zu gründenden Aktien-gesellschaft bringen, und als die Besitzer, die Brüder Hauptmann, sich nicht willens fügten, erklärte man, den einen von ihnen, den Pro-fessor Hauptmann, nicht wieder als Landtagskandidaten aufstellen zu wollen. Ein Zeuge bekundete, in einer Ausschüß-fung habe der Vorsitzende gesagt: „Wir haben jetzt Hauptmann in der Hand; wenn er nicht will, wird sein Bruder nicht mehr aufgestellt!“ Unter diesen Umständen sprach das Schöffengericht den Geschäftsführer der „Reichszeitung“ von der Anklage, die klagenden Leiter der örtlichen Zentrumspartei durch den Vorkauf der „niederträchtigen Erpressung“ beleidigt zu haben, frei, und die Strafkammer stellte sich auf den gleichen Standpunkt.

Es lohnt sich.

Kardinal Ropp hat, wie sich bei Eröffnung des Testaments ergab, ein Privatvermögen von 7 Millionen Mark hinterlassen. Als Universalerbe ist das Breslauer Domkapitel eingetrag, außerdem erhalten die Beamten des Domkapitels sowie die Mitglieder des Domchors Legate im Betrage von 300 bis 500 M. Durch diese Zuwendungen soll etwa eine Million von der Erbschaft abgehen. Die katholische Kirche kann also immerhin noch mit dem „Sporium“ des Kardinals Ropp zufrieden sein. Ropp war, bevor er den geistlichen Beruf ergriff, Telegraphengehilfe. Wie die katholische Presse bei seinem Tode rühmte, hat er sich aus verhältnismäßig ärmlichen Verhältnissen bis zum Kardinal hinaufgearbeitet. Erbt hat er demnach diese 7 Millionen nicht. Sie sind der Ertrag seiner Tätig-keit als „Diener des Herrn“. Wieviel weiter haben es doch viele Gottesdiener der heutigen Zeit gebracht als Christus, dem sie dienen wollen, und der nach der biblischen Erzählung kein Pläthchen hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte.

Herr v. Liebert als Reichsverbandssprenger.

In Stuttgart ist es in einer Versammlung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, in der der Doerskommandierende, Generalsekretär v. Liebert über „die Macht der Sozialdemokratie“ sprach, fast zu einer Reiterei zwischen den Konserwativen und Nationalliberalen gekommen. Herr v. Liebert äußerte sich nämlich recht verächtlich über die nationalliberale Partei. Das erregte bei den anwesenden Nationalliberalen heftigen Widerpruch. In ihrem Namen ergriff daher ein Redakteur Dr. Biles das Wort zur Er-widerung. Als dieser erklärte, daß die Nationalliberalen sich immer ihrer nationalen Pflicht bewußt gewesen seien, wurde er durch störende Jurufe unterbrochen. Als endlich der Redner gar davon sprach, daß Bismarck kein sozialdemokratisches Staatsabkommen unterzeichnet habe wie Dr. Köhling, der Parteigenosse Herrn v. Lieberts, ging ein Radau los, der den nationalliberalen Redner zeitweise am Weiterreden hinderte. Und dieser Raim steigerte sich schließlich dement, daß er in ein wildes Toben ausartete. Die meisten Nationalliberalen verließen darauf den Saal.

Die Zänderung des Kölner Polizeipräsidiums.

Am Kölner Polizeiprozess ist bekanntlich der angeklagte Re-dakteur zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. Die weit-gehenden Folgen, die der Prozeß für die Kölner Polizei hat, be-weisen aber immer mehr, daß der Prozeß eine Niederlage der

Polizei und einen Sieg der Sozialdemokratie bedeutet. Im An-schluß an die Revision des Kölner Polizeipräsidiums durch eine Kommission von Ministerialkommissaren ist nun durch Verfügung des Regierungspräsidenten eine größere Anzahl von Beamten des Polizeipräsidiums disziplinarisch be-trüft worden. Ueber mehrere Polizeikommissare sind wegen schwerer dienstlicher Verfehlungen, nämlich weil sie ohne Genehmigung Geschenke von Privatpersonen im Zusammen-hang mit ihrer amtlichen Tätigkeit angenommen haben, empfind-liche Geldstrafen verhängt worden. Alle in dieser Weise delinquenten Polizeikommissare sollen veretzt werden. Der durch den Prozeß schwer bloßgestellte Polizeipräsident Kofsch ist, ebenso wie sein Chef, Polizeipräsident v. Beegmann, in den Ruhestand getreten. Polizeipräsident Kofsch, ein selbstgekauft Haus, soll nach Breslau ver-etzt werden. Er soll anscheinend die dortigen rauhen Polizei-sitten durch zehnjährige Gemeinlichkeit mildern. Der Polizei-inspektor Eiden wird zur Abfertigung aus Köln nach Danzig ver-etzt. Eine größere Zahl von Kriminalbeamten sind unter Verüd-sichtigung mildernder Umstände mit einem disziplinarischen Ver-weis bestraft worden.

Wichtig ist die offizielle Bekanngabe, daß sich eine Reihe von Reformmaßnahmen auf dem Gebiete der Aufsicht und des Geschäftsbetriebes als notwendig erwiesen haben. Diese Reformen sind also direkt auf das Eingreifen der Sozial-demokratie zurückzuführen — trotzdem aber wurde der Redakteur, der den Schandrian aufdeckte, verurteilt.

Besonders hart ist, daß man ihm die ganzen Kosten aufsalte, obwohl das Urteil in einer Reihe von Fällen den Wahrheitsbeweis für erbracht erklärte.

Die Reichseinnahmen an Zöllen und Steuern

Sind im vergangenen Rechnungsjahre, das vom 1. April 1913 bis letzten März 1914 läuft, um 5 Millionen hinter dem Vorausschlag zurückgeblieben. Das ist an sich kein nennenswertes Defizit. Aber hätten nicht einzelne Steuern eine ganz überraschende Steigerung gegenüber dem Vorausschlag erfahren, würde die Situation wesentlich anders aussehen. Die Zölle, die im Vorausschlag mit 721 470 000 M. eingesezt waren, haben nämlich nur 681 792 821 M. gebracht. Auch eine Anzahl anderer Steuern weisen Mindereinnahmen auf, so die Branntweinverbrauchsabgabe 193 243 443 M. statt 195 455 000 M., die Schornsteinsteuer 9 816 283 M. statt 10 685 000 M., die Stempelsteuer von Kauf- und Anschaffungs-geschäften 18 295 786 M. statt 20 580 000 M., der Versicherungs-stempel 8 829 411 M. statt 7 500 000 M., die Erbschaftsteuer 45 421 616 M. statt 47 Millionen, Grundstücks- und Liebertragungs-stempel 84 200 393 M. statt 89 200 000 M., Schenkstempel 3 031 984 M. statt 3 138 000 M., Leuchtstoffsteuer 15 196 124 M. statt 15 846 000 M.

Diesen Mindereinnahmen stehen Mehreinnahmen gegenüber aus der Zundersteuer von circa 16 Millionen, sie brachte 173 763 692 M. statt 157 600 000 M., die Zigarettensteuer brachte ein Mehr von 6 Millionen, 42 626 706 M. statt 36 469 000 M., die Biersteuer über-stieg um 4 Millionen den Vorausschlag, sie brachte 128 507 834 M. statt 124 780 000 M.

Insgesamt betragen die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren im abgelaufenen Rechnungsjahre 1 664 360 468 M. Der Vorausschlag betraffte sich auf 1 669 782 900 M.

Die Ueberschüsse der Reichspost- und Reichseisenbahnverwaltung sind noch nicht festgesetzt; von deren Höhe würde es abhängen, wie hoch das tatsächliche Defizit der Reichskasse ist.

Gefährdung der Arbeitslosenversicherung in Bayern.

Der Ausschuß des Reichsrats hat den von der Abgeordneten-kammer beschlossenen Staatszuschuß von 75 000 M. für gemeindliche Arbeitslosenversicherung mit acht gegen drei Stimmen abgelehnt. Die Summe selbst ist zwar nicht gestrichen worden, soll aber nur für allgemeine Arbeitslosenfürsorge verwendet werden. Wiederholt sich diese Ablehnung im Plenum, so wird sie zu einer schweren Ver-säuerungskrisis führen, die die organisierte Arbeiterschaft entschlossen ist, mit allen Mitteln durchzukämpfen. Das Ziel kann nur sein, den Reichsrat selbst, der eine rein privatkapitalistische Interessendvertretung ist, arbeitslos zu machen.

Die Aufwandsentschädigung für militärische Dienstleistungen.

Der gegenwärtige Reichshaushaltetat sieht bekanntlich zum erstenmal eine größere Summe vor, die zu Soldatenprämien ver-wendet werden soll. Die Sache ist nicht durch ein Reichsgesetz geregelt worden; vielmehr hat sich der Bundesrat vorbehalten, das Nähere über die Ausführung anzuordnen. Da im Plenum noch viel Unkenntnis über die neue Einrichtung herrscht, sei einiges darüber mitgeteilt.

Die nunmehr erlassenen Bestimmungen besagen folgendes: Familien, von denen eheliche oder diesen gleichstehende Söhne durch Ableistung ihrer geschlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheer, in der Marine oder den Schutztruppen als Unter-offizier oder Gemeine eine Gesamtdienstzeit von sechs Jahren zurückgelegt haben, erhalten auf Verlangen Aufwandsentschädigung in Höhe von 240 M. jährlich für jedes weitere Dienstjahr eines jeden seiner geschlichen Dienstpflicht genügenden Sohnes in diesen Dienstgraden. Es handelt sich also nicht um die Zahl der Söhne, die gedient, sondern um die Dauer der Dienstzeit, die sie zurück-gelegt haben. Es wird auch keine für alle Fälle feststehende ein-malige Summe gezahlt, sondern die Entschädigung ist eine fort-laufende. Sie setzt mit dem Augenblick ein, an dem die Söhne eine Gesamtdienstzeit von sechs Jahren zurückgelegt haben, und erlischt mit der Entlassung oder mit dem Tode des Sohnes, dessen Dienst den Entschädigungsanspruch begründet. Sie setzt auch von neuem wieder auf, wenn noch weitere Söhne eintreten sollten. Die Gesamtdienstzeit wird vom Tage der Einsezung des ersten Sohnes an gerechnet, jedoch mit folgenden Maßgaben: Eine Verurlaubung zur Disposition bleibt außer Betracht, soweit sie drei Monate über-schreitet. Für Mannschaften, die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März eingestellt sind, gilt die geschliche Dienstzeit am bestim-mungsmäßigen Herbstentlassungstage als erfüllt. Für Mann-schaften, die vom 1. April bis 30. September eingestellt sind, ist die Dienstzeit tageweise vom Einstellungstage ab zu berechnen.

Auf die Aufwandsentschädigung haben Anspruch die Eltern, ohne daß dabei nach einer etwaigen Bedürftigkeit gefragt wird. Leben die Eltern getrennt, so kann der Anspruch von jedem Teile geltend gemacht werden; es kann dann eine Verteilung der Ent-schädigung eintreten. Sind Eltern nicht mehr vorhanden, so kann der Anspruch von den Großeltern geltend gemacht werden; aber nur, wenn diese erwerbsunfähig sind und der Sohn sie dauernd unterstützt hat. Erbschaften können den Anspruch wie richtige Eltern geltend machen, wenn sie dem Stiefsohn dauernd unterstützt wurden.

Wer nichts verlangt, erhält nichts. Der Anspruch ist bei der Gemeindebehörde des Ortes, in dem die Eltern ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, anzumelden. Die Gemeindebehörde prüft, den Anspruch und füllt für jede Familie ein Formular aus. Diese Anträge werden an die zuständige Verwaltungsbehörde eingepfandt, die

nachmals nachprüft. Der Anspruch soll innerhalb vier Wochen nach Eintritt des Sohnes, dessen Dienst ihn begründet, geltend gemacht werden. Nach Ablauf von 6 Monaten nach der Entlassung oder dem Tode des betreffenden Sohnes ist die Geltendmachung des Anspruches ausgeschlossen. Die Einrichtung ist bereits mit dem 1. Oktober 1913 in Kraft getreten, so daß also für die Militär-pflichtigen, die nach dieser Zeit noch gedient haben und auf die die aufgeführten Voraussetzungen zutreffen, die Prämie erstmalig zur Auszahlung kommt.

Zeugniszwangsverfahren.

Von dem Braunschweiger Amtsrichter Brandes wurde gelegentlich einer Vernehmung im Vorverfahren Genosse Gunge zu 100 M. Geldstrafe oder acht Tagen Haft verurteilt. In den letzten Wahl-rechtsverhandlungen in Braunschweig waren Zettel verteilt worden, in denen zu einem Demonstrationstuge aufgefordert wurde. Die Polizei will nun gegen einige Genossen wegen Verbreitung der Zettel und Veranlassung der Tuge, bei denen die Polizei schamhaft gereizt wurde, vorgehen. Sie weiß jedoch nicht, wer die „Mitteläter“ sind. In dem deswegen eingeleiteten Ermittlungsverfahren sollen nun Arbeiter durch das Zeugniszwangsverfahren gezwungen werden, der Polizei Dienste zu leisten. Wer nur irgendwie im Vordergrund der Arbeiterbewegung steht, wird gerichtlich vernommen. Genosse Gunge ist Kassierer der Parteiparteiorganisation. Von dem Zeugnis-zwangsverfahren gegen ihn erhofft die Behörde die Enthüllung des Zettelgeheimnisses. Gegen seine Bestrafung ist Beschwerde erhoben worden.

Oesterreich.

Eine Aktion für die Verfassung.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die deutschen, polnischen und italienischen sozialdemo-kratischen Abgeordneten des österreichischen Parlaments haben an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses einen Brief ge-richtet, in dem sie die schleunige Einberufung einer Konferenz der Obmänner aller Parteien fordern, um das Recht des Abgeordnetenhauses gegen die verfassungs-brecherische Regierung zu verteidigen, die die tschechische Obstruktion als Vorwand genommen hat, um sich des Parlaments zu entledigen und ein absolutistisches Regime aufzurichten. Die Einberufung der Konferenz sei um so not-wendiger, da die bisherige provisorische Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses am 15. Mai abläuft und die alte Geschäftsordnung jegliche Obstruktion, auch noch so feiner Gruppen, außerordentlich erleichtert.

Ein zweites Schreiben fordert die Obmänner der anderen Parteien auf, ihre Zustimmung zu der Konferenz aus-zusprechen. „So schroff die Gegenstände sind,“ heißt es in diesem Schreiben, „die Ihre Partei von der unteren scheiden, so müssen wir doch annehmen, daß Sie mit uns eins sind in der Ueberzeugung, daß in dieser Stunde, in der die Ver-fassung zerstört, die ganze Zukunft des österreichischen Parlamentarismus bedroht ist, alle Parteien zusammenwirken müssen, um das verfassungsmäßige Recht des gesamten Volkes und seiner Vertretung zu verteidigen.“

Ob dieser Versuch Erfolg haben wird, steht dahin. Ver-weigern aber die bürgerlichen Parteien ihre Mitwirkung, dann wird wenigstens festgestellt sein, daß sie die Mit-schuldigen des Absolutismus sind.

Die Erkrankung Franz Josephs.

Wien, 21. April. Die Abendblätter melden übereinstimmend, daß die merklige Besserung im Befinden des Kaisers den ganzen heutigen Tag über in verstärktem Maße angehalten habe.

England.

Zusammenstöße im Unterhaus.

London, 21. April. Im Unterhause kam es heute nach-mittag zu einem scharfen Wortwechsel zwischen dem Premierminister Asquith und Bonar Law über das militärische Vorgehen der Regierung gegen die Miter-bewegung und eine Viertelstunde hatte das Haus von Weisfallen und Protestrufen wider. Bonar Law forderte eine gericht-liche Untersuchung der von der Regierung im Zusammen-hang mit der Miterfrage ins Auge gefaßten Flotten- und Heeres-bewegungen. Asquith lehnte das ab, forderte aber Bonar Law auf, seine Beschuldigungen im Hause vorzubringen. Bonar Law erwiderte mit der Behauptung, daß sich die Erklärungen der Minister als falsch erwiesen hätten und betonte die Notwendigkeit einer Untersuchung unter Eid. Asquith entgegnete, daß diese Behauptung gegen die Ehre der Minister gehe und daß der einzige Ort, wo eine solche Behauptung erörtert werden könnte, dieses Haus sei. Bonar Law sagte zum Schluß, er werde die Veröffentlichung weiterer Dokumente der Regierung abwarten, bevor er sich entscheiden wolle, welche Haltung die Opposition in dieser Angelegenheit einnehmen werde.

Letzte Nachrichten.

Reichstagsersahwahl in Marienwerder-Schwetz.

Schwetz (Schwetz), 21. April. Bei der durch die Mandats-niederlegung des Abgeordneten von Halem (Schwetz) im Wahl-kreis Marienwerder 5 notwendig gewordenen Reichstagsersahwahl wurden heute bis 10 Uhr abends für von Halem (Rp.) 8490, für von Sah-Jaworski (Pole) 7282 und für den sozialdemokratischen Kandidaten 107 Stimmen abgegeben.

Castbergs Nachfolger im norwegischen Ministerium.

Kristiania, 21. April. Im heutigen Staatsrat wurde das Ab-schiedsgesuch des Staatsrates Castberg genehmigt und der Prä-sident des Odelsthings Friis Petersen zu seinem Nach-folger als Chef des Sozialdepartements ernannt.

Ein schwedischer Offizier erschossen.

Teheran, 21. April. Heute ist hier die Meldung eingetroffen, daß der schwedische Instrukteur Graf Lewenhaupt in der Nähe von Hamadan auf einem Streifzuge gegen eine persische Räuberbande erschossen worden ist.

Die Revision „Ruff Hlo“ verworfen.

Leipzig, 21. April. Vor dem Reichsgericht fand heute die Revisionsverhandlung in dem Prozeß gegen die Grafen von Treu-berg statt. Die Angeklagte ist vom Landgericht Berlin I am 16. Dezember v. J. wegen Mordes, Verleumdung und Betrug zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe verurteilt, dagegen von der Anklage des Konkurs-vergehens freigesprochen worden. Gegen das Urteil hatte sowohl die Angeklagte, soweit sie verurteilt worden ist, wie auch die Staats-anwaltschaft, soweit Freisprechung erfolgt war, Revision eingelegt. Das Reichsgericht hat beide Revisionen als un-begründet verworfen.

Arbeiter, Parteigenossen! Rüstet zur Maifeier!

Die Schwindelkarriere des zweiten Kösliner Bürgermeisters.

Eine Aufsehen erregende Verhaftung wurde in der gestrigen Nacht auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft von Köslin durch die hiesige Kriminalpolizei vorgenommen. In einem Hotel der Friedrichsstadt wurde der zweite Bürgermeister von Köslin, der dort seit fünf Monaten unter dem Namen Eduard Alexander angestellt war, durch den Kriminalkommissar Rahn verhaftet. Als vor längerer Zeit die Stelle eines zweiten Bürgermeisters von Köslin ausgeschrieben wurde, meldeten sich über 700 Bewerber. Da der 59jährige Assessor Eduard Alexander nicht nur über gute Zeugnisse verfügte, sondern sich auch warmer Empfehlungen von einflussreichen Persönlichkeiten erfreute, ging er als Sieger aus der Wahl hervor und trat im November v. J. die Stelle als zweiter Bürgermeister in Köslin an.

Der Festgenommene, dessen wirklicher Name nicht Alexander, sondern Thormann ist, war zuerst Schreiber auf dem Landratsamt Niederbarnim und dann Kreisassistent. Durch Schiebungen bei der Veräußerung von Kreisgrundstücken machte er sich Verträgen schuldig, die ihm im Jahre 1909 eine Gefängnisstrafe von 400 Tagen einbrachten. Diese Strafe verbüßte er jedoch nicht, er beschwand vielmehr und wurde nun gesucht.

Er hatte es, wie sich jetzt ergibt, verstanden, durch Fälschungen von Papieren unentdeckt zu machen. In Brandenburg a. H. spielte er zunächst den „Referendar Thormann“. Schon manöberte man davon, daß dieser Referendar der städtische Assistent Thormann sei. Aber der Referendar verließ dann Brandenburg, die Gerüchte verflüchteten damit und die Sache verlief sich. Wo nun der Schwindler überall gewesen ist, bedarf im einzelnen noch der Aufklärung. Jetzt sieht einflussvoll, daß er unter dem Namen

Assessor Dr. jur. Eduard Alexander

bei den Magistraten in Weihenfeld und Bromberg war. Er hatte irgendwie verstanden, sich Kenntnis von den Personalien des Dr. Alexander zu verschaffen, der jetzt als Rechtsanwalt in Friedenau wohnt. Unter diesem Namen bewarb er sich in Weihenfeld und Bromberg um die Stellung als Magistratsassessor, und später in Köslin um den Posten des zweiten Bürgermeisters. Schon als Referendar, dann als Assessor und erst recht als Bürgermeister verkehrte er in den ersten Gesellschaftskreisen. Seine Fälschungen kamen durch einen Zivildienst ans Licht. Thormann hatte früher ein Verhältnis mit der Tochter einer Bürgerfamilie und erhielt auf das Eheversprechen hin von seinem künftigen Schwiegervater auf die Witze eines Vorstands von 2000 M. Als er dann die Tochter eines hohen Staatsbeamten aus Bromberg kennen lernte, die er später auch heiratete, ließ er seine Frau im Stich. Nun verlangte deren Vater die 2000 M. zurück. Die Auseinandersetzungen führten dahin, daß der Vorstandsgeber die Zivilliste einreichte. So kam es denn, daß der zweite Bürgermeister von Köslin, Eduard Alexander, als Heinrich Thormann verlagert wurde. Er behauptete, daß er mit Thormann, dem Betrüger und den 2000 M. gar nichts zu tun habe. Der Kläger möge sich seinen richtigen Thormann suchen, er sei es jedenfalls nicht. Die Angelegenheit erregte aber bei der Staatsanwaltschaft in Köslin doch Verdacht und der Staatsanwaltschafts-assessor Dr. Ludwold wurde nach Berlin gefahren, um den Dingen auf den Grund zu gehen. Vorgesetzt kam nun Bürgermeister „Alexander“ mit dem ersten Bürgermeister Dr. Busch von Köslin nach Berlin, um wegen eines Flugplatzes zu verhandeln. Hier waren unterdessen die Ermittlungen soweit gediehen, daß die Staatsanwaltschaft zur Verhaftung des zweiten Bürgermeisters schritt. Es war festgestellt worden, daß sich Thormann den Namen Eduard Alexander beigelegt hatte und daß es ihm unter diesem Namen gelungen war, durch besondere Fürsprache den Bürgermeisterposten zu erlangen. Der Verhaftete wurde vom Hotel nach dem Polizeipräsidium gebracht. Er besaß Visitenkarten und auch Ausweispapiere auf den beigelegten Namen, mußte aber bald zugeben, daß er Heinrich Thormann ist, der unter anderem bei großen Grundstücksverläufen in der Nähe von Berlin seine Hand im Spiel hatte und mehrfach gesucht wurde.

Abgesehen davon, daß es dieser Hochstapler verstanden hat, weite einflussreiche Kreise zu täuschen, tritt hier wieder einmal mit aller Deutlichkeit die in Preußen herrschende Günstlings- und Vetternwirtschaft trotz in der Erscheinung. Unter den 700 Bewerbern wurde dieser Schwindler infolge der Empfehlung einflussreicher Protokollanten zweiter Bürgermeister von Köslin.

Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin.

Über die Leistungsfähigkeit des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin werden nunmehr folgende Angaben gemacht. Die Gesamtleistungsfähigkeit des Abzuges bei Niederfinow ist für den doppelten Ausbau der 16-kilometer Betriebe zu rund drei Millionen Tonnen, bei 24-kilometer Betrieben zu rund 4,9 Millionen Tonnen ermittelt. Der Verkehr auf dem Finowkanal hat an der Schleuse bei Eberswalde im Jahre 1912 rund 22 Millionen Tonnen betragen. Durch die schnellere Beförderung der Waren in 3/4 bis 10 großen Schiffe wie früher werden die Frachtkosten sich wesentlich billiger stellen als bisher, und in dieser Frachtkostenverbilligung für Rohstoffe liegt in wirtschaftlicher Hinsicht der Zweck des Unternehmens.

Kunmehr sind auch die Schiffsarbeitsgehälter vom Regierungspräsidenten in Potsdam festgelegt worden. Von Schiffen sind zu entrichten: a) in Fürstentum: über Finow-Nah 22 Pf., über Finow-Nah (40,2 mal 4,60) bei Einzelschleuse 15 Pf., sonst je 10 Pf.; b) in Schleuse: über Finow-Nah 50 Pf., von Finow-Nah bei Einzelschleuse 25 Pf., sonst je 20 Pf. (für Boote über die Vortschleuse 30 Pf.); c) in Schleuse 1 bis 4 des Abzuges bei Niederfinow, an jeder Schleuse: über Finow-Nah 50 Pf., von Finow-Nah bei Einzelschleuse 20 Pf., sonst je 20 Pf.; d) in Hohenhausen (Ostschleuse): Einzelschleuse 50 Pf., zwei Fahrzeuge je 30 Pf., drei je 25 Pf., vier und mehr je 20 Pf. Die Entlohnung erfolgt an die Schiffsarbeiter.

Der Kanal, dessen Gesamtaufkosten 43 Millionen Mark betragen, das heißt pro Kilometer 435 000 M., erfordert den Bau von acht Schleusenanlagen: bei Pögnsee, Spandau, Zehnitz, Niederfinow (4 Schleusen) und Hohenhausen; letztere sowohl wie die bei Pögnsee sind doppelte Anlagen. Ferner waren zu errichten 40 Brücken, drei Durchlässe, zwei Dämme. Die Brücken haben fast alle eine lichte Weite von 52 bis 57 Metern. Die Schleusenanlagen sind teilweise sehr groß. So wurden z. B. bei Hohenhausen Schleppzugschleusen von 215 Metern Länge und 19 Meter Breite gebaut, die einen ganzen Schleppzug von sechs 800 Tonnen Schiffe mit Schlepper aufnehmen können. Das interessanteste Bauwerk ist die Ueberführung des Kanals über die Berlin-Stettiner Eisenbahn nördlich von Eberswalde. Hier ist ein Begegnen von drei Schiffen möglich. Auch der spätere viergleisige Ausbau der Eisenbahn ist bei der Anlage dieses Schleusenkanals bereits berücksichtigt, wie überhaupt in mancherlei Hinsicht auf zukünftige Verkehrsverhältnisse Bedacht genommen ist. Das bezeugen die geplanten großen Hafenanlagen der Stadt Berlin bei Köpenick, der Ausbau von großen Liegeplätzen seitens der Stadt Eberswalde usw.

Parteiangelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Grünau T. B. hat das Lokal „Velleue“ den Besitzer gewechselt; der jetzige Inhaber weigert sich entschieden, und sein Lokal zur Verfügung zu stellen; es ist daher von der Lokalliste zu streichen und für die organisierte Arbeiterschaft als gesperrt zu betrachten. Die Lokalkommission.

Köslin. Heute abend bei Partsch, Hermannstr. 49, Versammlung der Jugendfunktionäre. Auf der Tagesordnung steht der zweite Vortrag des Genossen Jenner über: Die bürgerlichen Parteien des Reichstages. Außerdem sind in dieser Versammlung die Vorbereitungen für die am Sonntag stattfindende öffentliche Versammlung zu treffen. Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre müssen daher in der Versammlung anwesend sein.

Friedenau. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Kaiser-Wilhelmpark, Rheinstr. 65, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes und Berichtes. — Die Ausstellung des Vereins gegen Alkoholmißbrauch findet nicht, wie vor einigen Tagen irrtümlich berichtet, vom 18.—19. April, sondern vom 19.—20. April in der Aula des Realreformgymnasiums in der Homuthstraße statt.

Grünau. Heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal von Joh. Franz, Köpenicker Str. 88, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Karl Nide über Verfallungsfragen. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Die Wählerausgabe der Bibliothek findet Freitag von 1/2—9 Uhr im selben Lokal statt.

Berlin. Am Donnerstag, den 23. April, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Salmann, Vaddorferstraße. Vortrag der Genossin Olga: „Ist Ainderschug Kulturarbeit?“ Jahresbericht. Berichtes.

Berliner Nachrichten.

Am Märchenbrunnen.

Es jährt sich bald am Brunnen der Märchen. Zum ersten Male weht der Dampf seinen leuchtenden Schimmer um die herrlichsten, sinnigsten Brunnenanlage der Weltstadt an der Spree. Die reichen Wasserkinste, vom Frühlingssommerschein überflutet, springen so hell und klar und lustig, als ob sie sich mühen des Wiedererwachens der Natur. In den toten Steinen plötzlich Leben eingehaucht? Schreitet nicht der gestiefelte Rater tapfer aus, plavurn nicht allerliebst zu Schneewittchen die Zwerge, hebt und senkt sich nicht des schlafenden Dornröschens jungfräuliche Brust? Ja, es ist Leben, das da aus den bezigen Märchenfiguren zu uns strömt, das Leben der Kindesseele, das sich in unserer idealarmen Zeit noch immer am alten lieben Märchen beirrt.

Sind es wirklich nur Märchen, nur Phantastien aus dem Frühling des Lebens? Ach nein, es gibt zum Glück auch in der geschmückten Großstadt noch übergenug Kinder, denen der harte Stein, von des Künstlers begnadeter Hand zum Leben gemeißelt, die Poesie der Wirklichkeit vortäuscht. Sie glauben, was sie hier mit ganz anderen Augen vor sich sehen als auf den Blättern des Märchenbuches, und wir Großen lassen ihnen den schönen Kinder glauben, weil das wahre Leben nur zu bald die Rehrte des holden Märchenglieds offenbart. Wir berauschen uns mit an den Zauberbildern der Kindheit und werden im Herzen wieder jung.

Die ersten warmen Frühlingstage haben die Großstadtjugend in hellen Scharen in die Parkanlagen geführt und gezeigt, daß die Anziehungskraft des Märchenbrunnens unverändert geblieben ist. Da stehen sie unter der lachenden Venussonne wieder zu Hunderten rings um das rauschende Wasserbecken können sich kaum trennen von dem entzückenden Anblick und raten meist mit Trefflichkeit, wer Aichenbrödel, Rotkäppchen oder Hans im Glück ist. Und siehe da — die Ruhebanke an der umschließenden Mauer sind zur Velehalle im Freien geworden. Hier sitzen die Wissensdürstigen und lesen von soundsvielten Male die Geschichten von Hansel und Gretel, von Brüderchen und Schwesterchen, stellen Vergleiche an mit des Künstlers Schöpfungen und kritisieren auch wohl altfina. Oben auf der Valsitrade duften in langer Reihe gelbe Spazinthen, eine gärtnerische Neuheit, unten auf der Sandsteinbank duftet und blüht der Lebenssträußling aus der beglückenden Phantastie der reinen Seele des Kindes. Und wohl kein der Kinder weiß, daß ihr bester Freund, der den Stein zum Leben weckte, steif und starr ist wie der Stein selbst. Nanatius Tafelner, der zartfühlige Schöpfer der vollstimmigsten Märchenfiguren im Friedrichshain, hat nicht mehr erleben sollen, wie die Kindermwelt sich für sein schönstes Werk begeistert.

Noch auf spricht der weiche Blick auf der großen Fontäne, in deren Strahlen zwei die Kriechfüße aus breiten Mäusern, wie ein Serenabbat quirt und brodelt es im Bassin zwischen den Märchenfiguren. „Das mühte ein feines Freibad sein“, plaudert ein Rehnjähriger, Glaub's schon, kleiner! Aber nein — soweit geht die Munifizenz des Magistrats denn doch nicht. Der Märchenbrunnen als Plansch-

becken, das wäre an dieser Stelle zuviel des Guten und würde die Illusion schöner Jugendträume schnell zerstören.

Nur die feinsten großen Skulpturen in den vertrockneten vier Nebengängen finden nach wie vor wenig Beachtung. Vielleicht liegt es an der nicht gerade günstigen gärtnerischen Anordnung, die auf sehr beengtem Raume das große Bildwerk fast erdrückt, vielleicht auch daran, daß die Figuren des Menschenfressers, Rubezahl, des Rattenfängers von Hameln und der Rielendame in ihrer eigenartigen Stillierung den Beschauern zuviel zum Waten aufgeben. Sie lehnen, gewollt oder ungewollt, etwas zu Düsteres hervor, das von der anregenden Beleuchtung der übrigen herrlichen Anlage merkwürdig absteht. Der sagenhafte Beherrscher des schlesischen Gebirges in hohe Felsen eingezwängt, das mag ja so etwas wie „stilgerecht“ sein, aber auch in Rubezahl's Revier wachsen Blumen.

Im Banne der Jugend, die nimmer wiederkehrt, werden abermals die Fremden stehen, die eine Fahrt nach dem Friedrichshain nicht scheuen. Leider beschränken sich ja viele Besucher Berlins auf die zum Teil recht fragwürdigen bildnerischen Sehenswürdigkeiten der Innenstadt. Sie bekriecheln die zusammengewürfelte patriotische Denkmalszüchterei und nehmen nach Hause einen ganz einseitigen Eindruck mit, dem das Schönste fehlt. Geht hinaus vor die Tore, wo echtes Berliner Leben in reinerer Kultur gedeiht. Seht euch das Treiben des wahren Volkes an, wie es in den vorstädtlichen Parkanlagen lebendige Gestaltung findet. Und erzählt in eurer Heimat, daß die Volkspoesie sich unergleichlich schön verkörpert am Berliner Märchenbrunnen.

Steuermagistrat und Metropol-Theater.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Wagner beschäufte sich gestern abermals der Bezirksausschuß für den Stadtkreis Berlin mit der Berliner Lustbarkeitssteuer in Sachen des Metropol-Theaters sonita Magistrat. Die Vertreter des Theaters Justizrat Dr. Joffel und Dr. Höninger brachten in der Aussprache neue Gesichtspunkte vor. Sie behaupteten u. a. daß die Pauschalsteuer eine verkappte Meißsteuer sei und daß dadurch, sowie durch einzelne ungültige Bestimmungen der Steuerordnung diese so durchlöcherig sei, daß die ganze Lustbarkeitssteuer für ungültig erklärt werden müsse. Die Vertreter des Magistrats Justizrat v. Gordon und Magistratsrat Dr. Korn boten die Klage abzuweisen. Die von den Gegnern beantragten Einzelbestimmungen der Steuerordnung seien längst vom Oberverwaltungsgericht als gültig anerkannt worden und auch der Bezirksausschuß habe die ganze Steuer für gültig erklärt. Das Promenoir des Metropol-Theaters, so führte Justizrat v. Gordon aus, gehöre unbedingt zum Theater- und Zuschauerraum. Magistratsrat Dr. Korn schloß sich diesen Ausführungen an und fügte noch hinzu, daß im Promenoir auch geraucht würde und daß man von dort die Vorstellungen auf der Bühne hören und sehen könne. Der Bezirksausschuß erkannte dahin, daß das Metropol-Theater nicht zu den Lusttheatern zu rechnen sei, weil im Verhältnis zum Theater zu wenig von der Rauchfreiheit im Promenoir Gebrauch gemacht würde. Von dem Streitgegenstand in Höhe von 17 000 M. habe demnach das Metropol-Theater nur 12 000 M. zu zahlen für den Monat April 1914.

In einer zweiten Sache handelte es sich um die Steuerpflicht der Vorstellung der Stettiner Sänger im Reichshallen-Theater. Direktor Weibel bestin, daß diese Vorstellungen unter die steuerpflichtigen Veranstaltungen der Berliner Steuerordnung fallen könnten, da es sich weder um Spezial- noch um Theaterveranstaltungen handele. Der Bezirksausschuß wies nach den Ausführungen und Gegenansprüchen der Vertreter die Klage ab, da es sich in jedem Fall um Theaterveranstaltungen handele und im Zuschauerraum unbestritten geraucht und getrunken werden konnte.

Eine teure Audacht.

Während der Morgenaudacht bestohlen wurde der Kaufmann Felix J. Friedberger Straße 6. J. hatte die Christkirche in der Thorer Straße besucht und seinen Mantel, der ein Portemonnaie mit etwa hundert Mark enthielt, etwas abseits aufgehängt. Als er ihn später wieder anlegen wollte, war er verschwunden; ein Gelegenheitsdieb hatte ihn inzwischen entwendet.

Reiche Beute machten Einbrecher in der vergangenen Nacht auf dem großen Geschäftsgroßhandels Kommandantenstr. 89, dem Echans am Dönhofsplatz und an der Leipziger Straße. Auf die dortige Wollwarenhandlung hatten die Einbrecher es abgesehen. Nachdem sie im Flur im ersten Stock eine Tür erbrochen hatten, gelangten sie in die Räume der Damen- und Herrenkleiderhandlung von M. Spieler u. Co. Dort brachen sie ein Loch in die Decke und ließen sich in die Geschäftsräume von Keumann hinab. Hier knadten sie das Geldbündel, in dem sie ungefähr 8000 M. bares Geld fanden. Dazu nahmen sie noch für fast ebenso viel Waren aller Art mit. Auf dem Rückwege suchten sich die Einbrecher dann bei Spieler u. Co. ebenfalls noch für 3000 M. Blumen und Kleider aus. Von den Tätern fehlt bisher noch jede Spur, ebenso von dem Verbleib ihrer Beute.

Der Selbstmordversuch eines Dienstmädchens wird in der Weinmeisterstraße viel besprochen. Im Hause Weinmeister Nr. 11 diente bei dem Kaufmann Lewy seit 1. April ein 18jähriges Dienstmädchen, dessen Eltern in Bromberg wohnen sollen. Schon in den ersten Wochen gab es Gerüchte zwischen dem Mädchen und der Herrschaft, so daß am 15. April das Mädchen zum 1. Mai kündigte. Das soll die Herrschaft so verdrossen haben, daß es zu erregten Austritten kam. Einmal rief das Mädchen zum Fenster hinaus laut um Hilfe. Schließlich erklärte Herr Lewy, sie könne noch vor dem 1. Mai und sofort gehen. Sie mietete daraufhin in der Nachbarschaft eine Schlafstube, ging aber nochmals nach der Wohnung zurück, um ihre Sachen zu holen. Hier gab es neuen Streit, wobei sie beschimpft worden sein soll. Man hörte sie angstvoll rufen: „Bitte, lassen Sie mich raus!“ Kurz darauf lief sie in ihr Zimmer, rief das Fenster auf und stürzte sich, der Schreckensrufe eines vom ersten Stockwerk aus zusehenden Mädchens nicht achtend, vom dritten Stockwerk aus auf den Hof hinab. Hausbewohner bemühten sich um sie, die stöhnend auf dem Hof lag. Von der Familie Lewy soll niemand heruntergekommen sein, um nach der Schwerverletzten zu sehen. Polizei brachte sie nach dem Hedwigstranthenhaus, wo sie in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

Mitglieder der Freien Volkshöhe! Die im letzten Vereinsbest in einer Voranzeige angekündigte Generalversammlung, die für den 23. April (Donnerstag) geplant war, fällt nach dem Beschluß des Vorstandes und der Lidnerkommission aus und wird im Juni abgehalten.

Zu der fünftägigen Gesellschaftsreise Bornholm-Kopenhagen, die der Deutsche Metallarbeiterverband, Zahlstelle Berlin, für seine Mitglieder am 30. Mai bis 4. Juni veranstaltet, sind eine Anzahl Karten frei geworden. Reflektanten können daher noch Teilnehmer-

forten zum Preise von 65 M. einschließlich Eisenbahn, Dampf- und Motorfahrten, Verpflegung (Frühstück, Mittag- und Abendessen, sowie Logis in guten Hotels) erhalten. Da die Zahl der Teilnehmer eine beschränkte ist, wird um baldige Anmeldung gebeten. Aufnahmen werden an folgenden Stellen entgegengenommen: Noabit, Johann Döring, Gohlswitzerstraße 14; Norden: Schurmann, Nassunderstraße 8; Rebel, Marfstraße 13 b; Charlottenburg: W. Richter, Gieselerstraße 11; Bernide, Bismarckstraße 33; Charlottenburg-Westend: Wellbach, Genossenschaftswirtschaftshaus, Königin-Elisabeth-Straße; Kometendamm (Siemensstadt), August Warand, Kometendamm-Allee, Ecke Märkischer Steig; Ober-Schöne-weide: Walter, Hagarerstraße, Wilhelmshofstraße 45; Konsumverein E. G. Goerz; bei Wilhelm Schmidt; Verbandssekretär: Vintenitz, 83-85, vormittags 9-11 Uhr, nachmittags 4-7 Uhr, Zimmer 9.

Auch für die zweite Reise, die am 27. Juni bis 1. Juli erfolgt, werden an diesen Stellen Anmeldungen entgegengenommen. Ausführliche Prospekte für die Reise werden gratis verabfolgt.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung erucht uns, mitzuteilen, daß der Unfall, der am Sonnabendabend in der Fehrbelliner Straße sich ereignete und wo ein Knabe von einem Lastautomobil überfahren wurde, nicht von einem Automobil der Konsumgenossenschaft veranlaßt ist, da um die genannte Zeit die Wagen der Genossenschaft bereits auf dem Hofe der Zentrale waren. Bemerkenswert sei, daß auch die Wagen der A. G. Aufschriften wie „Konsum“ tragen.

Für Erlaubte und Schwerhörige beginnen am 23. April in der Königl. Charité-Ohrnenpoliklinik die neuen Kurse im Abheben der Sprache und zur Spracherhaltung unter fachärztlicher Leitung, Meldungen dazu werden Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 12-1 Uhr dafelbst entgegengenommen (Eingang Luisenstraße 11). Die Teilnahme ist für Unbemittelte unentgeltlich.

Das Volkshaus-Theater beschließt am 30. April mit der 109. Aufführung von „Tangoheber“ seine Winterlaufzeit. Es finden also nur noch wenige Vorstellungen des erfolgreichen Stückes statt.

Im Luisen-Theater schließt die Spielzeit erst am 31. Mai. Vom 1. Mai ab wird hier täglich das große englische Sensationsstück „Ein seltsamer Fall“ in erster Besetzung gegeben.

Deutscher Arbeiterbündel, Gau Berlin. In der am letzten Sonntag stattgefundenen Ausschusssitzung wurden zunächst drei Vereine und zwar aus Posen, Bessig und Treuenbrietzen die längere Zeit pausiert hatten, wieder aufgenommen und da dieselben ihren Verpflichtungen bis zum Schluß nachgekommen waren, in ihre alten Rechte eingeleitet. Ferner hat sich der Verein „Luisenstädtischer Männerchor“ in corpore dem Berliner Sängerbund angeschlossen. Zur Reise wurden die Vereine erucht, vollständig zu erscheinen und sich auch, soweit möglich, gefanglich bei den Vormittagsversammlungen der Gewerkschaften zu beteiligen. Zur Mitwirkung beim Sängertag haben sich bis jetzt sehr wenig Vereine gemeldet. Die Vereine werden daher erucht, sich noch im Laufe dieser Woche zur Mitwirkung zu entschließen und dem Vorsitzenden umgehend Mitteilung zu machen. Ein Antrag des Vorstandes, sich dem Kartell für Sport und Körperpflege anzuschließen, wurde nach längerer Debatte bis zur nächsten Ausschusssitzung vertagt, um den Vereinen Gelegenheit zu geben, sich hierzu zu äußern. Ferner wurde mitgeteilt, daß am Sonntag, den 3. Mai, in Oberlands Festsaal eine Versammlung stattfindet, in welcher Redakteur Däumig einen Vortrag über „Arbeitergefang und Bildungsbestrebungen der Arbeiter“ halten wird. In dieser Versammlung ist die Teilnahme wie bei den Generalversammlungen des Bundes (Vereine bis zu 20 Mitgliedern 1 Delegierter, 21 bis 40 2 Delegierte usw.) zur Teilnahme am Stiftungsfest des Groß-Lichtersfelder Männerchors haben sich 18 Vereine gemeldet, davon 8 Vereine aus Berlin.

Wer ist die tote? Am 17. April nachmittags gegen 3 1/2 Uhr, wurde vor dem Hause Goltzener-Platz 27/28, die Leiche einer unbekannten Frau aus der Syree, gelandet. Die Leiche, welche schon längere Zeit im Wasser gelegen haben muß, kann die einer circa 30 bis 40 Jahre alten Person sein. Die Verstorbenen ist 1,65 Meter groß, unterlegt und hat blondes Haar. Bekleidet war sie mit weißem Hemd und Unterhose aus M. W., blauem Unterrock, schwarzem Oberrock, blauer Bluse mit Sommertrage, braunem Mäntel, schwarzen durchbrochenen Strümpfen, hohen, schwarzen Schuhen mit Gummibälgen. Personen, welche Angaben über die Person der Toten machen können, werden gebeten, dies bei der Kriminalpolizei oder in einem Polizeirevier zu den Adressen 1513, IV, 55, 14 zu tun.

Vermißt wird seit Montag, den 20. April, nachmittags 1/5 Uhr, der 73 Jahre alte Kohlenhändler August Geride, Oudenarder Straße 10, wohnhaft. Derselbe ist circa 1,60 Meter groß, von unterlegter Figur, hat volles, graues Kopfhaar und eben solchen Vollbart. Bekleidet war er mit dunkelgrauem Jackettanzug, schwarz- und weißgestreiftem Vorderehemd, weißer Vorderehemd, braunen Strümpfen, schwarzen Schnallenstiefeln und blauer Ledermütze. Etwas Nachrichten über den Verbleib des Vermißten bitten dessen Angehörige an obige Adresse gelangen zu lassen.

Vorortnachrichten.

Schöneberg. Aus der Stadtverordnetenversammlung. Da der neue Sitzungssaal immer noch seiner Vollendung harret, mußten die Beratungen wiederum in der Ausschusshalle stattfinden. Das Oberverwaltungsgericht hat in der Streitliche Kauer-Treugebrodt entschieden, daß die Wahl des Stadtverordneten Treugebrodt als gültig zu erklären ist.

Infolge übertriebener Sparsamkeit waren erhebliche Ueberschreitungen vorgekommen, die nunmehr nachgefordert und bewilligt wurden. Die Militärärzter verlangten eine Vordatierung des gegenwärtigen Verdienstverhältnisses. Der Magistrat unterbreitete eine Vorlage, wonach diejenigen Beamten, die mindestens 12 Jahre im Heere oder in der Marine gedient haben, im Verdienstverhältnis um ein Jahr vorrücken sollen. Die Kosten belaufen sich jährlich auf 15 000 M. Stadtv. Pachmann (radikal.) erklärte, abwarten zu wollen, wie die Regierung diese Angelegenheit regelt; davon hängt das fernere Verhalten seiner Fraktion ab. Die beiden liberalen Gruppen scheinen sich hierbei den Rang ablaufen zu wollen, um bei den nächstjährigen Wahlen genügend Schleppe zu haben.

Nunmehr wurde als unbedenkter Stadtrat Stadtv. Präsident Fleischer gewählt. Als Dezernat soll dem neuen Stadtrat das Arbeitsamt übertragen werden.

Diese Debatte angenommen wurden die neuen Aufnahmsbedingungen für das August-Viktoria-Krankenhaus sowie der Tarif für die Kur- und Verpflegungskosten.

Nach den Aufnahmebedingungen gelangen zur Aufnahme männliche und weibliche Kranke ohne Unterscheid der Konfession. Gesunde, Sieche oder Alterschwache scheiden aus, da nur wirklich Kranke behandelt werden. Zunächst wird jeder Kranke aufgenommen, sofern der Aufnahmearzt es für erforderlich hält und eine Bescheinigung der Armenkommission oder eines Leberverordnungsbeamten des Krankenhauses einer Krankenkasse beifügt oder vom Polizeipräsidenten überwiesen wird oder die Pflegekosten auf eine vierwöchige Dauer als Vorbehalt hinterlegt werden.

Die Kur- und Verpflegungskosten betragen in der 3. Klasse für im-Orte wohnende Kranke pro Tag 3 M., für auswärtige 3,50 M., für auswärtig wohnende Mitglieder der hiesigen Ortskrankenkasse betragen die Kurkosten ebenfalls 3 M. für Säuglinge, die mit der Mutter aufgenommen bezw. in der Anstalt geboren werden, sind bis zum Alter von vier Wochen Kosten nicht zu erheben, soweit dieselben nicht selbst Patient sind.

Tag 12,50 M., für auswärtige 18 M.; in Klasse II zahlen hiesige 7 M. und auswärtige 10 M.; für Säuglinge, die mit der Mutter aufgenommen bezw. in der Anstalt geboren werden, sind bis zum Alter von 4 Wochen in der I. Klasse 3,50 M. und in der II. Klasse 2,50 M. zu entrichten. Außerdem sind von Patienten I. und II. Klasse für die Verpflegung einer Extra-Zug- und Nachtschwester 3 M., einer Tagsschwester 2 M., einer Nachtschwester 1 M. zu entrichten. Wein wird, falls er nicht als Heilmittel verordnet ist, nach den Selbstkosten berechnet; auch sind sonstige Vorauslagen zu erstatten.

Nachdem wurde der Regulierung, Abhaltung und der Befestigung des Rathausvorplatzes zugestimmt und die auf 50 000 M. veranschlagten Kosten bewilligt.

Charlottenburg. Aus dem Fenster der dritten Etage gestürzt ist gestern nachmittags im Hause Joachimsthaler Str. 9 der im selben Hause angelegte Maschinenmeister. Er war im Hinterhaus mit dem Annahmen einer Maschine beschäftigt, als er plötzlich in die Tiefe stürzte und tot liegen blieb. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Drehe war verheiratet.

Steglich. Großfeuer brach gestern vormittags gegen 11 Uhr auf dem Lagerplatz der Daapappeln, Leerprodukte- und Asphaltfabrik C. F. Weber & Co. in der Schildhornstraße aus. Durch den Wind war eine Flamme des unter einem Keil brennenden Feuers in diesen geschlagen worden, und wenige Augenblicke später brannte der Lagerplatz fast in seiner ganzen bedeutenden Ausdehnung. Die Rauchentwicklung war so groß, daß sie weitlich gestäubt wurde und neben der alarmierten Steglitzer Feuerwehr auch die von Wilmersdorf und Dahlem anrückten. Die Löscharbeiten zogen sich sehr in die Länge.

Lichterfelde. Wie die vornehme Gemeinde Lichterfelde um den Neubau einer Gemeindefschule herumzukommen sucht, wird in folgender, aus Bebreitkreisen stammenden Zuschrift dargelegt: Vor etwa Jahresfrist brachte der „Vorwärts“ einen Artikel über die Zustände im Armenhaus des reichen Wilmersdorfer Lichterfelde mit dem Erfolge, daß der Armenrat plötzlich um 450 Proz. in die Höhe schnellte.

Daß die Volksschulen in diesem Orte nicht auf der Höhe sind, ist zu beklagen. Schon seit Jahren ist der Neubau einer Gemeindefschule eine dringende Notwendigkeit. Ausbauten hatten bisher darüber hinweg. Für dieses Jahr hat man ein anderes Mittel gefunden, um dem steigenden Schulbedürfnis zu entsprechen. Man legt nach einem Bericht des gesinnungstüchtigen Lichterfelder „Lokal-Anzeigers“ Klassen zusammen und spart dadurch Lehrkräfte und Räume. Nach einer Besucherliste einer Lichterfelder Gemeindefschule schwankte in diesem Jahre die Besucherzahl zwischen 52 und 55. Die durchschnittliche Besucherzahl mit 52 pro Klasse ist wohl nicht zu hoch bemessen. Wie man bei dieser hohen Ziffer Klassen zusammenlegen will und kann, ist geradezu unersichtlich! Wo ist hier die Potsdamer Regierung? Es ist eine schon oft gemachte Erfahrung, daß die Schulverhältnisse eines Ortes einen sicheren Rückschlus auf die Zusammenfassung seiner Gemeindevertretung zuläßt. Sind die niederen Schulen unterm Niveau, so halten die Vertreter — im gesellschaftlichen Jargon — jeder Auskunft stand.

Treptow-Daumschulentege. Die Hühnerdiebe treiben seit einiger Zeit in den weit ausgedehnten Laubkolonien zwischen den beiden Ortsteilen und nach der Reußdörfer Grenze zu ihr Unwesen. Vor kurzem erst wurde in einer Nacht in einer Kolonie in der Nähe des Dammweges an zwei Stellen eingebrochen. Einer der Langfinger, der seine Beute über den Vorhof Daumschulentege in Sicherheit bringen wollte, geriet dabei an die Unredlichen und ging „hoch“. Dann wurden einem Kohlenhändler in der Daumschulentege aus seinem an sich gut verwahrten Stall Hühner und zahlreiche Tauben abgehohlet und gestohlen. Und jetzt sind in der Nacht von Sonntag zu Montag in der Kolonie Marienthal aus Lauben, die nach dem Damm der Gölitzbahn liegen wiederum Hühner gestohlen worden. Dem einen Jüchter ging dabei sein ganzer Besitz von 25 Hühnern verloren, während bei den anderen deren nur acht den Dieben zum Opfer fielen.

Ober-Schöne-weide. Bei der am 19. April stattgefundenen Gemeindevertreterwahl wurde Genosse Wilhelm Ramshorck mit 559 Stimmen als Vertreter der III. Abteilung gewählt. Die Katholiken erhielten 97 Stimmen. Damit ist die III. Abteilung wieder vollständig von der Sozialdemokratie besetzt.

Adlershof. „Wann erfolgen die Vorstandswahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Adlershof und Längend?“ Ueber diese Frage entpann sich in der Sitzung des Gewerkschaftsrates eine sehr erregte Debatte. Die Vertreter der Gewerkschaften geistelten in scharfen Worten das Verhalten der Versicherungsbehörde, die, obwohl die Wahlen des Ausschusses schon vor acht Wochen stattgefunden haben, sich noch nicht entschließt, die Wahlen des Vorstandes auszusprechen. Die Versicherungsnehmer der Krankenkasse verlangen, daß die Versicherungsbehörde nach den gesetzlichen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung die Kasse durch einen Vorstand und den Ausschus verwalten läßt und nicht selbst die so wichtigen Geschäftsangelegenheiten einzig und allein dem Geschäftsführer übertrage. Selbst wenn der Geschäftsführer sein Bestes für die Kasse und die Versicherungsnehmer leisten wollte, so scheiterte letzten Endes doch vieles an der Energielosigkeit des ersten Beamten, der als Angestellter der Kasse nicht so die Wünsche der Versicherten vor dem Versicherungsamt vertreten könne, wie dies notwendig sei. Die Verwaltung der Kasse müsse in Unordnung geraten, wenn man bedenkt, daß in den verwichenen Jahressen infolge der neuen Bestimmungen der R.V.D. eine erhebliche Mitgliederzunahme stattgefunden habe, deren Bearbeitung weitere Arbeitskräfte erfordert. Bisher habe man zu den entstandenen Mehrarbeiten nicht etwa neue auf dem Gebiete der Krankenversicherung erprobene Kräfte eingestellt, sondern man lasse die alten Beamten der Kasse täglich bis in die späten Abendstunden hinein Überstunden leisten. Eine Verablung für diese Mehrleistung an die Beamten habe wahrscheinlich das Versicherungsamt abgelehnt, denn wie in Erfahrung gebracht worden sei, erhalten die Beamten für die anhaltende Überarbeit keine Entschädigung. Wenn man bedenkt, daß die Angestellten schon seit Januar dieses Jahres ununterbrochen in ganz erheblicher Weise Überstunden verrichten müssen, so könne schon jetzt nicht mehr verlangt werden, daß dieselben infolge der übermäßigen Anstrengung für ihre Tätigkeit die Verantwortung tragen. Bedauerlich sei es, daß sogar noch am 1. April d. J. ein erfahrener Hilfsarbeiter ohne jeglichen Grund entlassen worden sei. Die Versicherungsnehmer hätten ein Recht zu verlangen, daß die Verwaltungsgeschäfte ordnungsgemäß geführt und die Angelegenheiten der Versicherten schnellstens und sachgemäß erledigt werden. Für den Fall, daß die Behörde sich nicht dazu entschließt, umgehend die Wahlen bekannt zu geben, sollen laut Verlaß der Kommission große Protestversammlungen abberufen werden.

Zege. Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern nachmittags gegen drei Uhr. An dem Hinterperron eines Straßenbahnwagens der Linie Schülzendorf-Heiligensee hatte sich der 17-jährige Reisende Paul Nieter aus Heiligensee, der auf einem Zweirade fuhr, festgehalten, um sich von der Straßenbahn mitziehen zu lassen. Plötzlich kam er an der Ecke der Berliner und Hermsdorfer Straße zu Falle und zog sich einen komplizierten Schädelbruch zu. Im bewußtlosen Zustande wurde er nach dem Reinickendorfer Verbandskrankenhaus gebracht.

Wohndorf. In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Boock den Jahresbericht. Demnach sind 134 männliche und 67 weibliche Mitglieder vorhanden. Nachdem die neuen Wohnungen der Arbeiter-Baugenossenschaft bezogen sind, konnten noch 14 Neuaufnahmen und 30 Reuiberwerbungen verzeichnet werden. Von neun Gemeindevertretern sind drei sozialdemokratische. Vom Bildungsausschus wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Veranstaltungen besser besucht werden mögen. Genosse Böke vom Jugendauschus mußte berichten, daß dem Leibebedürfnis der Jugend aus Mangel an Mitteln nicht in genügendem Maße Rechnung getragen werden konnte. Gemeindevertreter Schiffe konnte mitteilen, daß der Bau eines neuen Schulhauses von der Regierung genehmigt worden sei; außer einer Turnhalle, die gleichzeitig als Aula benutzt werden kann, seien noch vier Brautebäder vorhanden. Die Neuwahl des Vorstandes ergab als 1. Vorsitzenden Hermann Bachmann, 2. Vorsitzenden Karl Schönfeld, Kassierer Glaser, Beisitzer Artur Franz, Schriftführer Heinrich Wolf; Revisoren: Bieleiner, Dörner und Brinkmann; Lokal-Kommission: Porsch, Wille, Paul Edelmann; Agitationskommission: Weisensee, Steinig, Pöggel, Schulz, Häse und Treblow; Bildungsausschus: Dubik, Offenborn, Oppendorf und Hamann; Zeitungs-Spediteur Paul Gentsch. Die Reise soll in dem Lokal „Zu den vier Jahreszeiten“, Inhaber Wilhelm Wirt, Bahnhofsstraße, begangen werden.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen. **Altenide (Nordbahn).** Donnerstag, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gemeindebureau, Hauptstr. 14. **Kolental.** Donnerstag, den 23. April, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindefschule, Schillerstraße. **Tempelhof.** Donnerstag, den 23. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindefsitzungszimmer, Dorst. 42. **Hermsdorf bei Berlin.** Freitag, den 24. April, nachmittags 5 Uhr, im Gemeindehaus. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Frauen-Leseabende. **Schöneberg.** Mittwoch, den 22. April, 8 1/2 Uhr, bei Ende, Sachsendamm 43. Referent: Genosse Dr. Bernstein.

Jugendveranstaltungen. **Brix.** Donnerstag, den 23. d. M., 8 1/2 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. Danauer über: „Die deutsche Ballade“.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen - 1. Stock - , wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitsbestätigung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Übrige Fragen erage man in der Sprechstunde zu tun.

Briefkasten der Redaktion. Die zum Preise von 20 bis 40 Pf. in der Buchhandlung Vorwärts erhältlichen „Führer“ dienen zur Information über Fragen auf den verschiedensten Rechtsgebieten. **Genosse W. in Bingen a. Rh.** Der Geistliche kann ebenso wenig zur kirchlichen Beerdigung gezwungen werden, als die Kirche den Verstorbenen in den langen Jahren hat zum Kirchensuche zwingen können. Die Kirchensteuer spielt hier keine Rolle. Der Kirchenaustritt kostet in Hessen 6 Mark Stempelgebühr. — **A. 199.** Nach Abmilderung der Rechtsprechung ist die Lohnfortzahlung zulässig. — **W. 25.** Rein. — **G. R. 18.** Die Vermählung von Parteien in niedrigeren Lohnklassen ist zulässig. Die Entwertung muß in der Zeitfolge geschehen. — **G. R. 109.** 1. Ja. 2. Eine Verurteilung, sich einer Operation zu unterziehen, befreit nicht. — **G. R. 27.** 1. Klar dann, wenn Sie beim Eigentumsübergang bereits dort getraut haben. 2. Es kann Klage erhoben werden. — **W. 100.** 1. Ja, sofern der Verdienst über den Betrag, der zum eigenen Unterhalt benötigt wird, hinausgeht. 2. Es kommt die gesetzliche Kündigungsschutz zur Anwendung, die zum 15. eines Monats mit Wirkung zum darauffolgenden Orte zulässig ist. — **G. R. 88.** 1. 5 Milliarden Franz. 2. Circa 1 500 000 M. 3. Rein. — **J. R. 12.** 1. Ja. 2. Rein. — **Mice.** 2. Ja, sofern Verletzung von der Altersvorsicht erfolgt. Der Verletzungsantrag ist beim Justizminister zu stellen. — **G. 32.** Strafbar würden Sie sich dadurch nicht machen. — **W. R. 11.** 1. 18-20 M., falls Sie unverheiratet sind; etwa 25 M., falls Sie verheiratet sind, müssen belassen werden. — **Sp. 3.** 1008. Uninteressant bei der Betreffenden Anspruch auf den Gehirnteil. — **Hermannstraße 12.** 1. Ja. 2. Die Hälfte des Nachlasses, ausgenommen die Haushaltungsgegenstände, die dem überlebenden Ehegatten sämtlich verbleiben. 3. Ja, die Kosten sind aber geringfügig. — **G. 23. 3.** Die Auslieferungspflicht bezüglich des Materials kann verlangt werden. — **W. R. 765.** 1. und 2. Ja. 3. Rein.

Warttreffe von Berlin am 20. April 1914, nach Ermittlungen des Igl. Volksgewandlungs. Reis (müde), gute Sorte 0,00-0,00. Donau 0,00-0,00. Reis (runder), gute Sorte 14,90-15,20. Nächstroh 0,00. Reis 0,00-0,00. **Warttreffepreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00-35,00. Sojabohnen, weiße 35,00-40,00. Anis 40,00-45,00. Kartoffeln (klein), 4,00-7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 0,00-0,00. Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00-0,00. Schweinefleisch 0,00-0,00. Rindfleisch 0,00-0,00. Hammelfleisch 0,00-0,00. Butter 2,40-3,00. 60 Stück Eier 3,00-4,80. 1 Kilogramm Karotten 1,20-2,40. Kale 1,50-3,20. Zander 1,50-3,40. Hechte 1,40-2,80. Barsche 1,00-2,20. Schlei 1,60-3,20. Stete 0,90-1,50. 60 Stück Krebse 3,50-24,00.**

Witterungsbericht vom 21. April 1914.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. Tag- u. Nacht	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. Tag- u. Nacht
Swinemünde	771,5	SW	2	stark kl.	12	Kasaranda	760,5	SW	2	stark kl.	3
Danzburg	772,0	SW	1	bedekt	11	Petersburg	764,5	SW	1	bedekt	3
Berlin	772,0	SW	1	bedekt	12	Schlo	770,0	SW	1	wolkig	13
Kranich	771,5	SW	1	Dunst	12	Aberdeen	770,5	SW	1	wolkig	11
Wilmshen	772,0	SW	2	wolkig	8	Paris	771,5	SW	1	bedekt	11
Gien	772,0	SW	1	Dunst	9						

Wetterprognose für Mittwoch, den 22. April 1914. Warm und vielfach heiter, zeitweise neblig bei meist schwachen südwestlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag. Warm und vorwiegend heiter, nur im Westen und an der Küste vorübergehend stärker bewölkt und etwas neblig, sonst trocken.

Wasserkunde-Nachrichten

der Landesamt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserkunde	am 20. 4. 19. 4. cm	seit 19. 4. 19. 4. cm ¹⁾	Wasserkunde	am 20. 4. 19. 4. cm	seit 19. 4. 19. 4. cm ¹⁾
Kemel, Liff	347	-15	Saale, Großh.	180	-3
Regel, Anterbus	109	-11	Oder, Spandau	402	+4
Reich, Idorn	292	-12	Kathenon	124	-1
Oder, Kattow	155	-10	Spree, Saremberg	88	-2
Kronen	158	-1	Beeslow	121	-1
Frankfurt	159	-6	Beser, Ründen	186	-10
Wartde, Schirmm	110	-10	Ründen	288	-12
Wartde, Landsberg	160	-7	Rhein, Rartmilliaman	496	-7
Rehe, Borsamm	82	-6	Raub	306	-8
Elbe, Leimert	40	-8	Rain	325	-18
Dredde	74	-8	Kedat, Heilbronn	105	+2
Barbo	221	-10	Rain, Danau	190	-5
Magdeburg	172	-8	Koel, Ziet	98	-3

1) + bedeutet Zufluß, - Zufluß - 1) Unterpegel.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung, Dienstag, den 21. April 1914, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Vizepräsident Dr. Forst

Begrüßt die Herren, „soweit sie bereits erschienen sind“; hoffentlich hat man sich gut erholt, denn die nächsten Wochen werden anstrengende Arbeit bringen.

Auf der Tagesordnung steht

Das Eisenbahnleihegesetz.

Gefordert wird eine Anleihe von 508 211 000 M.

Minister v. Breitenbach

erläutert die Vorlage. In dem Bestreben, die Staatsbahnen den Verkehrsbedürfnissen entsprechend auszubauen, wird sich die Verwaltung auch durch eine wirtschaftliche Depression nicht irren lassen. Es wird in den nächsten Jahren der Aufwendung sehr erheblicher Mittel bedürfen, um die Staatsbahnen auf die nötige Leistungsfähigkeit zu bringen. Zum Bau von Haupt- und Nebenbahnen sind 117 478 000 M. gefordert. 174 823 000 M. werden benötigt zur Herstellung von zweiten und weiteren Gleisen, und etwa dieselbe Summe ist notwendig zur Beschaffung von Fahrzeugen für die bestehenden Staatsbahnen. Endlich werden 6 500 000 M. gefordert zur weiteren Förderung des Baues von Nebenbahnen. Die Vorlage umfasst acht neue Haupt- und zehn Nebenbahnen. Der Zeitpunkt, in dem man mit den Eisenbahnanforderungen wird zurückgehen können, läßt sich noch gar nicht bestimmen. Die Eisenbahnverwaltung wird ihn jedenfalls erst dann für gekommen ansehen, wenn das Reiz wirklich ihren Plänen gemäß voll ausgeführt ist. (Beifall.)

Abg. v. Düren (L.) begrüßt die Vorlage im allgemeinen.

Abg. Wollensborn (Z.) bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Waco (natl.):

Die Einzelheiten der Vorlage werden in der Kommission zu prüfen sein. Ebenso spezielle Wünsche, die in Eingaben an und gerichtet sind. Dazu gehört vor allem das Projekt der Fehmarn-Linie, das uns eingehend beschäftigen wird. Ich kann heute schon sagen, daß meine Freunde diesem Projekt große Aufmerksamkeit schenken werden.

Abg. Dr. v. Woyna (fl.):

Bei dem Bau von neuen Nebenbahnen darf die sofortige Rentabilität nicht das ausschlaggebende Moment sein. Die Entwicklung unseres Eisenbahnwesens ist größer als die irgend eines ausländischen. Die Hochbauten der Eisenbahnverwaltung sollten so schnell wie möglich in Angriff genommen werden mit Rücksicht auf die schlechte Lage des Baumarktes.

Abg. Münsterberg (Sp.):

Der Betrag zum Ausbau der Nebenbahnen, dieser Zubringer der Hauptbahnen, ist diesmal erfreulicherweise höher als im Vorjahre. Dringend wünschenswert ist die Umwandlung der Kleinbahn im östlichen Teil von Rügen in eine Vollbahn. Die von vielen Seiten gewünschte Verbindung nach Danemark über Fehmarn scheint mir nicht so günstig zu sein, als sie vielleicht im ersten Augenblick erscheinen mag. Der Minister hat sich mit Recht verständnisvoll dagegen ausgesprochen. Abgesehen von den unangehörlichen hohen Kosten einer solchen Linie würde die Linie Kiel-Korsör dadurch auf das schwerste geschädigt, vielleicht ganz vernichtet werden. Die Handelskammern von Altona, Flensburg und Kiel haben sich im Interesse Schleswig-Holsteins entschieden gegen die Fehmarn-Linie ausgesprochen. Durch die neugeplante direkte Linie Altona-Neumünster soll eine Verkürzung der Reisedauer über Korsör nach Kopenhagen um zwei Stunden herbeigeführt werden. Ein solcher Ausbau einer bestehenden Strecke ist viel besser als die kostspielige Errichtung einer neuen Linie. (Sehr richtig.)

Abg. Dr. Wolff-Gorki (L.)

wünscht bessere Eisenbahnverbindungen in Posen, überhaupt einen größeren Ausbau des Reges von Nebenbahnen.

Abg. Graf v. Nolte (fl.):

Im Interesse unserer Beziehungen zu Skandinavien ist eine Verbesserung der Eisenbahnverbindungen nach dem Norden dringend geboten. — Was das Projekt der Fehmarn-Linie anlangt, so ist ein abschließendes Urteil vorläufig für uns deshalb nicht möglich, weil Zahlen, auf die wir uns mit Sicherheit berufen können, nicht vorliegen. Vielleicht erhalten wir sie in der Kommission. 24 westliche und süddeutsche Handelskammern außer Lübeck und Hamburg haben sich für die Fehmarn-Linie ausgesprochen. Sie bezeichnen sie als die unübertreffliche Diagonale zwischen Hamburg und Kopenhagen. Gewiß wird eine Verkürzung der Reizeit dadurch erreicht, aber es ist doch sehr zweifelhaft, ob die Nachteile dadurch aufgehoben werden. Wenn die 24 Handelskammern dem preussischen Staate eine Garantiesumme von einigen Millionen zur Verfügung stellen würden, wäre es etwas anderes. Vorläufig muß das Projekt auch nach der technischen Seite hin genau geprüft werden. Was die Konkurrenzlinie Altona-Neumünster anlangt, so wird zu prüfen sein, ob die Interessen von Elmshorn dadurch nicht allzusehr geschädigt werden.

Minister v. Breitenbach

betont, daß die Interessen Elmshorns nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Die direkte Verbindung Altona-Neumünster sei im Interesse einer besseren Verbindung mit Danemark dringend geboten.

Abg. Waldstein (Sp.)

hält den viergleisigen Ausbau der Strecke Altona-Elmshorn, sowie die Verbesserung der polizeiwidrigen Zustände des Bahnhofs Elmshorn für wichtiger als die Herstellung einer direkten Linie Altona-Neumünster, zumal dabei der Hauptbahnhof Altona ganz ausgeschaltet werde.

Minister v. Breitenbach

bestreitet, daß von einer Schädigung der Stadt Altona die Rede sein könne.

Vizepräsident Dr. Forst

schlägt vor, für die Spezialberatung, zu der 80 Redner gemeldet sind, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir müssen einer solchen Beschränkung der Redezeit prinzipiell widersprechen. Wir möchten keinen Präzedenzfall schaffen. Wenn jeder sein Möglichstes tut, wird es auch so gehen.

Vizepräsident Dr. Forst

Der Präzedenzfall ist ja schon im vorigen Jahre bei der dritten Lesung geschaffen worden.

Abg. Dr. Wiemer (Sp.):

Auch wir halten grundsätzlich eine solche Beschränkung der Redezeit für bedenklich; sie wäre verfassungswidrig.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wenn es im vorigen Jahre zu einem Übereinkommen in dieser Richtung gekommen ist, so, weil die Fraktionen nicht von dem Vor-

haben vorher unterrichtet waren. Wir müssen jedenfalls protestieren gegen einen solchen Beschluß, der der Verfassung und der Geschäftsordnung widersprechen würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schröder-Rassel (natl.):

Wir würden uns einem Übereinkommen gern anschließen, halten es aber für zweifelhaft, ob durch einen Beschluß des Hauses eine Verkürzung der Redezeit festgesetzt werden kann.

Vizepräsident Forst

Wenn von drei Seiten Zweifel an der Zulässigkeit meines Vorschlages geäußert werden, will ich dem insofern entgegenkommen, als ich morgen bei Beginn der Sitzung meinen Vorschlag wiederholen will. Dann haben die Fraktionen Zeit, sich die Sache zu überlegen.

Das Haus vertagt hierauf die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr. Schluß 5 Uhr.

Die Arbeiterfrauen und der Weltfrieden.

Unter sehr starkem Andrang, besonders zahlreich von weiblichen Teilnehmern besucht, tagte gestern Abend in der „Neuen Welt“ eine von der Groß-Berliner Parteioffiziersorganisation einberufene öffentliche Frauenversammlung. Bekannte Vertreterinnen des Klassenbewußten Proletariats aus verschiedenen Ländern behandelten das Thema: „Die Arbeiterfrau und der Weltfrieden“.

Nach Eröffnung der Versammlung erteilte der Vorsitzende Eugen Ernst der Genossin Alara Zetkin das Wort. Sie sagte, die Bedeutung der heutigen Situation wird dadurch unterstrichen, daß das Polizeipräsidium eine Überwachung hergeschickt hat, was eine Ausnahme ist. Es ist uns mitgeteilt, daß die Polizei den Gebrauch fremder Sprachen nicht gestattet. Wir werden nicht nur deutsch sprechen, sondern uns Mühe geben, preussisch zu reden. Es ist nicht meine Aufgabe, über das Thema des heutigen Abends zu sprechen. Als internationale Sekretärin habe ich die ehrenvolle Aufgabe, die Genossinnen, welche hier als Rednerinnen auftreten werden, einzuführen. Wir hatten jetzt in Berlin eine Sitzung eines Komitees, welche die dritte internationale Frauenkonferenz vorzubereiten hat. Diesem Umstand verdanken wir es, daß wir so viele ausländischen Genossinnen unter uns sehen, welche den Hohn gegen den Militarismus und der Friedensliebe des internationalen Proletariats Ausdruck geben werden. Unter uns weilen die Genossinnen Bopp und Boshel aus Oesterreich, Genossin Ankeriniki, die den Verband sozialdemokratischer Frauenclubs in Holland vertritt, Genossin Mary Longman aus England, die Vertreterin der Liga der Arbeiterfrauen und des sozialistischen Frauenrats in Großbritannien. An unserer Konferenz hat auch eine Vertreterin der russischen Arbeiterinnen, Genossin Davidoff, teilgenommen. Aber die durch den Geist Jagow's geschaffenen Verhältnisse haben die Genossin Davidoff veranlaßt, gestern schon abzureisen.

(Beifall) — Genossin Zetkin schilderte in warmen Worten die Tätigkeit und die Verdienste der genannten Genossinnen in der Bewegung des Klassenbewußten Proletariats. Sie bedauerte, daß die russische Genossin nicht unter uns weilen kann, denn das russische revolutionäre Proletariat ist eine der sichersten Friedensbürgschaften. (Sehr wahr!) Wir Frauen kämpfen gegen den Militarismus, weil er Hand in Hand geht mit dem das Volk bedrückenden Imperialismus. Ist doch in Javern durch den Stiefel eines fremden Militärs das bürgerliche Recht getreten worden. Die Verurteilung der Genossin Luxemburg in Frankfurt hat gezeigt, daß die herrschende Klasse hofft, auch auf dem Boden des gemeinen Rechts mit der Sozialdemokratie fertig zu werden. Aber das wird ihr nicht gelingen. Der Staatsanwalt hat die Agitation der Genossin Luxemburg als staatsgefährlich bezeichnet. Dank für diese Leistung, Herr Staatsanwalt. Wir werden uns demühen, noch hundertmal staatsgefährlicher zu werden. (Starker Beifall.) Wir wirken mit den Genossen und Genossinnen aller Länder zusammen, durchdringen von der Ueberzeugung, daß nur das Klassenbewußte Proletariat den Weltfrieden verbürgt. Deshalb wollen wir das Proletariat zu einer Macht gestalten, die das Wort Schillers lebendig werden läßt: „Nur der Starke wird das Schicksal zwingen, wenn der Schwächling unterliegt.“ (Lebhafter Beifall.)

Genossin Zich verlas die Schreiben der nicht anwesenden Genossinnen. Die finnische Genossin Hilja Persinen schreibt: Auch die finnischen Genossinnen verstehen, daß die Zeit von ihnen fordert. Wir stellen uns mit Euch in Reih und Glied und drücken Euch die Bruderhand. Vorwärts unter dem Banner des Klassenbewußten Proletariats.

Die französische Genossin Luise Simonah sendet herzlichste Grüße. Die russische Genossin Davidoff verweist auf den russisch-japanischen Krieg und die Greuel, welche er über Tausende verbreitet hat. Auch die Frauen haben unter den Folgen des Krieges gelitten und haben alle Ursache, den Krieg zu verabscheuen und für den Frieden einzutreten. Der russisch-japanische Krieg hat viele Frauen veranlaßt, an der russischen Revolution teilzunehmen. Gegen die Kriegshetze ist die Solidarität des Proletariats die wirksamste Waffe. Hier hören Sie, nur immer von den Greueln in Russland. Ja kann Ihnen die erfrischende Mitteilung machen, daß es in Russland mit der Arbeiterbewegung vorwärts geht. (Bravo!) Wir haben eine Arbeiterpresse, eine Klassenbewegung und den Anfang einer Frauenorganisation. Den Arbeitsbedingungen von oben sehen wir die Solidarität der Arbeiter entgegen. Nur dann wird es einem jungen Herrn unmöglich werden: „Zimmer feste druff“ zu telegraphieren, wenn in Russland die Politik „feste druff“ aufgehört hat, und dann wollen wir von unten „feste druff“ gehen. (Lebhafter Beifall.)

Die schwedische Genossin Lindhagen gibt der Erwartung Ausdruck, daß eine Zeit kommen wird, wo alle Völker dem Frieden entgegenstreiten. (Beifall.)

Nun kamen die anwesenden Vertreterinnen des Auslandes zum Wort.

Genossin Ankeriniki (Holland): Trotz der Kleinheit meines Heimatlandes Holland wird dort nicht weniger dem Militarismus geopfert als bei euch in Deutschland. Ebenso müssen auch wir ungeheure Summen für die Kolonien aufbringen, wenn wir auch nicht einen Phantasie-Datierkasten haben. Wenn die angeleglichen Vorteile jener Ausgaben genannt werden, dann vergessen die Herrschenden hinzuzufügen, daß die soziale Fürsorge, der Volkunterstützung und selbst die wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Lande zurückstehen müssen. Man vergißt auch zu sagen, daß Heer und Flotte gegen das eigene Volk dienen müssen. Bei jedem Verbesserungsvorschlag klagen die Besthenden, wo soll man das Geld hernehmen, aber für den Militarismus sind die Mittel im Sandumdrehen da. Auch bei uns in Holland steigt das Kriegsbudget, wird der Dienst schwerer, das Kontingent größer. Dafür haben wir aber den Friedenspalast! Doch regen sich im Proletariat die Kräfte auch unter den Frauen. Es möcht die Kraft, bis der Tag kommt, wo alle Länder sich brüderlich vereinen werden. Streift den Streif! Doch der Frieden! (Stürmischer Beifall.)

Genossin Longman (England) spricht ihre Freude aus, der Rundgebung beizuwohnen zu dürfen. Das Proletariat ist in der

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“.

Die soeben erschienene Nr. 9 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der erste Mai und die Jugend. — Kriegen's Himmelstucht. — Ideale und Klassenkampf. — Der vorgezeichnete Mensch. Von Gg. Engelbert Graf. (Mit Abbildungen.) — Vom Kriegen'schappplatz. Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Fischer. Erzählung von Johan Bojer. — Der Tag der Tat. Gedicht von Alara Zetkin. — Schülermal. — Die ein plastisches Kunstwerk entsteht. Von Adolf Bruno. (Mit Abbildungen.) — Ein Dichter der Jugend. Von Konrad Haensch. — Bücher für die Jugend. — Kreuz und Quer durch den Balkan. Besprechung von Curt Dising.

Internationale geeint. Nur der Sozialdemokratie ist es gelungen, eine Partei um die ganze Erde herum zu bilden. Wohl hat jedes Land seine eigenen Probleme, doch empfinden wir ebenso die dahinterliegende Einheit. Wir sind eins. Ich selbst habe die Internationale als Faktum erlebt, als ich hier in Deutschland in den letzten Tagen überall freudig bewillkommnet wurde. Weil wir aber Brüder und Schwestern sind, hassen wir den Krieg. Wir haben keinen Grund zu Gewalttaten gegen Brüder und Schwestern. Frauen, die selbst Söhne haben, können sie nicht auslösen, um die Söhne anderer Mütter töten zu lassen. Niemand kann sagen, Engländer seien doktrinär. Aber aus diesem praktischen Sinn heraus haben wir auf der letzten Jahresversammlung des Arbeiterinnenderns den Protest gegen den Krieg als ersten und wichtigsten Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Wir können den Krieg verhindern, wenn wir stark sind und uns zusammenschließen. Selbst die Waffenindustrie ist international. Aber wir sind die Stärkeren. Unsere Feinde sind nicht die Leute mit fremder Sprache, sondern die Unterdrücker. Hoch der Sozialismus! Es lebe die Internationale! (Langanhaltender Beifall.)

Genossin Boshel (Oesterreich): Wir haben zwei Jahre der Kriegshetze hinter uns und können deshalb über ihre Schäden sprechen. Wenn die Soldaten monatlang an der Grenze standen, sind inzwischen Tausende von Familien umgekommen. Wie sind mit gottverfluchten Ministern beglückt, die uns jedes Jahr in Kriegsgefahr gebracht haben. Die Folge des letzten Heeres war, daß wir den Balkanmarkt verloren haben. Wir umgürter haben am meisten für den Weltfrieden getan. Wir Vaterlandslosen haben allein unsere Brüder unterstützt, die die Leiden der Kriegsfolgen zu tragen hatten. Durch Organisation werden wir dahin kommen, daß der Brudermord unmöglich wird. Proletariat, steht Euch! (Stürmischer Beifall.)

Genossin Bopp (Oesterreich): Obgleich wir Frauen nicht in schimmernder Behr am Kriege teilnehmen, leiden wir doch am schwersten unter den Folgen des Krieges. Nicht nur als Gattinnen und Mütter, sondern auch als Arbeiterinnen. Als die jungen Männer an der Grenze standen, wurden die Fabriken auch für die Frauen geschlossen. Sie wurden dem Hunger preisgegeben. Diejenigen, die von dem Krieg und den Rüstungen als einer Staatsnotwendigkeit sprechen, verharteten ihre Herzen, als es sich darum handelte, die Rot zu lindern. Unsere Organisationen haben allein die Folgen der Mobilisierung lindern müssen. Die Regierung und die große Kommune Wien gaben keinen Kreuzer für eine Arbeitslosenversicherung. Wenn wir Frauen auch nicht reif für das Wahlrecht sind, so werden wir doch die Bewegung vollenden, die jede Rüstung unmöglich macht. Oesterreich ist ein armes Land, seine Industrie steht nicht auf der Höhe, die soziale Fürsorge ist weit zurück. Angeblich ist kein Geld dafür vorhanden. Aber in der Presse klagt die Regierung schon wieder über die Mangelhaftigkeit der Rüstungen. So gar für die neue Monarchie Albanien. Als der Krieg begann, war das Bürgertum in Durcheinander. Man feierte Orgien der Heerei gegen die Sozialdemokratie. Jetzt gehen auch den anderen die Augen auf, da immer neue Kosten kommen und vielen Konsolidanten dazwischen Bankrott droht. Heute noch hält man an den Grenzen Hunderttausende von Arbeitslosen fest, aus Furcht, daß sie sich der Dienstpflicht entziehen könnten. Aber Arbeit gibt man ihnen nicht. Wenn wir Frauen Revolutionärinnen sind und Euch zurufen: Schließt Euch unseren Reihen an, dann tun wir das Beste, was wir tun können. Wir wollen das Vaterland so einrichten, daß es allen wohlgeht. Der Dreieinigkeits! Militarismus, Kapitalismus, Merkantilismus, die die besten Kräfte verjümpfen, setzen wir die Macht der roten Internationale entgegen. (Stürmischer Beifall.)

Luise Zich: Sie werden mit mir beglückt sein, daß unsere ausländischen Genossinnen zu uns reden konnten. Wenn der Polizeipräsident geglaubt hat, durch Anwendung des Sprachaparagraphen unsere Rundgebung zu führen, so ist ihm das wieder einmal vorbeigelungen. (Beifall.) Die Genossinnen haben uns ihren unüberwindlichen Kriegsabscheu bekundet. Die Männer und Frauen der Arbeiterklasse sind immun gegen die Kriegshetze. Die sozialistischen Ideen sind es, die sie immun machen. Das sozialistische Ideal weckt und facht in den Arbeiterfrauen den Willen, sich mit ganzer Begeisterung gegen den Krieg einzusetzen. Die Mutterkraft ist es, die die Frauen mit dem warmen Mitleid befeuert. Wie kann es da anders sein, als daß wilder Jörn und Bergweilung die Frauen packt, wenn sie sich vorstellen, wie ihre Söhne, für die sie sich geforgt, denen sie das Leben gegeben und den Geist geformt haben, eines Tages im Kriege hingemordet werden sollen. Da kann es nicht anders sein, als daß die Arbeiterfrauen nicht nur den Krieg hassen, sondern auch seine Voraussetzungen. Die Kriegsrüstungen sind eine große Gefahr für das Volk. Sie hemmen die Weiterentwicklung der Kultur. Zweitausend Millionen Mark jährlich hat man in Deutschland übrig für Kriegsrüstungen, die das Leben zerstören, aber man hat keine 5000 M. übrig für das Leben erhaltende soziale Einrichtungen. Nichts geschieht für den Mutter- und Säuglingschutz. Vieles wäre zu tun auf dem Gebiet der Schule. Vieles wäre zu tun, um den Frauen ihre Pflicht als Mütter und Hausfrauen zu erleichtern. Nichts geschieht für diese kulturellen Aufgaben. — Die Kriegsrüstungen richten sich ja nicht nur gegen den äußeren Feind, sondern der Militarismus soll auch in Aktion treten gegen den „inneren Feind“, er soll zur Unterdrückung der aufstrebenden Arbeiterklasse dienen. Also mühten wir ja Toten sein, wenn wir den Kampf gegen den Militarismus nicht mit aller Energie führen wollten. Wir freuen uns, daß die Vertreterinnen der anderen Länder mit uns dem Abscheu gegen Krieg und Militarismus Ausdruck gegeben haben. So rufen wir: Nieder mit dem Militarismus, nieder mit dem Kapitalismus! (Großer Beifall.)

Der Vorsitzende Ernst gab der Freude darüber Ausdruck, daß so viele Vertreterinnen des internationalen Proletariats sich an dieser Demonstration in dankenswerter Weise beteiligt haben. Er ersuchte die Anwesenden, die hier geäußerten Gedanken hinauszutragen in weitere Kreise und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

**Martha Thomack
Werner Müller
Verlobte.**

Unserem Genossen
Wilhelm Lamprecht nebst
seiner Silberhochzeit
die besten Glückwünsche!
Die Genossen des 516. Bezirks
17845 (6. Kreis).

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel. Bezirk 317.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Tischmacher
Wilhelm Busdorf
Stönigsberger Str. 17
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 22. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
212/13 **Der Vorstand.**

**Deutscher Textilarbeiter-Verband
Filiale Berlin.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Teppichweber
Wilhelm Bustorf
am 19. April im Alter von
66 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 22. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des hiesigen Zentral-Fried-
hofes in Friedrichshagen aus statt.
Rege Beteiligung wünscht
195/4 **Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
21. Abt. Bezirk 768a.**
Am Sonntag, den 19. April, ver-
starb unser Genosse
Karl Auerswald
Ulrechtstr. 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 22. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des hiesigen Friedhofes in
der Müllerstraße, Ecke See-
straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
227/2 **Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.**
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter
Karl Auerswald
Ulrechtstr. 10
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 22. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des hiesigen Friedhofes in
der Seestraße aus statt.
Ferner hat unser Mitglied,
der Schloffer
Richard Bettin
Reußhän, Bergstr. 27,
am 20. April an Darmleiden.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 23. April, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gremmes-Friedhofes in
Reußhän, Mariendorfer Weg, aus
statt.
Ferner hat unser Mitglied,
der Silberarbeiter
Otto Kühne
Stallstraße 64
am 19. d. Mts. an Gehirnschlag.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 22. April, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Luisen-Kirchhofes in
Reußhän, Hermannstraße, aus
statt.

Nachruf
Für die am 17. d. Mts. gestorbene
Arbeiterin
Margarete Erdmann
Kaufer Straße 33.
Ehre ihrem Andenken!
117/1 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.**
Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, daß der Kollege
Otto Brettschneider
welcher bei der 10. Revier-
Inspektion der hies. Gaswerke be-
schäftigt war, verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 22. April, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
23/20 **Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Charlottenburg.
Gruppe IV.
Nachruf.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Maurer
(Bauer)
Ernst Bussewitz
Friedbergstr. 11, am 17. April in
Reußhän bei seiner Berufsarbeit
im Alter von 42 Jahren ver-
unglücklich ist und einen Tag darauf
starb.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
21. April, nachmittags 5 Uhr, in
Reußhän statt.
250/13 **Der Vorstand.**

Am 19. April er. verstarb plötz-
lich meine innigste Frau,
unsere Liebe, herzensgute Mutter
Johanna Langecker
geb. Rausch
im 52. Lebensjahre. 17905
Um stille Teilnahme bitten
Karl Langecker nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 22. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Kapelle
des Nazareth-Kirchhofes,
Reimendorfer-Weg, Kögel-
straße, aus statt.

**Verh. d. Schneider, Schneiderinnen
u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.**
Unseren Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß die Kollegin (Bräutigam
Damenkonfektion)
Johanna Langecker
am 19. April im 52. Lebensjahre
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
22. April, nachmittags 4 Uhr, von
der Halle des Nazareth-Kirchhofes,
Reimendorfer-Weg, Kögelstraße,
aus statt.
163/4 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Reußhän.**
Am 18. April verstarb die Frau
unseres Kollegen **Sobliemicz,**
Redarstr. 12, Frau
Antonia Bobkiewicz.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 22. April, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Katho-
lischen Kirchhof der Reußhän
Gemeinde, Mariendorfer Weg,
aus statt.
73/20 **Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Bezirk 125a.**
Am 20. April verstarb unser
Mitglied
Anna Hildebrand
Hagenstraße 50.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 23. April, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel. Bezirk 317.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Tischmacher
Wilhelm Busdorf
Stönigsberger Str. 17
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 22. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
212/13 **Der Vorstand.**

Nach kurzem aber schwerem
Leiden verschied am 20. d. Mts.
meine innigste Frau, Mutter,
Tochter und Schwester
Anna Hildebrand
geb. Gensel
im 27. Lebensjahre.
Dieses zeigen hierüber an
Otto Hildebrand nebst Kindern u.
Familie Albert Mensel.
Die Beerdigung findet am
Donnerstagnachmittag 3 Uhr von
der Leichenhalle des Zentral-
Friedhofes in Friedrichshagen aus
statt. 17945

Am 19. d. Mts. nach mehr guter
Wann, der Brustdrüsenkranke
Albert Moritz.
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 4 Uhr von der Leichen-
halle des Nazareth-Kirchhofes,
Reimendorfer-Weg, Kögelstr. 8, aus statt.
Um stille Teilnahme bitten
Eme. Luise Moritz
geb. **Baumann,** Kögelstr. 24a.

Am Sonntag, den 19. April,
starb nach langem, mit Geduld
ertragenem Leiden meine herzens-
gute Mutter
Johanna Wilke
geb. Krause
im 51. Lebensjahre.
Dies zeigt mit der Bitte um
stille Teilnahme hierdurch an
192/4 **Willi Wilke.**
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 22. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Kapelle
des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
hagen aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme anlässlich des Hinscheidens
meines lieben Mannes und Vaters
Richard Pahl sagen wir hiermit
allen Freunden, Verwandten und
Bekanntem unseren innigsten Dank.
H. **Klara Pahl** und Sohn.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme anlässlich des Hinscheidens
meiner lieben Frau und Mutter
Marie Welschke
sagen wir hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten, besonders
dem Städt. Baldes Manasse für
die tröstlichen Worte, sowie dem
Verband der freien Gastwirte unseren
besten Dank. 116/4
August Welschke
und Sohn.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Bezirk 125a.**
Am 20. April verstarb unser
Mitglied
Anna Hildebrand
Hagenstraße 50.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 23. April, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme anlässlich des Hinscheidens
meines lieben Mannes und Vaters
Richard Pahl sagen wir hiermit
allen Freunden, Verwandten und
Bekanntem unseren innigsten Dank.
H. **Klara Pahl** und Sohn.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme anlässlich des Hinscheidens
meiner lieben Frau und Mutter
Marie Welschke
sagen wir hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten, besonders
dem Städt. Baldes Manasse für
die tröstlichen Worte, sowie dem
Verband der freien Gastwirte unseren
besten Dank. 116/4
August Welschke
und Sohn.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme anlässlich des Hinscheidens
meines lieben Mannes und Vaters
Richard Pahl sagen wir hiermit
allen Freunden, Verwandten und
Bekanntem unseren innigsten Dank.
H. **Klara Pahl** und Sohn.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme anlässlich des Hinscheidens
meiner lieben Frau und Mutter
Marie Welschke
sagen wir hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten, besonders
dem Städt. Baldes Manasse für
die tröstlichen Worte, sowie dem
Verband der freien Gastwirte unseren
besten Dank. 116/4
August Welschke
und Sohn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1957, 1239, 9714, 185.
Achtung! Metalldrücker. Achtung!
Donnerstag, den 23. April 1914, abends 6 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3:
Gruppen-Versammlung
aller in Kronen- und Beleuchtungs-
fabriken beschäftigten Drücker Berlins
und Umgegend.
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Kollegen! Ganz besonders sind die Kollegen der Kundenbetriebe
dazu eingeladen.
Donnerstag, den 23. April 1914, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der in den Eisengießereien beschäftigten
Former und Berufsgenossen
in den Borussia-Sälen, Aderstraße 6/7.
Tagesordnung:
1. Der Streik bei der Firma Siemens & Halske. 2. Branchen-
angelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!

Donnerstag, den 23. April 1914, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Klempner
in den Andreas-Festhallen, Andreasstraße 21.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Streik in der Bierdruckbranche. 2. Dis-
kussion. 3. Die diesjährige Weisfeier. 4. Branchenangelegenheiten.
Die Kollegen von Fritzer, Ober-Schöneweide, Franke, Wei-
renanstraße, Kufferow & Feder, Lautenschlager, Aufseherstraße, Witsch,
Andreasstraße, Peters Nachfolger, Wilhelmstraße, Wapel, Elshar Straße,
Kumpier, Robannisthal, Siemens, F. H. Schulze, Friedrichs-
straße, und Weith & Sonnet, Wilmersdorf, sind hierzu ganz besonders
eingeladen.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 23. April 1914, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter
im Lokal von Brinkmann (früher Merkowstr.), Andreasstr. 26.
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Donnerstag, den 23. April 1914, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
für Baumschulenweg
im Lokal von Paul Boche, Baumschulenweg, Baumschulenstr. 67.
Tagesordnung:
Bericht von der ordentlichen Generalversammlung und Stellung-
nahme zur außerordentlichen Generalversammlung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
160/20 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof,
Rosenthaler Straße 11/12:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1914. 2. Wahl des 3. Bevollmächtigten.
3. Anträge zum Gewerkschaftskongress in München.
4. Vorschläge von Delegierten zum Gewerkschaftskongress.
5. Verhandlungsangelegenheiten. 6. Verschiedenes. 187/5
Wir erlauben die Kollegen und Kolleginnen, vollständig und pünktlich
zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin.
Branche der Holzbildhauer.
Am Freitag, den 24. April, abends 8 Uhr, findet im Gewerk-
schaftshaus, Saal 3, eine wichtige
Vertrauensmänner-Versammlung
statt.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Eine jede Firma, wo Holzbildhauer beschäftigt sind,
muß vertreten sein, ganz gleich, ob ein Vertrauensmann
vorhanden oder nicht. **Die Agitationskommission.**

Anarchistische Vereinigung Berlin.
Donnerstag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr,
im Andreaskarten, Andreasstr. 26:
Vortrags-Abend.
Tagesordnung:
1. Theoretische und praktische Unterredungen zwischen Anarchismus
und Sozialdemokratie. Referent: **Hans Loos.**
2. Freie Aussprache.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
1796b **Der Vorstand.**

Akademische Unterrichtskurse für Arbeiter.
Unterricht in Deutsch, Schreiben, Rechnen, Erdkunde.
Einschreibgebühr 50 Pf.
Letzte Anmeldungen: **Sonnabend, den 25. April, abends 8-10 Uhr,**
im Zentral-Arbeitsnachweis, Gormannstr. 13.
Dort wird auch nähere Auskunft erteilt. 17915

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.**

Bureau: Reichsstraße 28, vert. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Gormannstraße 13.
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 3791-97.
Donnerstag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Philharmonie“,
Reimendorfer Straße 96-97:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
Bericht und Wahl des Filialvorstandes. (Fortsetzung.) 136/18
Nur Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

In Charlottenburg findet am 30. April die Wahl des Gehilfenausschusses statt. Kollegen,
die bei Charlottenburger Innungsmeistern arbeiten, müssen sich von diesen eine Einladung zu
dieser Versammlung geben lassen, ohne Einladung können die Kollegen nicht wählen. D. D.

Zentral-Verband der Zimmerer.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Donnerstag, den 23. April 1914, abends 8 1/2 Uhr,
in der „Alhambra“, Wallner-Theaterstraße 15:
Allgemeine Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
Die soziale Lage der Zimmerer u. wie ist dieselbe zu verbessern.
Referent: Kamerad **A. Schönfelder - Hamburg.**
Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
255/7 **Der Vorstand.**

Westmann
Mohrenstrasse 37a (Kolonaden)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstrasse)
Verkauf { Mittwoch von 10 bis 8 Uhr } mit
Donnerstag v. 10 bis 8 Uhr } mit
50 %
Ermässigung für Modelle
Die apartest. Kostüme regulär 42 bis 270
für Mittwoch und Donnerstag:
in Kamergarn, Eolienne, schwarz-weiß, grau, lang,
reizende Passons **21, 25, 36, 45 bis 135**
Hochelegante Mäntel regulär 35 bis 254
für Mittwoch und Donnerstag:
für starkste Figuren, in den
feinsten Nuancen u. Passons **17 1/2, 26, 33 bis 125**
Staubmäntel v. 12 bis 50 Sportjackets v. 7 bis 25
Röcke . . von 5 1/2 bis 33 Blusen . von 3 1/2 bis 27
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.



Amol Hausmittel
Allgemein-Verchiedenes
C. Kisch

Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham

Arbeiter-Berufskleidung
Keller, Otto

Auto-Fahrschule
Central-Auto Technikum

Bade-Anstalten
Arkon-Bad

Bad
Landesbader

Central-Bad
Bad Frankfurt

Bad Ostend

Passage-Bad
Reform-Bad

Schiffers-Bad
Silesia-Bad

Bandagen, Gummilwaren

Bäcker- u. Konditoreien
C. Adamek

Turban

Beerdigungsanl. Sargmagaz.

Max Fuchs

O. Liedemir

Beleuchtungsgegenstände

Bettfedern, Betten

Blumen und Kränze

Bierbrauerei, Bierhandlg.

W. Adelung & A. Hoffmann

Bäcker, Konditorei

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäcker- u. Konditoreien
Josef Krell

Bäckerei Künscher

Central-Auto Technikum

Auto-Fahrschule

Bade-Anstalten

Bad

Central-Bad

Bad Ostend

Passage-Bad

Schiffers-Bad

Bandagen, Gummilwaren

Bäcker- u. Konditoreien

Turban

Beerdigungsanl. Sargmagaz.

Max Fuchs

O. Liedemir

Beleuchtungsgegenstände

Bettfedern, Betten

Blumen und Kränze

Bierbrauerei, Bierhandlg.

W. Adelung & A. Hoffmann

Bäcker, Konditorei

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brauerei Königstadt

Ender's Brauerei

Groterjan

C. Habels Brauerei

Goldbier

Weissbier - Caramelbier

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schloßbräu-Flaschenbier

Verbands-Brauerei Teutonia

Weissbier, C. Breithaupt

Weißbier, C. Landre Akt.-Ges.

Leibing's Zerpenschießer

Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann

Bruno Freche

Wilhelm Göbel

Gebrüder Groh

August Holz

F. HAGEN

Turban

Beerdigungsanl. Sargmagaz.

Max Fuchs

O. Kuzne, Reinkendorfer

Fleisch- u. Wurstwaren

Luecke, Joh.

Moers, Otto

G. A. Müller

A. Möbes Ndf.

Paul Seidel

G. Brucklacher

G. Vettin

Fuhrwelen

Glas, Porzellan

Haarartikel

Haus- u. Küchengeräte

Herren-Artikel

Herrn- u. Knabendard.

J. Baer

O. Naefe

Fleisch- u. Wurstwaren

O. Naefe

Fleisch- u. Wurstwaren

Oskar Gabler

Schröter, R.

Gust. Schultze & Sohn

O. Kuzne, Reinkendorfer

Fleisch- u. Wurstwaren

Luecke, Joh.

Moers, Otto

G. A. Müller

A. Möbes Ndf.

Paul Seidel

G. Brucklacher

G. Vettin

Fuhrwelen

Glas, Porzellan

Haarartikel

Haus- u. Küchengeräte

Herren-Artikel

Herrn- u. Knabendard.

J. Baer

O. Naefe

Fleisch- u. Wurstwaren

O. Naefe

Fleisch- u. Wurstwaren

Oskar Gabler

Schröter, R.

Gust. Schultze & Sohn

Unternehmende Geschäfte

Kolonialwaren

Gühler-Honig

Hokenkamp & Neumann

Fritz Hübner

M. Krügers

P. Lange

Otto Müller

Kohlen, Koks, Holz, Briquets

Kurz, Weiß, Wollwaren

Lederhandlung

Lehranstalten

Handels-Kurse

Mehlhandlungen

Bethke, Georg

Prese, Ernst

Gaede, Otto

W. Lau, Ch. Krumme

Molkereien

Interessengemeinschaft

Schweizerhof

Möbeltransport

Möbeltransport

Multikation u. Instrumente

Meierei C. Bolle

Möbelmagazine

Möbel-Ramerling

Lange, Max

Ferd. Joachim Nachfolg.

C. Linkel, Hostlitzstr. 46

Musik-Lehranstalten

Nahrungsmittel

Nähmaschinen

Singer Nähmaschinen

Optiker, Mechaniker

Partiewaren u. Reifeleger

Patentanwälte

Pandleihen

Schmidt, Fenster, 3

Photographische Ateliers

Photogr. Apparate

Rechtsbüros, Detektive

Rechtsbüros, Detektive

Rechtsbüros, Detektive

Schneiderlei

Schneiderleiartikel

Schirme, Stöcke

Vertical text on the right edge of the page.

Seifen Schneewittchen-Bleichseifenpulver... F. Seiffner Nachf. Schöneberg... Verleicherungen „Deutschland“ Berlin... Tapeten, Wachstüch...

Café Metropol Köpenicker-, Lehnstr. 10... Riebeck-Bier-Ausschank Brunnenstr. 76... Yoghurt-Präparate Yoghurt-Milch-Kakao... Zahnärztler Max Alm, Franzoskstr. 15...

Briz Emil Gold, Bäckerei, Gernolds-Tromm... Lichterfelde Königsberger & Co. Lankwitzstr. 1... Mariendorf A. Böckmann... Mahlsdorf Rud. Grunow... Neukölln E. Groß...

W. Lutter, Fahr-, Fickelhofstr. 94... Schöneberg W. Hilber, Bölowstr. 61... Straußberg C. Klöpfer... Waldow Beerdigungs-Anstalt... Weidensee Wilh. Koch...

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte)...

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe. Teppiche (Farbentafeln), Gelegenheitslauf, Anstricharbeiten... Gardinenhaus, Große Frankfurterstr. 9...

Wohnungsangebots und Sommerhäuser von 5 Karat letzte Jahre von 150, Mietpreis von 12,00, Fracht von 2,50...

Möbel-Verkehr. 1. Geschäft Brunnenstr. 7, am Kolonnenplatz, 1. Eingang im Laden, 2. Eingang Hofpartie...

Metallbetten, modern, spottbillig. Bettwaren, Bettdecken, Bettwäsche... Bettstätten, Bettdecken, Bettwäsche...

Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze, Goldschmelze... Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze...

Kleines möbliertes Zimmer, Kempten, Rheinbergstr. 64, von II. Stube, 10 Meter groß...

Teppiche (leichte) in allen Größen, für die Halle des Hauses, Teppiche, Gardinen...

Wohnungsangebots, Valetots, großes Lager, jede Figur, fast man am billigsten beim Kaufmann...

Möbel (Dietrich) und Möbelteile, Anfertigung, Möbelteile, Anfertigung... Möbel (Dietrich) und Möbelteile, Anfertigung...

Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze, Goldschmelze... Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze...

Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze, Goldschmelze... Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze...

Möblierte Schlafstelle, Herr, allein, 13 Karat, Bergmannstr. 27, Dittmer. 1787b

Teppiche (leichte) in allen Größen, für die Halle des Hauses, Teppiche, Gardinen... Teppiche (leichte) in allen Größen, für die Halle des Hauses...

Wohnungsangebots, Valetots, großes Lager, jede Figur, fast man am billigsten beim Kaufmann...

Möbel (Dietrich) und Möbelteile, Anfertigung, Möbelteile, Anfertigung... Möbel (Dietrich) und Möbelteile, Anfertigung...

Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze, Goldschmelze... Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze...

Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze, Goldschmelze... Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze...

Möblierte Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, Thierstr. 31, Gockepartener links, Vorderhaus. 1118

Teppiche (leichte) in allen Größen, für die Halle des Hauses, Teppiche, Gardinen... Teppiche (leichte) in allen Größen, für die Halle des Hauses...

Wohnungsangebots, Valetots, großes Lager, jede Figur, fast man am billigsten beim Kaufmann...

Möbel (Dietrich) und Möbelteile, Anfertigung, Möbelteile, Anfertigung... Möbel (Dietrich) und Möbelteile, Anfertigung...

Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze, Goldschmelze... Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze...

Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze, Goldschmelze... Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze...

Möblierte Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, Thierstr. 31, Gockepartener links, Vorderhaus. 1118

Teppiche (leichte) in allen Größen, für die Halle des Hauses, Teppiche, Gardinen... Teppiche (leichte) in allen Größen, für die Halle des Hauses...

Wohnungsangebots, Valetots, großes Lager, jede Figur, fast man am billigsten beim Kaufmann...

Möbel (Dietrich) und Möbelteile, Anfertigung, Möbelteile, Anfertigung... Möbel (Dietrich) und Möbelteile, Anfertigung...

Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze, Goldschmelze... Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze...

Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze, Goldschmelze... Platinabfälle, alte Goldblättchen, Goldschmelze...

Möblierte Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, Thierstr. 31, Gockepartener links, Vorderhaus. 1118